



Alles dreht sich um IT!

Die kommunalen Entscheidungsträger rüsten sich für ihre Besuche auf der KomCom in Augsburg am 28. und 29. Oktober und der Systems in München vom 21. bis 24. Oktober.
Seiten 6 bis 12



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Das Podium beim KPV-Landesvorstand (v. l.): Georg Huber, Heinrich Lenz, Anton Huber, German Denneborg und Florian Hahn. Bild: DK

Tag des offenen Denkmals:

Archäologie und Bauforschung

Bayernweiter Auftakt in Passau - Rund tausend historische Bauwerke geöffnet

Das Prinzip ist denkbar einfach und trotzdem seit langem sehr erfolgreich: Einmal im Jahr werden Denkmale, die sonst nicht allgemein zugänglich sind, geöffnet und durch Führungen und bunte Rahmenprogramme „erlebbar“ gemacht. Der Tag des offenen Denkmals mobilisiert damit bundesweit regelmäßig viele Menschen und ist inzwischen eine fest etablierte Einrichtung des öffentlichen Lebens. Wie in jedem Jahr gab es auch heuer wieder ein Schwerpunkt-Thema. Diesmal ging es vor allem um „Archäologie und Bauforschung“. Das übergeordnete Motto „Vergangenheit aufgedeckt“ traf jedoch im Grunde genommen auf jedes Denkmal zu.

Der Tag des offenen Denkmals zeigte heuer noch mehr als sonst, welche Untersuchungsergebnisse die Fachleute aus Archäologie und Denkmalpflege ans Licht bringen. Das Jahresthema stellte im Falle der Archäologie Bodendenkmale aller Art in den Mittelpunkt.

Verborgen unter der Erde

Geschichtliche Informationen also, die unter der Erde verborgen lagen, bevor sie - aus welchen Gründen auch immer - ausgegraben wurden. Die Bauforscher arbeiten methodisch ganz ähnlich wie die Archäologen, auch sie wissen oftmals nur wenig über die Geschichte der alten Gemäuer, die sie untersuchen sollen. Um herauszufinden, wie

die Gebäude ursprünglich gestaltet waren und wie alt sie sind, legen sie beispielsweise alte Farbfassungen Schicht für Schicht frei. Am 14. September konnten ihnen die Bürger dabei über die Schulter schauen.

European Heritage Days

Rund 4,5 Millionen Interessierte nahmen bundesweit an den Sonderführungen zum Denkmaltag teil. In Bayern hatten rund tausend historische Bauwerke geöffnet. Die Bayerische Schlösserverwaltung beispielsweise bot besondere Aktionen in den Objekten Neues Schloss Bayreuth, Altes Schloss Eremi-

tage, Bayreuth, Hofgarten Eremitage, Bayreuth, Schloss Linderhof, Künstlerhaus Gasteiger, Holzhausen am Ammersee, sowie Befreiungshalle Kelheim an. Im Landkreis Regensburg wiederum wurden unter anderem die beiden Burgruinen Ehrenfels bei Beratzhausen und Heilsberg bei Wiesent, das historische Wasserkraftwerk der Stadt Hemau im Tal der Schwarzen Laber, einige erst unlängst bei Bauarbeiten ans Tageslicht gekommene Funde vom Flugplatz Obertraubling, sowie die aus dem Mittelalter stammende Alte Kirche in Sinzing und der ehemalige Munitionsbunker in Sünching präsentiert.

Der Tag des offenen Denkmals ist der deutsche Beitrag der „European Heritage Days“, die 1991 vom Europarat initiiert wurden. Seit 1993 fungiert die Deutsche Stiftung Denkmalschutz als bundesweites Koordinationsbüro für die Aktion.

Wie Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel bei der bayerischen Auftaktveranstaltung im Passauer Rathaus hervorhob, (Fortsetzung auf Seite 4)



Auch Schloss Linderhof wartete mit besonderen Aktionen am Tag des offenen Denkmals auf. □

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Beste Bildung für Bayern!

Die Bildungspolitik sowie die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern standen im Fokus der jüngsten KPV-Hauptausschuss- und Landesvorstandssitzung in München. Der Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rösle, gab dabei noch einmal die Marschrichtung vor: „Es gilt jetzt, um jede Stimme zu kämpfen und die einmaligen Lebensverhältnisse im Freistaat herauszustellen. Bewährtes darf nicht über Bord geworfen werden!“

Rösle formulierte fünf Kernbotschaften, mit denen die CSU ihre absolute Mehrheit am 28. September verteidigen will. „Nur mit uns bleibt Bayern Spitze!“ bedeute, dass die CSU nur mit einem klaren Regierungsauftrag den Erfolgsweg Bayerns fortsetzen und seine Spitzenstellung weiter ausbauen kann. Jede Stimme für die CSU sei eine Stimme für Bayerns Stellenwert in Deutschland und Europa, jede Stimme für eine andere Partei sei gleichzusetzen mit dem Abstieg Bayerns ins Mittelmaß.

„Nur wir schaffen Vollbeschäftigung!“ und: „Nur mit uns: Beste Bildungschancen für alle!“ lauten die weiteren Thesen. Rösle zufolge wollen die anderen Parteien das erfolgreichste Schulsystem in Deutschland zerstören. Sie beabsichtigen, die bayerische Hauptschule und die Realschule abzuschaffen und eine Einheitschule einzuführen. Nur mit der CSU werde Bayern das beste und sozial durchlässigste Bildungssystem Deutschlands behalten und damit auch weiterhin hervorragende Bildungs- und Lebenschancen für die Kinder anbieten.

Stärke und Einzigartigkeit

„Nur wir stehen für Bayern!“ bedeutet wiederum: „Wer an der Spitze steht, hat spezifische Interessen - oft gegen andere Bundesländer - bei der Neuordnung der Erbschaftsteuer, Bildungsstandards, Fragen der Landwirtschaft, der medizinischen Versorgung (Arzthonorare) bis zum Neuverschuldungsverbot im Rahmen der Föderalismusreform.“ Die Stärke und Einzigartigkeit Bayerns stehe und falle deshalb mit der Stärke der CSU. „CSU - stark für Deutschland!“ lautet die fünfte Kernbotschaft. Bayern müsse den Marsch der Linken in die westdeutschen Länderparlamente stoppen, heißt es. Jede Stimme für die CSU sei eine Stimme gegen Links.

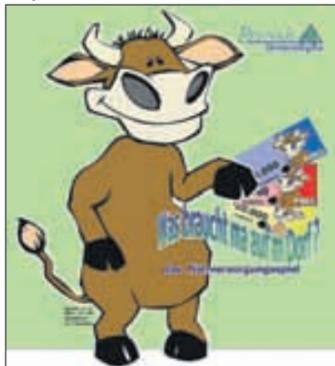
Bildungsbündnis

„Aspekte zum gegliederten Schulsystem in Bayern“ lieferte im Anschluss der Vorsitzende

des Bayerischen Realschullehrerverbands (BRLV) und Präsident der Arbeitsgruppe Bayerischer Lehrerverbände (ABL), Anton Huber. Der Referent, Realschuldirektor in Eggenfelden, stellte das im Januar dieses Jahres gegründete Bildungsbündnis für Bayern vor, dem neben dem BRLV zahlreiche Institutionen, Eltern- und Lehrerverbände, Unternehmen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören. Huber zufolge „wollen wir mit dem Bündnis die Qualität unseres erfolgreichen gegliederten Schulwesens verbessern, denn die bayerische Wirtschaft braucht hervorragend ausgebildete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Sie sind die Grundlage unserer Gesellschaft“.

Fakten für bayerisches Modell

Wie Huber anführte, „werden unseren bayerischen Schulen im nationalen und internationalen Vergleich enorme Leistungsfähigkeit, hohe Durchlässigkeit, große Bildungsgerechtigkeit und gute Aufstiegschancen zugeschrieben“. Vertreter der Wirtschaft (Fortsetzung auf Seite 4)



„Was braucht man auf'm Dorf“ lautet der Titel eines Gesellschaftsspiels, das der Verein ProNah für die ganze Familie entwickelt hat. Am 8. Oktober treten die Bürgermeister aus dem Unterallgäu zum Wettkampf an und präsentieren das Nahversorgungsspiel, das zum Engagement in der Heimat anregen soll (vgl. S. 13). □



„Man kann alles verkaufen, wenn es gerade in Mode ist. Das Problem besteht darin, es in Mode zu bringen“, meint der Psychologe Ernst Dichter. Trends können ohnehin nur aufgehen, wenn auch ein fruchtbarer Boden bereitet ist, so die Auffassung unserer Vorzimmerperle. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Stabiler Haushalt bleibt Markenzeichen	Seite 2
Zweitwohnungssteuer weiterhin auf dem Prüfstand	2
Kommunen sind nicht die Reservekasse der Länder	2

GZ-Kolumne Stefan Rösle: Bündnis für beste Bildung in Bayern

Wirtschaftsförderung zählt zu den Aufgaben der Gemeinden	3
Industriebericht Bayern 2008	4

GZ-Fachthema: IT-Ausstattung für die Kommunalverwaltung

Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16
------------------------------	---------

Beckstein zu den wichtigsten Entscheidungen in der Legislaturperiode 2003 – 2008:

Stabiler Haushalt bleibt Markenzeichen

Bayern hält Kurs auf Vollbeschäftigung / Altschuldenfonds wird abgelehnt
Kraftvolle Investitionen in Bildung, Energie, Klima und Innovation

Der Bayerische Ministerrat ist heute zu seiner letzten Sitzung vor der Landtagswahl zusammengetreten. Dabei hat Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein die wichtigsten Entscheidungen und Leistungen der Staatsregierung während seiner Regierungszeit und der Legislaturperiode erörtert. Beckstein betonte dabei: „Der Anspruch der Bayerischen Staatsregierung ist es, zum Wohle der Menschen im Land für möglichst optimale Lebensbedingungen zu sorgen, einen Vorsprung Bayerns zu erarbeiten, auszubauen und die Sonderstellung Bayerns zu verteidigen. Der Anspruch Bayerns, traditionelle Werte zu erhalten und gleichzeitig an der Spitze des Fortschritts zu stehen, macht die Einzigartigkeit dieses Landes aus.“

Als wichtigste Erfolge stellte Beckstein heraus, dass es in Bayern gelungen sei, die Arbeitslosigkeit in allen Landesteilen mindestens zu halbieren und den Marsch in den Schuldenstaat nachhaltig zu stoppen. Beckstein: „Diese Beschäftigungserfolge stehen nicht nur auf dem Papier, sondern bedeuten unmittelbar bessere Perspektiven, mehr Arbeitsplatzsicherheit und höhere Einkommen für Bayerns Bürger. Bayern hat heute beste Bedingungen, trotz konjunktureller und weltwirtschaftlicher Risiken diesen beschäftigungspolitischen Erfolgskurs zu sichern und auszubauen. Wir sind auf dem besten Weg, Vollbeschäftigung im ganzen Land zu erreichen.“ Auch in der Finanzpolitik setzt Bayern die Maßstäbe in Deutschland. Beckstein: „Bayern steht heute in der Finanzpolitik da, wo 15 Bundesländer und der Bund hinwollen. Wir machen keine Schulden mehr auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Wir geben nur das aus, was wir erwirtschaften. Und wir zahlen Schulden zurück, in diesem und im letzten Jahr zusammen 500 Millionen Euro. Unsere solide Finanzpolitik hat die Basis dafür geschaffen, dass wir die wichtigen Zukunftsinvestitionen aus dem laufenden

Haushalt finanzieren können. Ich räume ein, dass die harten Sparmaßnahmen zu Beginn der Legislaturperiode den Menschen einiges abverlangt haben. Aber sie waren unbedingt notwendig, um den Staatshaushalt umfassend zu sanieren. Die Reformdividende stimmt: Während anderer Länder die derzeitigen Steuer-

Jahren konsequent fortsetzen und damit die Höchstgrenzen auf 30 Schüler pro Klasse bzw. auf 25 an den Grundschulen absenken.

- Bayern hat zum neuen Schuljahr über 3.500 Lehrkräfte neu eingestellt und damit wirklich alle Ressourcen mobilisiert, die am Markt verfügbar sind, um den tatsächlichen Bedarf an den Schulen zu decken. Bayern stellt zum neuen Schuljahr zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung Stellen und Mittel für 2.245 zusätzliche Lehrkräfte zur Verfügung.

- Mit einer maßvollen Reduzierung der Pflichtstunden und Kürzungen des Stoffes am achtjährigen Gymnasium habe man den Klagen von Eltern und Schülern über zu viel Nachmittagsunter-



mehreinnahmen für den Schuldendienst und den Ausgleich ihres Haushalts einsetzen, können wir erneut kraftvoll in die Zukunft investieren und damit Bayerns Sonderstellung in den nächsten Jahren festigen.“

Sanktionen für Schuldenmacher

Einem Entschuldungsfonds für Länder, die sich aus eigenem Verschulden durch eine desaströse Ausgabenpolitik die Staatshaushalte ruiniert haben, wird Bayern nicht zustimmen. Beckstein: „Bei aller Solidarität werden wir nicht auf Kosten bayerischer Steuerzahler den Schuldendienst für Länder mit vorsätzlich liederlicher Haushaltsführung übernehmen. Stattdessen treten wir bei der Föderalismusreform für ein striktes Neuverschuldungsverbot, Sanktionen für Schuldenmacher (Kürzung der Konsolidierungsbeihilfe) und externe Haushaltskontrolle für hochverschuldete Länder ein.“

Beckstein unterstrich, dass Bayern im Interesse der Menschen diesen Erfolgsweg konsequent fortsetzen müsse. Mit seiner ersten Regierungserklärung „Es kommt auf jeden an. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ habe er gezielt folgende Schwerpunkte gesetzt:

Erstens: Die Bildungspolitik, als Wirtschafts- und Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts wird das Markenzeichen von Ministerpräsident Beckstein sein. „Unsere Bürger sehen in der Bildungspolitik das aktuell wichtigste Zukunftsthema“, so der Ministerpräsident. Hier habe er bereits wichtige Richtungsentscheidungen getroffen und Korrekturen vorgenommen.

- In allen allgemeinbildenden Schularten sei es zum Schulstart gelungen, die Klassenstärken zu reduzieren. Ob in der Grund- und Hauptschule mit 23 bzw. 21 Schülern, im Gymnasium mit 27 oder in den Realschulen mit 28 Schülern: Bayerns Schulen haben heute im Durchschnitt kleinere Klassen als noch im letzten Schuljahr. Diesen Weg wolle die Staatsregierung in den nächsten

richt Rechnung getragen. Das bayerische Gymnasium bleibe das Flaggschiff des guten Bildungssystems. Die Intensivierungsstunden bleiben als Angebot vollständig erhalten.

- Zum Schuljahrstart wurde das Angebot an gebundenen Ganztagschulen gegenüber 2007 von 223 auf 411 fast verdoppelt. Dieser Ausbau betrifft insbesondere die Haupt- und Förderschulen. Noch mehr Ganztagsangebote für alle Schularten wird zentraler Schwerpunkt für die nächsten Jahre.

- Im neuen Schuljahr wurde die Mittagsbetreuung an den Grundschulen weiter intensiviert. Inzwischen gibt es 4.200 Gruppen für die Mittagsbetreuung. Davon sind über 1.800 Gruppen bis 15.30 oder 16.00 Uhr und mit zusätzlicher Hausaufgabenbetreuung.

Das Ziel für die nächste Legislaturperiode sei eindeutig, so Beckstein: „Wir werden alles dafür tun, dass Eltern, Schüler und Lehrer stolz auf ihre Schule sind. Und das gilt für alle Schularten.“

Zweitens: Mit dem Programm Innovation: BayernFIT - Forschung, Innovation, Technologie erhöhe man das Tempo für Forschung, Innovation und Technologie in Bayern noch einmal kräftig. „Wir investieren knapp eine halbe Milliarde an Landesmitteln und damit legen wir die Fundamente für hochqualifizierte, gutbezahlte und zukunftssichere Arbeitsplätze in Bayern heute und morgen. Jeder Euro, den wir hier in die Hand nehmen, trägt als Dividende Wachstum, Wohlstand und moderne Arbeitsplätze in allen Landesteilen. Ein wichtiger Erfolg für uns ist dabei auch, dass es uns in den Verhandlungen mit dem Bund nach dem Aus für den Transrapid gelungen ist, Zusagen für herausragende Technologie-Leitprojekte mit einem Investitionsvolumen von deutlich mehr als 500 Millionen Euro zu erhalten. Damit schaffen wir ein bundesweit einmaliges Zentrum zur Erforschung der Volkskrankheit Diabetes, erhalten einen der schnellsten Höchstleistungsrech-

Zweitwohnungssteuer weiterhin auf dem Prüfstand

Städte und Gemeinden kritisieren die Ausnahmeregelungen
CSU sieht gesicherte Rechtsgrundlage

Der Streit um die Modalitäten der zum 1. Januar 2009 neu geregelten Zweitwohnungssteuer habe sich beruhigt, gehe aber weiter. Das berichtete der in der CSU-Landtagsfraktion an der Gesetzesnovelle maßgeblich beteiligte Abgeordnete Christian Meißner der Presse. CSU und SPD hatten Mitte Juli dem nach einer Anhörung im Landtag veränderten Kommunalabgabengesetz (KAB) zugestimmt, wonach Zweitwohnungen dann nicht besteuert werden, wenn das steuerpflichtige Einkommen der Mieter unter 25 000 Euro liegt.

Städte und insbesondere Fremdenverkehrsvereine hatten vor einem hohen Verwaltungsaufwand gewarnt, der den Steuerertrag praktisch auf Null senken könnte.

Die Einführung der Zweitwohnungssteuer per Satzung liegt im Ermessen der Kommunen. Der Gemeindegtag hat laut Meißner seine Absicht zwar nicht aufgegeben, die neuen KAB-Bestimmungen gerichtlich überprüfen zu lassen, aber der Abgeordnete hat nach Gesprächen mit Bürgermeistern vor Ort eine überwiegend positive Resonanz festgestellt. Er verwies auf die vorge-sehene rechtliche Überprüfung des ganzen Gesetzes im Jahr 2010. Der Abgeordnete blieb in Übereinstimmung mit Innenminister Joachim Herrmann dabei, man stehe auf juristisch sicherem Grund. Beide beriefen sich auf Entscheidungen des Bundesverfassungs- und - aktuell - des Bundesverwaltungsgerichts.

Laut Mitteilung der Staatsregierung haben letztes Jahr 139 von 2056 bayerischen Kommunen die 2004 eingeführte Zweitwohnungs-

steuer erhoben. An der Spitze stehen die vier Großstädte München, Augsburg, Nürnberg und Fürth. Andere, wie Regensburg, Erlangen oder Passau haben es nicht getan. Unter den Kommunen sind es vornehmlich solche mit Fremdenverkehr als wichtigem Wirtschaftsfaktor, die gegen die Befreiung von der Zweitwohnungssteuer protestiert haben. Es geht insbesondere um Studenten und junge Beamten, die aus Gemeinden mit vergleichsweise günstigen Mieten in solche mit hohen Wohnkosten umziehen müssen. Wie viele deswegen ihren neuen Wohnsitz zur Erstwohnung bestimmt haben und das Zimmer im Elternhaus zur Zweitwohnung erklären, ist noch nicht genau bekannt.

Meißner verwies auf die Gleit- bzw. Härteklause des Gesetzes. Wenn jemand unter der Einkommensgrenze 25.000 Euro (Ehepaare und Lebensgemeinschaften 33.000) im Jahr bleibt, brauche er keine Zweitwohnungssteuer zu leisten. Liege das Gesamteinkommen aber z. B. bei 25.600 Euro, habe der Steuerpflichtige nur ein Drittel aus diesen 600 Euro, also 200 Euro, im Jahr zu zahlen. Damit werde das Sozialstaatsprinzip gemäß Artikel 20 des Grundgesetzes fruchtbar gemacht. Die Einwände der Kommunen über zu hohen und teuren Bürokratieaufwand hielt der Abgeordnete an Hand der ersten Erfahrungen für weitgehend widerlegt. Beim Gemeindegtag bestehe weiter Gesprächsbereitschaft. Meißner räumte indessen ein, mit der komplizierten Neuregelung habe man vielleicht doch „die Büchse der Pandora“ geöffnet. **rm**

ner der Welt, modernisieren das Deutsche Museum und investieren in ein international sichtbares Nanotechnologiezentrum in Würzburg“, sicherte der Ministerpräsident zu.

Bedeutung von BayernFIT

Beckstein fasste sein BayernFIT-Programm zusammen:

- Wir werden mehr außeruniversitäre Spitzenforschungszentren wie Max Planck, Fraunhofer und Helmholtz nach Bayern holen. In den nächsten Jahren wird Bayern wieder der größte und wichtigste Fraunhofer-Standort in Deutschland werden.
- Wir wollen nicht nur München im europäischen Forschungswettbewerb weit vorne positionieren, sondern alle Potenziale für neue Technologien und Forschung und Entwicklung im ganzen Land mobilisieren.
- Wir konzentrieren uns auf wesentliche Zukunftsfelder, wo wir im nationalen und internationalen Wettbewerb nur erfolgreich sein können, wenn wir jetzt massiv mit öffentlichen Mitteln einen Anschlag leisten.
- Wir wollen den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP von jetzt rund 3 Prozent 2020 auf 3,6 Prozent steigern. Dazu haben wir einen „Pakt für Innovationen“ mit der Bayerischen Wirtschaft geschlossen.

Drittens: Eine moderne und zukunftsorientierte Energie- und Klimapolitik sei notwendiger denn je. „Mit dem Klimaprogramm 2020 haben wir das umfangreichste Maßnahmenpaket aller Bundesländer in einer Höhe von insgesamt 350 Millionen Euro zusätzlich zu den regulären Mitteln geschnürt“. Die Förderung erneuerbarer Energien, die energetische Gebäudesanierung, die Anpassung an die Folgen des Klimawandels und die Klimaforschung erhalten nach Becksteins Worten dadurch einen kräftigen zusätzlichen Schub. Bayern sei das Land der erneuerbaren Energien und des niedrigsten CO₂-Ausstoßes bei der Stromerzeugung in Deutschland: „Das muss auch künftig im Interesse einer global und regional verantwortlichen Energie- und Klimapolitik so bleiben.“

Darüber hinaus gibt Bayern nach den Worten Becksteins gerade auch in der Steuer- und Abgabepolitik in Deutschland die Richtung vor. Beckstein: „Am 20. Juni 2008 haben wir den für das Jahr 2009 vorgesehenen Teil des Bayerischen Steuerkonzepts „Mehr Netto für alle“ als Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht. Familien und Arbeitnehmer sollen ab dem nächsten Jahr mit rund 5 Milliarden Euro entlastet werden. Wir setzen durch eine Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen und die Wiedereinführung der Pendlerpauschale vom ersten Kilometer ein Signal für mehr Steuererechtigkeit. Außerdem wollen wir eine Förderung des Woh-

nungsbaus und die steuerlichen Flankierung der Klimaschutzziele ab 1. Januar 2009. In den Jahren 2010 und 2012 sollen dann in zwei Stufen die für Bezieher geringer und mittlerer Einkommen dringend notwendigen Lohn- und Einkommensteuer-Tarifentlastungen folgen. Mit der Reduzierung des Eingangsteuersatzes und der Abflachung des gesamten Tarifverlaufs machen wir mit der Entlastung der Bürger ernst.“ Auch bei der Erbschaftssteuerreform und einer mittelstandsfreundlichen Ausgestaltung von Betriebsübergaben wird Bayern, so Beckstein, nicht locker lassen.

Weitere Infos im Internet unter www.bayern.de. □

Deutscher Landkreistag:

Kommunen dürfen nicht zur Reservekasse der Länder werden!

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat auf seiner Jahrestagung im sächsischen Radebeul im Landkreis Meißen die Forderung bekräftigt, dass Städte, Landkreise und Gemeinden in die Regelung zur Schuldengrenze im Rahmen der Föderalismusreform II einbezogen werden müssen.

„Nur so sind sie in Zukunft vor einem Wegdrücken von Lasten der Länder auf die kommunale Ebene geschützt. Der kommunale Finanzausgleich darf nicht zur Reservekasse der Länder werden“, so DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré. Würden die Kommunen nicht in die Verschuldungsbegrenzungsregelung einbezogen, bestünde für die Länder ein ständiger Anreiz, bei der Gefahr unausgeglichener Haushalte in die kommunale Finanzausstattung einzugreifen.

Von Seiten des Bundes seien bis jetzt nur Vorschläge unterbreitet worden, die Kommunen und Sozialversicherungsträger außen vor ließen. Wenn die Länder weniger Verschuldungsmöglichkeiten haben müssten sie ihre Ausgaben senken. Es dürfe nicht dazu kommen, dass die Länder ihre Kommunen durch Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs in die Verschuldung treiben, mahnte Duppré. Der Aufwuchs der Kassenkredite auf über 28 Mrd. Euro sei ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass das bestehende System die Kommunen nicht ausreichend

schützt. Neben den Sozialversicherungen trügen insbesondere die Kommunen die erheblichen Kosten für nicht von ihnen steuerbare Sozialleistungen beispielsweise für Behinderte, Alte und Pflegebedürftige sowie für die Infrastruktur.

Zudem sprach sich Duppré dafür aus, hinsichtlich der kommunalen Pflichtaufgaben zu einer deutlichen Deregulierung bzw. gesetzlicher Standardabsenkung zu gelangen, um damit zusätzlich die Spielräume zur Ausgabenbeschränkung auf kommunaler Ebene zu stärken. „Ebenso muss der Anteil der Kommunen an Gesamtsteueraufkommen, der im Vergleich zu den kommunalen Gesamtausgaben an den Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts weit unterproportional ist, erhöht werden.“

Schließlich äußerte sich der Verbandspräsident zur Frage der Verankerung von Bund-Länder-Kooperationen im Grundgesetz und sprach sich grundsätzlich für eine Beibehaltung der strikten Trennung der Verwaltungen von Bund und Ländern aus. □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Loy
95234 Sparneck
am 25. 9.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Sterzer
82386 Oberhausen
am 17. 9.

Bürgermeister Dieter Zehendner
97539 Wonfurt
am 20. 9.

Bürgermeister Richard Müller
95503 Hummeltal
am 29. 9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Sailer
92559 Winklarn Opf.
am 17. 9.

Bürgermeister Alfred Ostermeier
85113 Böhmfeld
am 23. 9.

Bürgermeister Walter Scharwies
63755 Alzenau
am 27. 9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Schrott
92269 Fensterbach
am 17. 9.

Bürgermeister Michael Stampfer
85117 Eitensheim
am 24. 9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Unhoch
91625 Schnellendorf
am 17. 9.

Bürgermeister Wilhelm Schneider
96126 Maroldsweisach
am 19. 9.

Hinweis in eigener Sache:
Unsere Datenbank ist unvollständig. Wenn Ihnen Fehler oder Versäumnisse in unserer Bürgermeister-Geburtsliste auffallen, bitten wir um Mitteilung.

Der Kommunale Prüfungsverband stellt klar:

Wirtschaftsförderung zählt zu den Aufgaben der Gemeinden

Nur indirekte Maßnahmen sind erlaubt / Gefahr der Kollision mit EU-Beihilferecht

Dürfen Gemeinden die Wirtschaft vor Ort fördern? Die Beantwortung dieser Frage ist nicht ganz einfach. Manches ist erlaubt, vieles aber nicht, vor allem auch deshalb nicht, weil es mit EU-Recht kollidiert. Wer gegen die Regeln verstößt, muss schlimmstenfalls mit Sanktionen rechnen. Darüber, was erlaubt ist und was nicht, hat der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) in seinem Geschäftsbericht 2007 Stellung bezogen.

In der Gemeindeordnung ist die kommunale Wirtschaftsförderung nicht ausdrücklich geregelt. Grundsätzlich ist jedoch nach Meinung des Prüfungsverbandes anerkannt, dass die Wirtschaftsförderung zum Aufgabenbereich der Gemeinden zählt. Dabei besteht aber immer die Möglichkeit, dass sie mit dem EU-Beihilferecht kollidiert. Konkret stellt der Verband fest,

insbesondere, so stellt der BKPV fest, bei Bezirken, Kreisen und Kommunen bis heute vielfach nicht hinreichend bekannt. In den vergangenen Jahrzehnten sei das Beihilfeverbot auf kommunaler Ebene alles andere als konsequent durchgesetzt worden. Über die Beihilfe Problematik herrsche nach wie vor eine Mischung aus Unkenntnis und Unsicherheit vor. Vereinzelt werde

Überwindung, sich durch zeitintensive Recherchen die Vorschriften zu besorgen und sich mit den – durch einen eigenen Sprachstil geprägten – Regelungen zu beschäftigen. Häufig bleibt ein Gefühl der Unsicherheit zurück, ob man den Inhalt des Gesetzeswortlauts und die Systematik der Regelungen verstanden hat.

Die Zulässigkeit von kommunalen Maßnahmen, die eine (mögliche) EU-Beihilfe Problematik beinhalten, beurteilt sich zunächst nach nationalem Recht. Das bedeutet, dass kommunale Aktivitäten nicht nach Kommunal-, Haushalts- Abgabenrecht und gegebenenfalls weiteren nationalen Rechtsvorschriften, sondern zusätzlich nach EU-Beihilferecht zu beurteilen sind. Dies führe in der Praxis zu Fallkonstellationen, wonach z.B. eine Maßnahme zwar nach nationalem Recht zulässig, jedoch nach EU-Beihilferecht unzulässig oder zumindest notifizierungspflichtig ist.

Unterschiedliche Rechtsfolgen

Bei der Förderung der örtlichen gewerblichen Wirtschaft durch die Gemeinden muss – besonders wegen der unterschiedlichen Rechtsfolgen – differenziert werden zwischen Maßnahmen der indirekten und der direkten Wirtschaftsförderung. Nach BKPV-Darstellung ist die indirekte Wirtschaftsförderung regelmäßig als unproblematisch einzustufen. Ausschließlich Maßnahmen der direkten Wirtschaftsförderung wiesen in der Praxis eine EU-Beihilfe Relevanz auf. Deshalb, so der Prüfungsverband, seien Maßnahmen der direkten Wirtschaftsförderung grundsätzlich keine kommunale Aufgabe.

Unter indirekte Wirtschaftsförderung fallen Maßnahmen, die nicht unmittelbar in den Wirtschaftsprozess eingreifen. Das sind etwa die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen in der städtebaulichen Planung, in der lokalen Infrastruktur und bei der Hebesatzpolitik, eines bedarfsgerechten Angebots von Industrie- und Gewerbeland (voraussetzende Liegenschaftspolitik), sowie der Aufbau eines wirtschaftsorientierten Beratungsdienstes und Ähnliches mehr.

Unter indirekte Wirtschaftsförderung fallen Maßnahmen, die nicht unmittelbar in den Wirtschaftsprozess eingreifen. Das sind etwa die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen in der städtebaulichen Planung, in der lokalen Infrastruktur und bei der Hebesatzpolitik, eines bedarfsgerechten Angebots von Industrie- und Gewerbeland (voraussetzende Liegenschaftspolitik), sowie der Aufbau eines wirtschaftsorientierten Beratungsdienstes und Ähnliches mehr.

Problembereiche

Direkte oder betriebsbezogene Wirtschaftsförderung durch Kommunen setze beim einzelnen Betrieb an. Im Einzelfall sind z.B. Investitionszuschüsse, die Übernahme von bestimmten Ansiedlungskosten und die Abgabe von Grundstücken unter dem Verkehrswert zu nennen. Die Ständige Konferenz der Innenminister (IMK) hat in ihrem Beschluss vom 12. März 1981 die wesentlichen Problembereiche der direkten Wirtschaftsförderung wie folgt aufgezeigt:

- ▶ Verlagerung von privatwirtschaftlichen Risiken auf die Allgemeinheit,
- ▶ Subventionskonkurrenz zwischen den Gemeinden mit der Gefahr für finanzschwache Gemeinden, sich finanziell zu überbieten,
- ▶ Gefahr von Fehlentscheidungen, da die Kommunen in der Regel nicht über die erforderlichen Kenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Betriebes verfügen,

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Als Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung Bayerns (KPV) spreche ich mich eindeutig für die bayerische Schulpolitik und damit für das hoch effizient gegliederte Schulwesen in Bayern aus. Durch seine große Durchlässigkeit schafft es Bildungsgerechtigkeit für alle Schüler. So erfolgen circa 44 % der Fach- und Hochschulzugänge vor allem über Realschule und Hauptschule in Verbindung mit der Fachober- bzw. Berufsschule. Zudem ist beispielsweise für Handwerksmeister, Industriemeister und für Personen mit vergleichbaren Abschlüssen ein direkter Fach-



durchlässiges Schulwesen im Freistaat Bayern sicherzustellen, das inhaltlich kontinuierlich verbessert wird. Daher setzen wir uns für den Ausbau des vielgliedrigen Schulwesens und den Erhalt und die Weiterentwicklung des eigenständigen Profils jeder Schulart ein. Ebenso ist es für uns wichtig, die Klassenstärke zu reduzieren und daneben möglichst viele wohnortnahe Schulen zu erhalten. Die Senkung der Zahl der Schüler ohne Schulabschlüsse hat für uns ebenso hohe gesellschaftliche Priorität wie die Verminderung der Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsstelle.

Mit dem „Bündnis beste Bildung in Bayern“ sollen Kinder und Jugendliche stark für die Zukunft gemacht und deren Talente in Förderschulen, Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Wirtschaftsschulen, Berufsschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen und Fachakademien gefördert werden. Zahlreiche Institutionen und Verbände fördern daher das Bündnis und sprechen sich damit gleichzeitig gegen Veränderungen der Schulstruktur im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen aus. Ich bin mir sicher, dass unsere bayerischen Schülerinnen und Schüler im gegliederten Schulsystem die Bildungsangebote erhalten, die ihrer Begabung und ihrem Leistungswillen entsprechen. Damit legen unsere Schulen den Grundstock für leistungsfähigen Fachkräftenachwuchs und eine starke wettbewerbsfähige Wirtschaft im Wirtschafts- und Technologiestandort Bayern und Deutschland gerecht zu werden und zu stärken.

Ihr Stefan Rößle

Bündnis für beste Bildung in Bayern

hochschulzugang möglich. Ein hoher Anteil bayerischer Hauptschüler erreicht das Leistungsniveau von Realschülern anderer Bundesländer.

Erwähnen möchte ich auch, dass unseren bayerischen Schulen in nationalen wie auch internationalen Vergleich enorme Leistungsfähigkeit, hohe Durchlässigkeit, große Bildungsgerechtigkeit und vor allem auch gute Aufstiegschancen zugeschrieben werden. Aus diesem Grund sollten auch weiterhin die bewährten Schulstrukturen beibehalten werden. Eine Veränderung lehnt die KPV ausdrücklich ab. Der KPV-Bayern ist es ein wichtiges Anliegen, für die Zukunft ein leistungsfähiges, vielfältiges und

- ▶ Eingriff in das Wettbewerbssystem und
- ▶ Beeinträchtigung des staatlichen Wirtschaftssystems.

Hilfe in Ausnahmefällen

Zusammenfassend kommt die IMK zum Ergebnis, dass Maßnahmen der direkten Wirtschaftsförderung grundsätzlich keine kommunale Aufgabe darstellen, dass Kommunen grundsätzlich keine Sicherheiten zugunsten Dritter stellen und weder Darlehen noch verlorene Zuschüsse an Dritte gewähren dürfen. Davon könne nur ausnahmsweise abgegangen werden, wenn dies die kommunale Aufgabenerfüllung erfordert (z.B. bei Verfolgung städtebaulicher Zwecke oder bei umweltentlastenden Maßnahmen). Im Übrigen – so der IMK-Beschluss weiter – sei es im Allgemeinen nicht Aufgabe der Kommunen, privatwirtschaftlichen Unternehmen das unternehmerische Risiko abzunehmen, ihnen bei Liquiditätsschwierigkeiten zu helfen oder ihnen die Aufnahme zinsgünstiger Kredite zu ermöglichen.

Sicherung der Arbeitsplätze

Ein Hauptbeweggrund für Maßnahmen der direkten Wirtschaftsförderung sei häufig die Sicherung der Arbeitsplätze. Arbeitsplatzsicherung sei aber in erster Linie Aufgabe des Staates und der Wirtschaft. Ein Engagement der Kommunen habe sich grundsätzlich auf flankierende Maßnahmen zu beschränken. Eine direkte kommunale Förderung von Betrieben und privatwirtschaftlichen Maßnahmen sei aus kommunalrechtlichen und wirtschaftspolitischen Erwägungen abzulehnen. Da in der Regel die Ursachen für die Gefährdung von Arbeitsplätzen nicht im öffentlichen Bereich lägen und für die Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze dauerhaft nur durch in größerem Zusammenhang stehende Maßnahmen gesorgt werden könne, sei es primär Aufgabe des Staates, arbeitsmarktpolitisch notwendige Fördermaßnahmen zu ergreifen, heißt es in den BKPV-Ausführungen.

Gründe des öffentlichen Wohls

Nach der Entscheidung bayerischer Gerichte, so des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 23. Januar 2007 (Az: Vf.2-VI-06) und des Verwaltungsgerichts Würzburg vom 31. Oktober 2001 (Az: W 2 K 00 1357) gehört die unmittelbare Wirtschaftsförderung nicht zu den kommunalen Aufgaben. Allerdings hat die Rechtsprechung die Grenzen der kommunalen Wirtschaftsförderung teilweise weiter gezogen. So hat das Verwaltungsgericht Würzburg festgestellt, wenn überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls der örtlichen Gemeinschaft die betriebsbezogene Förderung eines bestimmten Unternehmens erforderten, könne diese im Einzelfall als kommunale Angelegenheit anzusehen sein.

Einheimischenmodelle

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat in seinem Urteil die Zulässigkeit eines Einheimischenmodells bejaht, mit dem eine Gemeinde bereits ansässige Gewerbebetriebe in ihrem Bereich halten wollte, indem sie diesen zur Erweiterung oder Verlagerung Grundstücke zu einem Preis zur Verfügung stellte, der objektiv unter dem Verkehrswert lag. Eine Bodenpolitik, die dieser Gefahr der unerwünschten Änderung der örtlichen Infrastruktur und des Verlustes der Arbeitsplätze begegnet, wurde vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof als zulässig erachtet.

Verkauf zum Verkehrswert

Dies gelte jedoch nur für bereits ansässige Betriebe; eine verbilligte Abgabe von Grundstücken zur Neuansiedlung von Gewerbebetrieben sei grundsätzlich unzulässig. Darüber hinaus stellte der Verfassungsgerichtshof klar, dass Gemeinden Grundstücke grundsätzlich nur zum Verkehrswert verkaufen dürfen. Veräußern sie Grundstücke unter dem Verkehrswert, seien sie aus kommunalrechtlichen Gründen verpflichtet, die entsprechende

Zweckbindung sicherzustellen. Eine mit der Durchführung eines derartigen Einheimischenmodells verbundene Subventionierung kann nach den Ausführungen des Verfassungsgerichtshofes nur dann zulässig sein, wenn der Subventionszweck durch entsprechende Bindungen – zumindest für einen bestimmten Zeitraum – durchgesetzt wird.

Konkrete Fallbeispiele

Zusammenfassend stellt der Prüfungsverband fest, werde sowohl in der Kommentarliteratur als auch in der Fachliteratur die direkte Wirtschaftsförderung als grundsätzlich unzulässig eingestuft. Die Rechtsprechung sehe ebenfalls die direkte Wirtschaftsförderung grundsätzlich nicht als kommunale Aufgabe an und erkenne nur sehr eingeschränkt Vergünstigungen zugunsten von Unternehmen als zulässig an. Eine abschließende rechtliche Beurteilung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen könne jedoch nur am konkreten Einzelfall vorgenommen werden. (Um die dargelegten Grundsätze verständlicher zu machen, hat der Bayerische Kommunale Prüfungsverband in seinem Geschäftsbericht 2007 (von Seite 41 an) fünf konkrete Fallbeispiele und ihre rechtliche Beurteilung aufgeführt.)

Zum Schluss spricht der Prüfungsverband von der Tendenz, dass das EU-Beihilferecht auf immer mehr kommunale Aufgabengebiete anzuwenden ist und damit an Bedeutung gewinnt. Dabei zeige sich teilweise die EU-Beihilfe Problematik bei den einzelnen Fallgestaltungen erst auf den zweiten (oder dritten) Blick. Die EU-Beihilfe Verstöße zögen wegen möglicher Schadenersatzforderungen, Rückabwicklungen sowie Haftungsfragen unter Umständen erhebliche finanzielle Folgen nach sich. Die Kommunen müssten deshalb zwangsläufig ihr Verwaltungshandeln zunehmend auf die EU-Beihilferegeln abstimmen. Die Kenntnis der Grundzüge des EU-Beihilferechts sei hierbei unerlässlich, stellt der Kommunale Prüfungsverband fest. **dhg.**

Anzeigen in der **GZ**

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

dass Maßnahmen der direkten Wirtschaftsförderung keine kommunale Aufgabe und somit verboten sind. Erlaubt sind hingegen indirekte Maßnahmen. Und so sieht es im Einzelnen aus:

In der EU verboten

In der EU sind Beihilfen verboten. Zwar ist das Verbot so alt wie die EG selbst, doch ist es

EU gibt 500 Mio. Euro an Tafeln

Ankauf von Lebensmitteln soll erleichtert werden

Brüssel (pm). Die Europäische Union will die Nahrungsmittelhilfe für bedürftige Menschen in Europa aufstocken. Mit mehr als 500 Millionen Euro pro Jahr sollen künftig europaweit „Tafeln“ oder Suppenküchen unterstützt werden.

Aus dem Europäischen Parlament kommt Unterstützung für den Plan. „Angesichts der stark gestiegenen Lebensmittelpreise müssen wir armen Menschen in unserem Land helfen“, so der Haushaltsexperte und Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber.

Geplant ist, dass die Europäische Union künftig 75 Prozent der Kosten zum Kauf von Nahrungsmitteln übernimmt. Die restlichen 25 Prozent sollen zum Beispiel durch Bundes- oder Landesmittel finanziert werden. Mit dem Geld sollen Nahrungsmittel zentral einkaufen und kostenlos oder maximal zum Selbstkostenpreis an wohltätige Einrichtungen weitergeben werden, die sie mit Hilfe von „Tafeln“ oder Suppenküchen an Arme und Bedürftige verteilen.

Seit 1987 hilft die Europäische Union wohltätigen Einrichtungen, indem sie den EU-Staaten erlaubt, Überschussbestände für Nahrungsmittel für wohltätige Zwecke zu verwenden. □

aber auch trotz Kenntnis der Vorschriften über die EU-Beihilferegeln hinweggesehen.

Kommunen sind nicht allein schuld

Nach Ansicht des Verbandes wäre es jedoch verfehlt, hier ausschließlich den Kommunen oder kommunalen Körperschaften die alleinige Verantwortung für die Nichtbeachtung oder Unkenntnis der Beihilfevorschriften zuzuweisen. Von Bedeutung seien vielmehr, so der Verband nach seinen Erfahrungen aus Prüfungen vor Ort und aus Gesprächen mit Vertretern von Kommunen, mehrere Faktoren. Im Einzelnen listet der Verband auf:

- ▶ Die kommunale Tagespolitik ist von Flexibilität und Spontaneität geprägt. Für die Vertreter der Kommunen wird der Umstand, dass ein Notifizierungsverfahren bei der EU-Kommission eine erhebliche Vorlaufzeit in Anspruch nimmt, häufig als praxisfremd und nicht akzeptabel angesehen.
- ▶ Von den Vertretern der Kommunen wird häufig beklagt, dass verwertbare Informationen zu den Beihilfevorschriften kaum oder nur spärlich existieren. Daneben ist die Frage aufgeworfen worden, welche „Stelle“ in Bayern überhaupt Auskünfte zur Beihilfe Problematik erteilen kann.
- ▶ Soweit eine Kommune im Einzelfall eine andere Stelle, zum Beispiel den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband, zur Beurteilung in beihilferechtlicher Hinsicht einschaltet, kann von dieser Stelle nur eine unverbindliche Einschätzung abgegeben werden. Eine rechtsverbindliche Entscheidung bei einem konkreten Einzelfall kann letztendlich nur die Europäische Kommission treffen.
- ▶ Die wenigen Veröffentlichungen zu der Thematik sind einerseits unbekannt, zum anderen beantworten sie häufig nicht die Fragen, die sich in der kommunalen Praxis ergeben.
- ▶ Das Studium der EU-Rechtsquellen erfordert eine gewisse

Informationstechnologie | Finanzen | Consulting

Fachmesse

Public

Sector

Kooperationspartner:



BAYERISCHER STÄDTETAG
Verband der zentralen Orte Bayerns

Infos: www.komcom.de

28.–29. Oktober 2008
Messe Augsburg | Schwabenhalle

- Dokumentenmanagement
- EU-Dienstleistungsrichtlinie
- eVergabe, eProcurement
- Facility Management
- Finanzen
- Geoinformatik | GIS
- IT-Security
- Neues Kommunales Finanzwesen
- Kommunale Daseinsvorsorge
- Kommunale Internetportale
- Personalwesen
- Regionale Entwicklung
- Stadt- und Raumplanung
- Virtualisierung
- und vieles mehr ...

Beste Bildung für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schafft lobten die „hervorragende pädagogische Arbeit an Bayerns Schulen“. Im gegliederten Schulsystem erhielten die bayerischen Schüler Bildungsangebote gemäß ihrer Begabung und ihres Leistungswillens. Damit legten die Schulen den Grundstock für leistungsfähigen Fachkräftenachwuchs sowie eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft“.

Die Fakten

Der BRLV-Vorsitzende legte dazu folgende Fakten auf den Tisch:

- ▶ Etwa 44 % der (Fach-) Hochschulzugänge erfolgen in Bayern vor allem über Realschule und Hauptschule (über Fachober- bzw. Berufsschule).
- ▶ In Bayern ist ein direkter Fachhochschulzugang möglich für Handwerksmeister, Industriemeister und für Personen mit vergleichbaren Abschlüssen. Bayern hat den höchsten Anteil an Spitzenschülern aller Bundesländer.
- ▶ Bayerns Realschüler und Gymnasiasten liegen in allen geprüften Bereichen vor den PISA-Siegerländern.
- ▶ Ein hoher Anteil bayerischer Hauptschüler erreicht das Leistungsniveau von Realschülern anderer Bundesländer.
- ▶ 80 % der Abgänger von bayerischen Hauptschulen haben im letzten Jahr einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen.
- ▶ 20 % der bayerischen Hauptschüler, also mehr als 10.000 Schülerinnen und Schüler, schließen jährlich mit Mittlerer Reife ab.
- ▶ Bayern hat im Vergleich der Bundesländer den geringsten Anteil an Risikoschülern.
- ▶ Die Gesamtschule ist die teuerste aller Schularten, fördert aber ihre Schüler am wenigsten. Ihr Fördereffekt ist ebenso niedrig wie jener der sechsjährigen Grundschule.
- ▶ Die Gesamtschule schafft nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulwesens.
- ▶ Die Verlängerung der Grundschulzeit um zwei Jahre benachteiligt die leistungsstärkeren wie auch die leistungsschwächeren Schüler.
- ▶ Die ersten Lebensjahre eines Kindes sind entscheidend für die Entfaltung der Persönlichkeit. Deshalb ist die frühkindliche Bildung so wichtig.

Bayern hat im Vergleich der Bundesländer den geringsten Anteil an Risikoschülern.

Die Gesamtschule ist die teuerste aller Schularten, fördert aber ihre Schüler am wenigsten. Ihr Fördereffekt ist ebenso niedrig wie jener der sechsjährigen Grundschule.

Die Gesamtschule schafft nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulwesens.

Die Verlängerung der Grundschulzeit um zwei Jahre benachteiligt die leistungsstärkeren wie auch die leistungsschwächeren Schüler.

Die ersten Lebensjahre eines Kindes sind entscheidend für die Entfaltung der Persönlichkeit. Deshalb ist die frühkindliche Bildung so wichtig.

Positionen zur Schulpolitik

In sechs Positionen zur bayerischen Schulpolitik, die jüngst an Kultusminister Siegfried Schneider übergeben wurden, spreche sich „die überwiegende Mehrheit der bayerischen Lehrkräfte und Eltern ohne Einschränkungen für das hocheffiziente gegliederte Schulwesen in Bayern aus“, fuhr Huber fort. Aber ebenso nachdrücklich würden sehr viel höhere Bildungsinvestitionen, die zu deutlichen Verbesserungen an den allgemein- wie an den berufsbildenden Schulen führen, gefordert.

Erhöhung der Unterrichts- und Betreuungsqualität

Im bestehenden System sei das Augenmerk auf die Erhöhung der Unterrichts- und Betreuungsqualität an den bayerischen Schulen durch kleinere Klassen, mehr Lehrkräfte, zusätzliches Betreuungspersonal und den bedarfsgerechten Ausbau des Ganztagsangebots zu legen. Eine Kernforderung sei die enge Zusammenarbeit von Lehrkräften und Eltern mit einem intensiven Beratungsangebot für Eltern über die schulischen und beruflichen Perspektiven und das Entwicklungspotenzial jedes einzelnen Kindes.

Mit dieser kurzen Positionsbeschreibung fordern die unterzeichnenden Eltern- und Lehrerverbände die Politiker in Bayern auf, die bayerischen Schüler endlich in Ruhe an den verschiedenen Schularten arbeiten zu lassen und sie nicht für längst überholte und gescheiterte Schulversuche zu missbrauchen. „Wir wissen durch alle Untersuchungen und durch die bitteren Erfahrungen in anderen Bundesländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, dass Bayern in der Bildungspolitik führend ist. Aber wir haben Verbesserungsbedarf und dafür treten wir mit unseren Positionen ein, so etwa mit der Forderung nach höherer Durchlässigkeit und dem weiteren Ausbau des beruflichen Bildungsweges, der ebenfalls im Sinne der Chancengerechtigkeit alle Möglichkeiten bietet“, so die Verbände.

Ende der leidigen Debatte

Mit seinem Aufruf: „Hände weg von den Haupt-, Wirtschaftsschulen, Realschülern und Gymnasiasten – gegen Einheitsschüler, Einheitsschule und Einheitslehrer“ appellierte Anton Huber für ein Ende der leidigen Schulstrukturdebatte, die die Vernichtung der einzelnen Schularten in Bayern zum Ziel habe. Huber: „Wer ehrlich mit der bayerischen Bevölkerung umgeht, der soll sagen, dass er mit ‚Eine Schule für alle‘, mit Einheitsschule, mit Regionalschule, also mit der Gesamtschule, die Abschaffung der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums vorhat.“

Die Initiativen und Aktivitäten des Bündnisses „Beste Bildung in Bayern“ wurden auch vom KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss einstimmig begrüßt. Grundsätzlich werden deren Ziele unterstützt, insbesondere das Bekenntnis zum mehrgliedrigen Schulsystem sowie die Ansätze

Archäologie und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
verzeichnete der Tag des offenen Denkmals in den vergangenen Jahren einen stetig steigenden Publikumserfolg. „Der Tag des offenen Denkmals als Teil einer europaweiten Aktion ist die einzigartige Möglichkeit, das kulturelle Erbe vor der eigenen Haustür zu entdecken“, betonte Goppel. „Dabei richtet sich der Blick weniger auf die bekannten Prachtbauten, sondern vielmehr auf die unentdeckten ‚Denkmäler von nebenan‘, die ansonsten nicht zugänglich sind und an denen man allzu leicht vorbeigeht“, so der Minister weiter. Das diesjährige Motto lege den Schwerpunkt auf die Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Bodendenkmalpflege sowie der Bauforschung. Insgesamt 55.000 Bodendenkmäler wie ehemalige Römer-Kastelle seien auf der Bayerischen Denkmalliste verzeichnet. Die Zahl der bisher nicht entdeckten unterirdischen Denkmäler liege aber vermutlich zehnmal höher, so der Minister.

Denkmalschutzmedaille für vorbildliche Sanierung

Goppel, der aus Anlass des Denkmaltages an 31 Hauseigentümer, Institutionen und ehrenamtliche Denkmalpfleger die Bayerische Denkmalschutzmedaille für vorbildliche Sanierung alter Bauten verlieh, hob überdies die Bedeutung historischer Gebäude und Innenstädte für den Fremdenverkehr hervor. Historische Bauwerke und Ortsbilder seien wahre Touristenmagnete. Dies könne auch an der Tourismusbilanz der Drei-Flüsse-Stadt abgelesen werden. Bei steigender Tendenz hätten im vergangenen Jahr eineinhalb Millionen Tages-

zur Stärkung der Hauptschule.

German Denneborg, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, der zum Abschluss explizit die Reformideen zur Ganztagschule präsentierte, verwies zunächst darauf, dass zum neuen Schuljahr der Freistaat Bayern die gebundenen Ganztagschulen massiv ausbaut: Sie werden von 223 im vergangenen Schuljahr auf 411 im Schuljahr 2008/2009 (320 Hauptschulen, 40 Grundschulen, 9 Realschulen, 12 Gymnasien, 30 Förderschulen) fast verdoppelt. Auch die offenen Ganztagsangebote seien um 152 Gruppen, d. h. fast ein Sechstel, deutlich ausgeweitet worden. Bis zum Schuljahr 2012/2013 soll ein flächendeckendes Angebot an rhythmisierten Ganztagsklassen an Hauptschulen realisiert werden.

Ganztagsunterricht

Nach der neuen Konzeption der Staatsregierung soll der Ganztagsunterricht freilich nicht allein den Hauptschulen vorbehalten bleiben, sondern auf die anderen Schularten ausgeweitet werden, wo derzeit bereits erfolgreiche Modellversuche laufen. Ziel ist es, ein bedarfsorientiertes, verlässliches schulisches Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre umzusetzen. Ein solches flächendeckendes und zukunftsorientiertes Ganztagsangebot für alle Schularten muss Denneborg zufolge in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen auf den Weg gebracht werden.

Die konkrete Vorbereitung und Umsetzung werde in Gesprächen mit den Kommunalen Spitzenverbänden zu Beginn der nächsten Legislaturperiode zu klären sein. Ziel sei der weitere Ausbau bei den Grundschulen beginnend mit dem Schuljahr 2009/2010, bei Realschulen und Gymnasien im Laufe der kommenden Legislaturperiode. **DK**

touristen Passau besucht. Zudem seien dort 426.000 Übernachtungen gezählt worden.

Ebenso wie Goppel betonte auch Bayerns Generalkonservator Prof. Egon Johannes Greipl bei der Auftaktveranstaltung die kulturelle Bedeutung der Passauer Altstadt. Passau sei nach den Stadtbränden im 17. Jahrhundert zu „einer der schönsten Barockstädte der Welt geworden“, meinte Greipl. Bayerns oberster Denkmalschützer kritisierte allerdings auch die Gestaltung der Neuen Mitte von Passau, wo in den vergangenen Jahren mehrere Neubauten wie ein Einkaufszentrum, ein Kinokomplex und ein Bürohochhaus gebaut wurden. Dieses neue Stadtzentrum bezeichnete Greipl als „gründlich missglückt“.

Grundlage für die Praxis

Wie Greipl weiter ausführte, wird mit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Vertrags zwischen der Stadt und dem Landesamt für Denkmalpflege künftig eine noch bessere Grundlage für die Praxis geschaffen. In diesem Vertrag geht es um die Erstellung einer Denkmaltopographie, in der jedes Denkmal der Stadt Passau beschrieben und abgebildet sein wird. Einleitende Beiträge werden die sozial-, wirtschafts-, kirchen- und kunstgeschichtlichen Zusammenhänge herstellen.

Beim Denkmaltag wurden erstmals historische Passauer Kirchenfenster präsentiert, die seit dem Zweiten Weltkrieg verschollen waren und kürzlich wieder entdeckt wurden. Die Gläser der bayerischen Glasmalerwerkstatt Scherer aus dem 19. Jahrhundert lagen in Scherben und werden derzeit restauriert. **DK**

Industriebericht Bayern 2008:

Kraftvoller Start

Gute Nachricht für den Wirtschaftsstandort Bayern: Die bayerische Industrie blickt auf ein exzellentes Jahr 2007 zurück. Wie Staatsministerin Emilia Müller bei der Vorstellung des Industrieberichts Bayern 2008 konstatierte, ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der Industrie im Freistaat unverändert außerordentlich hoch: 1,2 Millionen Männer und Frauen würden in 7.600 Betrieben beschäftigt; zwei von drei Arbeitsplätzen hängen direkt oder indirekt von der Industrie ab. Diese sei somit das „Zentrum im gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess“.

Wie der Industriebericht 2008 aufzeigt, setzte sich die Dynamik des Jahres 2006 auch im Jahr 2007 fort. In fast allen Branchen konnte ein Wachstum verzeichnet werden. Deutlich stiegen Aufträge (plus 8,7 %), Produktion (7,4 %) und Umsatz (5,8 %) der bayerischen Industrie. Auch der Export boomt laut Ministerin Müller: Betrug die Quote im Jahr 2007 noch 48,1 %, lag sie von Januar bis Juli 2008 bereits bei 49,7 %. Bayern sei somit ein „Gewinner der Globalisierung“.

Neue Arbeitsplätze

Dies, so Müller weiter, komme gerade auch den Beschäftigten zugute. Die Industrie schaffe neue Arbeitsplätze, die Betriebe stellten wieder verstärkt ein. Seit 2006 steigt die Zahl der Arbeitsplätze endlich wieder. Erstmals seit 2001 übertraf die Beschäftigung wieder die 1,2-Millionen-Marke. Der Zuwachs von 3,1 % lag in Bayern dabei deutlich über dem Bundesdurchschnitt (plus 2,0 %). Auch im ersten Halbjahr 2008 hat sich der Beschäftigungsaufbau weiter fortgesetzt.

Positive Entwicklung

Fast alle der 25 in der Industriestatistik erfassten Branchen zeigten 2007 eine positive Entwicklung bei Beschäftigung und Umsatz. Umsatzstärkste bayerische Branche ist Müller zufolge der Automobilbau, der weltweit im Premium-Segment punktet. 2007 ist sein Umsatz um 12,5 % auf 84,4 Milliarden Euro gewachsen. Die bayerische Automobilindustrie konnte damit die Wachstumsrate des Umsatzes gegenüber dem Vorjahr verdreifachen. Die Exportquote der Automobilbranche erreichte mit fast 66 % einen Höchststand.

Umsatzplus

Auch die bayerischen Maschinenbauer haben im letzten Jahr ihren Umsatz um 10,2 % auf 47,5 Milliarden Euro gesteigert. Mit einem Mitarbeiterzuwachs um 5,2 % konnte die Branche 2007 erstmals seit 1991 wieder die 200.000-Marke übertreffen. Beschäftigungsstärkste Industrie im Freistaat ist wiederum die Elektroindustrie. Auf hohem Ni-

veau konnte sie die Zahl der Mitarbeiter nochmals deutlich um 6,2 % auf knapp 220.000 steigern. Besonders bemerkenswert ist auch die Entwicklung der Glasindustrie: Mit einem Umsatzplus von fast 14 % eroberte diese Traditionsindustrie den Spitzenwert beim Umsatzwachstum 2007.

Regionale Betrachtung

Bei der regionalen Betrachtung zeige sich ebenfalls ein durchgängig positives Bild, wie die Ministerin erläuterte. In allen Regierungsbezirken konnten 2007 Umsatz und Zahl der Beschäftigten deutlich gesteigert werden. Die höchsten Zuwächse wurden dabei in der Oberpfalz, in Unterfranken und Schwaben erreicht.

Rückgänge im Auftragseingang

Kraftvoll gestaltete sich auch der Start der bayerischen Industrie ins Jahr 2008: So lagen Umsatz und Beschäftigung auch im ersten Halbjahr 2008 mit einem Plus von 3 bzw. 2,7 % deutlich über Vorjahresniveau. Allerdings, so räumte Emilia Müller ein, „beobachten wir seit Monaten Rückgänge im Auftragseingang“. Die Impulse aus dem Ausland nähmen aufgrund einer schwächeren Entwicklung der Weltwirtschaft und starkem Euro ab. „Dies lässt für die Zukunft ein nachlassendes Wachstumstempo erwarten.“

Hohes Niveau

Trotz der sich abschwächenden konjunkturellen Einflussfaktoren seien Produktion, Auslastung und Auftragsbestand der bayerischen Industrie auf einem hohen Niveau, stellte Müller fest. „Für das Gesamtjahr erwarten wir daher insgesamt ein nochmaliges Plus bei der Beschäftigung.“ Angesichts des zunehmenden konjunkturellen Gegenwinds sei es umso wichtiger, „unsere erfolgreiche Industriepolitik weiter konsequent fortzusetzen und optimale Rahmenbedingungen für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern zu schaffen“.

Mit Blick auf das Münchner ifo-Institut, das 15 Thesen für ei-

ne offensive Industriepolitik aufgestellt hat, formulierte die Ministerin daraus einige wichtige Handlungsfelder der Industriepolitik in Bayern:

1. Am Standort Deutschland müssen Rahmenbedingungen wie Steuern, Lohnnebenkosten und sonstige Kostenfaktoren stimmen.

2. Auch die Bürger brauchen seine Entlastung. Die deutsche Konsumgüter-Industrie kämpft mit einer anhaltend schwachen Inlandsnachfrage, weswegen Steuern und Abgaben gesenkt werden müssen. Mit dem CSU-Steuerkonzept „Mehr Netto für alle“ und dem 10-Punkte-Entlastungspaket „Deutschland muss handeln“ liegen dazu die richtigen Konzepte auf dem Tisch.

Tagung der Krankenhausedirektoren in Bad Gögging:

Schmidts „Mogelpackung“

Die bayerischen Krankenhäuser lehnen das von der Bundesregierung geplante Hilfsprogramm für die Kliniken in Höhe von drei Milliarden Euro als völlig unzureichend ab. Die Pläne von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) seien eine „Mogelpackung“, erklärte der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, bei einer Tagung der bayerischen Krankenhausedirektoren im niederbayerischen Bad Gögging.

„Es kann nicht etwas als Hilfsprogramm bezeichnet werden, bei dem der ohnehin gesetzlich vorgesehene Wegfall von Vergütungskürzungen hineingerechnet wird“, betonte Hasenbein. Würde man solche Effekte und den Krankenhäusern gesetzlich zustehende Vergütungszuwächse abziehen, blieben als zusätzliches Finanzvolumen bundesweit nur noch knapp 1,5 Mrd. Euro übrig. „Die Tarifloohnerhöhungen bekämen wir damit nur zur Hälfte finanziert und die zum Teil massiven Sachkostensteigerungen blieben vollständig ungedeckelt“, rechnete Günther Pfaffeneder, der Vorsitzende des Verbandes der bayerischen Krankenhausedirektoren (VKD) vor.

Finanzierungs- und Planungssicherheit

Hasenbein und Pfaffeneder drängten darauf, dass die Krankenhäuser „noch in diesem Jahr Finanzierungs- und Planungssicherheit bräuchten“. Sie appellierten deshalb an Ministerin Schmidt, neben einem „Soforthilfepaket“ eine künftig verbesserte Finanzierung der Betriebskosten auf den Weg zu bringen. Bislang macht die Bundesgesundheitsministerin dies davon abhängig, dass die Bundesländer einer Änderung der Investitionsfinanzierung zustimmen, was

3. Viele Industriebetriebe können nur dann wettbewerbsfähig am Standort Deutschland produzieren, wenn die Energie- und Strompreise bezahlbar bleiben. Aktuell wichtig sind deshalb faire Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Industrie beim europäischen Emissionshandel. Die Zuteilung von CO₂-Zertifikaten an die Industrie muss kostenlos erfolgen, solange für Industrieanlagen außerhalb Europas keine vergleichbaren Anforderungen gelten. Mindestens müssen aber die energieintensiven Branchen kostenlose Zertifikate erhalten. Zudem gilt: Bezahlbar bleiben die Strompreise in Deutschland nur, wenn die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke verlängert werden.

4. Bayern muss technologisch an der Spitze bleiben. Innovation und Qualifikation sind für den Standort ein industriepolitisches Megathema. Der Freistaat ist hier gut aufgestellt. **DK**

Einigung in Investitionsfragen

Wenige Tage nach der Bad Gögginger Tagung hat sich der Bundesrat auf Initiative Bayerns mit einem Antrag der Länder zur Verbesserung der finanziellen Situation der Krankenhäuser befasst. „Die Länder haben sich mit dem Entschließungsantrag auf einen Weg verständigt, durch den eine Einigung in Investitionsfragen der Krankenhäuser in greifbare Nähe gerückt ist. Kernelement dieser Einigung ist, dass Bund und Länder eine Arbeitsgruppe einrichten, die bis 31. Dezember 2009 darüber entscheiden soll, ob Investitionszuschüsse eingeführt werden. Die Länder sollen frei entscheiden können, ob sie weiterhin Einzelbauvorhaben fördern oder ob sie leistungsorientierte Investitionszuschüsse einführen. Damit ist der gordische Knoten zwischen unterschiedlichen Interessen von Bund und Ländern durchschlagen. Zugleich ist der Weg frei für eine rasche finanzielle Entlastung der Krankenhäuser“, freute sich Bayerns Sozialministerin Christa Stewens über die einstimmig gefasste Entschließung der Länder.

Anders als es der Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums vorsah, sollen die Länder nicht zu einer Zahlung von Investitionszuschüssen verpflichtet werden. Stewens: „Die Länder bleiben Herr des Verfahrens. Wenn ein Land sich weiterhin für die Förderung von Einzelvorhaben entscheidet, so muss dies möglich sein. Dieses in Bayern überaus bewährte Verfahren hat also auch weiter Zukunft. Mit der heutigen Einigung sind Bund und Länder aufeinander zugegangen - im Interesse der Krankenhäuser, die nun die dringlich benötigte finanzielle Entlastung bekommen.“ Der Sanierungsbeitrag der Krankenhäuser zugunsten der gesetzlichen Krankenkassen soll zum 1. Januar 2009 mit Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsrahmengesetzes aufgehoben werden. Dieses Gesetz sieht zudem die Berücksichtigung der Tarifierhöhungen für Löhne und Gehälter vor. **DK**

Krankenhäuser nun auch von der CSU und deren Ministern und Abgeordneten in Berlin eine eindeutige Positionierung. „Setzen Sie sich für eine schnellstmögliche und ausreichende Finanzhilfe ein oder stimmen Sie dem vorliegenden sog. Hilfsprogramm zu, der die Krankenhäuser in eine weitere Unterfinanzierung treibt?“, lautete die Frage der bayerischen Klinikvertreter.

Die BKG vertritt nach eigenen

Angaben rund 340 Kliniken mit knapp 80.000 Betten und 150.000 Mitarbeitern im Freistaat. Nachdem im Juli bereits rund 5000 bayerische Krankenpfleger, Ärzte und andere Klinikmitarbeiter in Regensburg gegen die Finanznot der Krankenhäuser demonstriert haben, soll es am 25. September eine bundesweite Protestaktion in Berlin geben. Die Organisatoren rechnen mit 60.000 Teilnehmern. **DK**

Start der „Vernetzungsstelle Schulverpflegung“

Ziel der neugeschaffenen „Vernetzungsstelle Schulverpflegung“ ist es, eine gesundheitsförderliche Schulverpflegung in den Schulen zu etablieren“, betonte Gesundheitsminister Otmar Bernhard. Kinder müssten spielerisch erfahren und praktisch vorgelebt bekommen, dass gesunde Ernährung nicht nur Über- oder Untergewicht und damit auch Folgeerkrankungen langfristig vorbeugt, sondern auch schmeckt. Als zentrale Anlaufstelle berät die Vernetzungsstelle Schulen zudem Kindertageseinrichtungen bei fachlichen, organisatorischen und logistischen Fragen. Sie unterstützt

deren Vernetzung mit allen Akteuren rund um die Verköstigung, wie beispielsweise Kostenträger, Hausmeister, Cateringfirmen oder regionale Handelspartner.

Die zentrale Kopfstelle am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) soll Strategien, Fortbildungsmaßnahmen und Konzepte erarbeiten, um die Qualität der Schulverpflegung zu verbessern. Die Bezirksregierungen erhalten je eine neue Projektstelle, die die Aktivitäten im Regierungsbezirk bündelt, Multiplikatoren schult und mit den Schulämtern zusammenarbeitet. **□**

Ausgezeichnet und aus Bayern!



Unsere Heimat ist uns wichtig!

Deshalb engagieren wir uns für Sozial- und Umweltprojekte in der Region. Von einer internationalen Jury wurden wir dafür als einziger deutscher Energieversorger mit dem europäischen Gütesiegel CEEP-CSR ausgezeichnet.



Mehr zur Auszeichnung unter www.esb.de



STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Baulandentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Jettingen-Scheppach, Schwaben
Gewerbegebieterschließung

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN



Landrat Theo Zellner gratuliert Dr. Ulrich Huber (links) zur internationalen Auszeichnung.

Internationaler GIS-Preis für Landkreis Cham

Zu den vielen Auszeichnungen des Landkreises Cham ist jetzt eine außergewöhnliche Würdigung hinzugekommen. Im kalifornischen San Diego wurde er für seine innovative Pionierarbeit auf dem Gebiet der Geographischen Informationssysteme mit dem ESRI-SAG-Award (Special Achievement in GIS) ausgezeichnet. Dieser Preis wird jährlich US-amerikanischen und internationalen GIS-Anwendern für ihre herausragenden Leistungen verliehen.

Bei der Verleihung betonte der Präsident des GIS-Weltmarktführers ESRI, Jack Dangermond, dass dieser Preis unter mehr als einer Million Anwendern stets nur den „best of the best“ zuteil wird.

Theo Zellner, Landrat des Landkreises Cham und Präsident des bayerischen Landkreistages, freut sich über die internationale Würdigung der Leistungen des Landkreises Cham: „Mit Cham hat nun erstmalig ein deutscher Landkreis diese Auszeichnung erhalten. Das zeigt, dass zukunftsorientierte Technologien wie Geographische Informationssysteme auch im ländlichen Raum erfolgreich entwickelt und genutzt werden können. Wir können damit die öffentliche Verwaltung im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger dienstleistungsorientierter, wirtschaftlicher und schneller machen.“

Besonders bedankte er sich bei seinen Mitarbeitern Reinhard Babl, Leiter der EDV des Landratsamtes Cham, und Dr. Ulrich Huber, Beauftragter für das interkommunale Geographische Informationssystem (IGIS) des Landkreises, die bei der weltweit größten GIS-Anwenderkonferenz im August in San Diego den Preis entgegen genommen hatten. Nahezu 18.000 internationale Teilnehmer aus Verwaltung und Industrie waren zusammen gekommen, um ihre Erfahrungen, Entwicklungen und Visionen untereinander auszutauschen.

Der Landkreis Cham nimmt in Bayern auf dem Gebiet der kommunalen Geoinformationssysteme nach wie vor eine Vorreiterrolle ein. Die Kreisverwaltung

und alle kreisangehörigen Kommunen setzen seit 2003 im Rahmen ihrer eGovernment-Aktivitäten auf digitale Karten und eine moderne, raumbezogene Informationsverarbeitung. Wie die Veranstaltung eindrucksvoll belegen konnte, muss sich der Landkreis auch international keinesfalls verstecken. Für seine Mitarbeiter ging es vor allem darum, sich auf dem Gebiet der Verarbeitung geographischer Daten aus erster Hand zu informieren. Hierbei konnten die aktuellsten Trends und Entwicklungen dieser eGovernment-Technologie in Erfahrung gebracht werden. Der Landkreis Cham hatte zudem Gelegenheit, sich international einem breiten Publikum zu präsentieren.

Bestätigte Bemühungen

Dr. Ulrich Huber und Dirk Werther (Microsoft Deutschland) hatten einen englischsprachigen Anwendervortrag zum Thema „Local Governments in Europe“ gehalten, der im Internet unter www.landkreis-cham.de zu finden ist. Die Vielzahl an interessierten und zustimmenden Reaktionen vor Ort hat die eGovernment-Bemühungen des Landkreises nachdrücklich bestätigt. Gespräche mit Vertretern von Verwaltungen aus Italien, Dänemark und Kanada haben ergeben, dass sich kommunale GIS-Anwender aus aller Herren Länder oftmals voneinander isoliert mit nahezu denselben Aufgabenstellungen herumschlagen. Die geknüpften Kontakte sind deshalb auch für die weitere Arbeit im Landkreis Cham wertvoll.

Über 500 Mio. Euro des Bundes für High-Tech-Projekte:

„Wuchtiger Aufschlag für Bayern“

Gespräch zwischen Bundesforschungsministerin Schavan und Ministerpräsident Beckstein

Bayerns Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein hat das Ergebnis seines Gesprächs mit Bundesforschungsministerin Annette Schavan als einen sehr guten Tag für den Wissenschaftsstandort Deutschland und Bayern und damit für Wachstum und Beschäftigung bezeichnet.

Beckstein: „Das ist ein wichtiger Aufschlag für Bayern. Wir können heute mit Stolz verkünden, dass wir mit großer Unterstützung des Bundes die Hochtechnologie-landschaft Bayerns um wichtige High-Tech-Projekte von Weltrang weiterentwickeln können. Dafür danke ich Bundesforschungsministerin Annette Schavan ganz herzlich.“

Top 5 im Visier

Beckstein unterstrich, dass die neuen Zusagen des Bundes für die IT-Forschung, das Supercomputing, die Diabetesforschung, das Deutsche Museum und ein Nanozentrum in Würzburg „in geradezu perfekter Ergänzung zu unserem großen Innovationsprogramm ‚BayernFIT‘ stehen“ und damit unmittelbar dem Ziel dienen, Bayern in den nächsten Jahren in den Top 5 der innovativsten Regionen der Welt fest zu etablieren. Für folgende Projekte hat die Bundesforschungsministerin bei dem Treffen konkrete Zusagen in Höhe von über 500 Millionen Euro in den nächsten Jahren gemacht:

1. Nationales Zentrum für Diabetesforschung
Bayern wird Heimat für ein Nationales Zentrum für Diabetesforschung. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse sollen dabei helfen, die Entstehung und den Verlauf der Volkskrankheit Diabetes in Deutschland stärker zu bekämpfen. Die Diabetologie ist

seit langem ein Schwerpunkt des Forschungsraums München mit seinen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Der Bund hat daher vorgeschlagen, in München ein solches nationales Forschungszentrum in enger Anbindung an das Helmholtz-Zentrum München zu errichten und mitzufinanzieren. Beckstein: „Diesen Vorschlag begrüße ich sehr. Das ist ein Quantensprung für den Medizinstandort Bayern.“ Der Bund wird dafür in den nächsten zehn Jahren zwischen 300 und 400 Millionen Euro, also jährlich 30 bis 40 Millionen Euro in Bayern investieren.

Zentrale Schlüsseltechnologie

2. Leibniz-Rechenzentrum
Das Leibniz-Rechenzentrum in Garching wird im Verbund mit den Forschungsrechenzentren in Jülich und Stuttgart zu einem Europäischen Zentrum für Höchstleistungsrechnen ausgebaut werden, dem „Gauss Centre for Supercomputing“ (GCS). Der Bund hat dafür 55 Millionen Euro für den Rechner sowie zusätzliche Mittel für die Betriebskosten zugesagt. Bayern ist bereits in Vorlage getreten und wird aus dem Programm BayernFIT zunächst Investitionsmittel in Höhe von 55 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Das Höchstleistungsrechnen ist eine der zentralen Schlüssel-

Schnelles Internet im ländlichen Raum:

Freistaat treibt Anbindung voran

Bayern treibt die Anbindung des ländlichen Raums ans schnelle Internet voran. Bayerns Wirtschaftsministerin Emilia Müller zog im Kabinett eine positive Zwischenbilanz zur Breitbandversorgung in Bayern.

Müller: „Die bayerische Breitbandförderung ist gut gestartet. Wir haben unser Förderprogramm im Rahmen von 11 Regionalkonferenzen in allen Regierungsbezirken vorgestellt und dabei rund 1.300 Bürgermeister, Breitbandpaten und Anbieter er-

reicht. Es sind bereits zahlreiche Förderanträge für Planungen und Machbarkeitsstudien gestellt worden.“ Seit Juli können Gemeinden einen Zuschuss für Investitionen in den Ausbau von Breitbandnetzen in ländlichen Gebieten beantragen. Bayern stellt hierfür in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt 19 Millionen Euro zur Verfügung. Neben der finanziellen Förderung werden die Gemeinden bei der Suche nach einer optimalen Breitbandlösung gezielt unterstützt.

www.breitband.bayern.de

Müller: „Unser Online-Portal www.breitband.bayern.de spielt hier eine wichtige Rolle. Die Internetseite unterstützt die Gemeinden mit Musteranträgen und Informationen zur Durchführung des notwendigen Auswahlverfahrens. Weil die Breitbanderschließung oft anspruchsvolle technische und organisatorische Fragen aufwirft, haben wir ein Unternehmen mit der Beratung der Gemeinden vor Ort beauftragt. Über 550 Beratungen wurden mittlerweile durchgeführt.“

Eine Besonderheit der bayerischen Breitbandförderung liegt laut Müller darin, dass über die Gemeinden in ländlichen Gebieten auch Unternehmen ge-

komuna Roadshows 2008

Chancen nutzen - Zukunft gestalten

Mehr Bürgernähe durch schnelle und transparente Abläufe in der öffentlichen Verwaltung. Vernetzt denken und damit die Zukunft gestalten. Als Anbieter von kommunalen IT-Komplett-Lösungen hat sich die Firma komuna EDV-Beratung GmbH genau darauf spezialisiert. Die Voraussetzungen hierfür sind beste Qualität sowie individuelle und praxisnahe IT-Lösungen.

komuna bietet ihren Kunden eine lückenlose und partnerschaftliche Betreuung: Von der Planung und Projektierung über die Organisationsberatung und Installation bis hin zum laufenden Betrieb. Dabei steht die Beratung von Mensch zu Mensch immer im Mittelpunkt. Um ausführliche Informationen so persönlich wie möglich transportieren zu können, ist komuna von Mitte Oktober bis Mitte November in ganz Bayern unterwegs. An einem Tag haben Bürgermeister und Mitarbeiter aus Kommunalverwaltungen die Gelegenheit, neue Produkte, aktuelle Änderungen und Neuerungen in den verschiedenen Fachbereichen kennen zu lernen.

Die thematischen Schwerpunkte umfassen hierbei das Dokumentenmanagement, den Sitzungsdienst, die digitale Archivierung, das Neue Kommunale Finanzwesen, das Einwohnerwesen sowie die eGovernmentlösung Rathaus Service-Portal.

Drei spannende Fachvorträge „Eine Plattform. Eine Lösung. Alle Dokumente – Die Verwaltung der Zukunft mit komuna.RIS“, „MESO und Rathaus Service-Portal – mehr Qualität mit komuna.RSP“ und „Mit CIP – KD und CIP – Archiv zu einem aktuellen Rechnungswesen“ sind die Programmhöhepunkte der Roadshows. Im zeitgleich stattfindenden Administratoren-Forum lernen Besucher die ganze Bandbreite der komuna-Systemtechnik kennen: Netzwerk-Projektierung, Virtualisierungslösungen, IP-Telefonie. Fakt ist: Die Zukunft der Verwaltung hat bereits begonnen.

Die Roadshows finden an folgenden Orten statt:

- 14.10. Heroldsberg
- 15.10. Gersthofen
- 20.10. Starnberg
- 23.10. Ingolstadt
- 05.11. Amberg
- 06.11. Rosenheim
- 11.11. Martinszell bei Kempten
- 12.11. Würzburg

Weitere Informationen sowie die Anmeldung zu den Roadshows unter www.komuna.de

technologien des 21. Jahrhunderts. In Garching soll 2011 ein neuer Superrechner installiert werden, der mindestens hundertmal schneller sein wird als das bisherige System.

3. Innovationsallianz „Software-Plattform Embedded Systeme 2020“

Bei der Innovationsallianz handelt es sich um ein groß angelegtes bundesweites F&E-Verbundprojekt unter Federführung der TU München, an dem neun Hochschulen / Forschungseinrichtungen und elf Unternehmen beteiligt sind. Dass die Federführung der Innovationsallianz bei bayerischen Partnern der TU München liegt, ist folgerichtig. Bayerische Unternehmen und Forschungseinrichtungen haben im Bereich der eingebetteten Systeme deutschlandweit eine Führungsrolle. Die Innovationsallianz wird als strategisches F&E-Projekt jedoch weiteren Hochschulen und Unternehmen in ganz Deutschland offen stehen. Das BMBF unterstützt dieses Vorhaben mit rund 20 bis 23 Millionen Euro pro Jahr, also rund 70 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren.

4. Nanotechnologiezentrum Würzburg

Bayern und der Bund sind sich einig, dass die Nanotechnologie eines der großen Zukunftsthemen für viele Bereiche der deutschen Wirtschaft ist. Bayern ist auch auf diesem Zukunftsfeld sehr gut aufgestellt. So hat die

Universität Würzburg im Bereich der Nanotechnologie für elektronische und photonische Bauelemente auf Basis von Verbindungshalbleitern deutschlandweit eine Sonderstellung. Diese führende Position wollen wir weiter ausbauen. Ziel ist der Aufbau eines Forschungsinstitutes für Nanotechnologie am Standort Würzburg als Kooperation der Uni Würzburg mit den Forschungszentren Karlsruhe und Jülich. Der Bund ist bereit mit einzusteuern, damit in Würzburg ein internationales sichtbares Forschungszentrum entsteht. Nach der Aufbauphase für das Nanozentrum wird die Übernahme in die Trägerschaft einer etablierten Forschungsorganisation wie der Helmholtz-Gemeinschaft angestrebt.

5. Deutsches Museum

Bayern und der Bund geben den Startschuss für die große Modernisierung und die Zukunft des Deutschen Museums in München. Die vom Bund und den Ländern gemeinsam geförderten Forschungsmuseen der Leibniz-Gemeinschaft werden zum 1. Januar 2009 auf Bundesseite in den Zuständigkeitsbereich von Bundesministerin Dr. Schavan übergehen. In Bayern sind davon das Deutsche Museum in München und das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg betroffen.

Neue Perspektiven

Die neue Zuordnung auf Bundesebene ist ein positives Signal und eröffnet neue, äußerst vielversprechende Perspektiven für die Vernetzung der Forschungsprogramme dieser Museen mit den Forschungsaktivitäten der Hochschulen und anderer Forschungseinrichtungen. Beckstein und Schavan bekräftigten das Ziel, das Deutsche Museum bis 2019 gemeinschaftlich auf den modernsten Stand zu bringen. Die Bundesforschungsministerin hat dies zugesichert und wird dafür in ihrem Haushalt einen relevanten Betrag einstellen. Konkret soll bereits nächstes Jahr mit der Modernisierung begonnen werden.



komuna Roadshows 2008

Chancen nutzen – Zukunft gestalten

Freuen Sie sich auf spannende Vorträge und entdecken Sie die ganze Bandbreite der komuna:

- 14.10. Heroldsberg
- 15.10. Gersthofen
- 20.10. Starnberg
- 23.10. Ingolstadt
- 05.11. Amberg
- 06.11. Rosenheim
- 11.11. Kempten
- 12.11. Würzburg

Infos und Anmeldung unter www.komuna.de

AKDB-Jahresbericht 2007:

Optimaler Nutzen für den Kunden

Das vergangene Jahr war für die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) sehr erfolgreich und äußerst ergebnisreich, wie der Jahresbericht 2007 ausweist. „Wir konnten als Anbieter kommunaler Branchensoftware gemeinsam mit unseren Partnerunternehmen die führende Position in Bayern und im restlichen Bundesgebiet nicht nur halten, sondern noch weiter ausbauen. Basis für diesen Erfolg war neben einer bewährten Geschäftspolitik die konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse unserer Kunden“, stellen der Geschäftsführende Direktor der AKDB, Alexander Schroth, und Direktor Rudolf Schleyer fest.

Hoch qualifizierte und motivierte Mitarbeiter hätten im vergangenen Jahr mit Neuentwicklungen, Anpassungen an rechtliche Änderungen und consequentem Support einen optimalen Nutzen für die Kunden erreicht. Dabei habe die AKDB wieder eng und konstruktiv mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammen gearbeitet. Wie Schroth und Schleyer feststellen, würden viele Entscheidungen im Spannungsfeld der kommunalen Interessen und zahlreicher Vorgaben auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene getroffen. Auch in diesen Bereichen habe sich der IT-Dienstleister entschieden für die Interessen seiner Kunden eingesetzt. Durch diese positive und produktive Zusammenarbeit seien in 2007 zahlreiche Projekte erfolgreich konzipiert und realisiert worden.

Bedeutende Pilotprojekte

Teilweise handelt es sich hierbei laut Jahresbericht um Pilotprojekte von herausragender und bundesweiter Bedeutung. So wurden im vergangenen Jahr die rechtlichen Anforderungen an den biometriegestützten Reisepass der Stufe 2 umgesetzt und erfolgreich bei den OK.EWO-Kunden implementiert. Zum 1. Januar 2007 startete der bundesweite elektronische Datenaustausch zwischen Meldebehörden (unter anderem die elektronische Rückmeldung) und am 1. Juli BayBIS, ein bundesweit einzigartiges Behördenauskunftssystem.

BayBIS enthält die Einwohnerdaten aller 1.381 bayerischen Meldebehörden, verfügt über Adresskettenverfolgung bei mehrfachen Umzügen, wird täglich aktualisiert und steht 24 Stunden zur Verfügung. Bis zum 31. Dezember 2007 wurde es bereits von 1.530 bei der AKDB registrierten Behörden genutzt, darunter 1.352 der 1.381 Meldebehörden (Bayern) sowie alle 71 bayerischen Landkreise. Insgesamt wurden im zweiten Halbjahr 2007 bereits 400.000 Auskünfte zusätzlich zur Polizeiauskunft eingeholt.

Als weiteres großes AKDB-Projekt wird das NKFV-Netz-

werk Bayern aufgeführt. In Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband und dem Staatsministerium des Innern wurde eine Informationsplattform geschaffen, die allen Interessierten an der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzwesens (Kommunale Doppik) Auskunft über den aktuellen Stand in Bayern gibt.

Auch im vergangenen Jahr präsentierte sich die AKDB erfolgreich auf Fachmessen. Als besonders gelungen bezeichnet der Dienstleister dabei den Auftritt bei der Kommunale 2007 in Nürnberg. Er informierte dort in zahlreichen Fachgesprächen, Präsentationen und Vorträgen über seine Lösungsangebote. Großes Interesse fanden die zukunftsorientierten Projekte sowie die Software OK.WAHL. Bei der bayerischen Kommunalwahl im März 2008 war diese Lösung bei über 1.000 Verwaltungen im Einsatz.

Kommunale Doppik

Apropos 2008: In diesem und in den nächsten Jahren wird dem Bereich Meldewesen erneut eine bedeutende Rolle zufallen, so Schroth und Schleyer. Das Thema Kommunale Doppik werde immer wichtiger. Viele Kommunen hätten unter der AKDB-Federführung bereits erfolgreich auf die doppelte Buchführung umgestellt. Die 2007 in Kraft getretene KommHV Doppik habe die rechtliche Sicherheit für die Umstellung geschaffen. Die erfolgreiche doppelte Finanzanwendung OK.FIS der AKDB werde 2008 Schritt für Schritt auch als Angebot im Service-Rechenzentrum - mit dem gewohnt hohen Servicestandard - zur Verfügung stehen. Die neue Serviceleistung „Familienkasse“, die 2008 die Produktpalette des Dienstleisters ergänzt, stelle eine weitere anspruchsvolle Herausforderung dar. Fakt ist: „In allen Bereichen arbeiten wir schon heute mit Hochdruck an praktischen und innovativen Lösungen der Zukunft. Unser Ziel: ein möglichst reibungsloser Ablauf in allen Prozessphasen.“

AKDB-intern wurde mit Ende des Jahres 2007 die Reorganisation des Hauses abgeschlossen. Diese organisatorische Neuausrichtung hatte das Ziel, noch schneller und effektiver auf die Wünsche und Anregungen zu reagieren und diese umsetzen zu können. Dazu wurden zehn Geschäftsfelder geschaffen, in denen die bisher getrennten Support- und Entwicklungsbereiche in jeweils einer fachbezogenen Organisationseinheit zusammengefasst wurden.

Mit den AKDB-Lösungen arbeiten Verwaltungen in ganz Deutschland an rund 55.000 PC-

Arbeitsplätzen. Deutlich mehr als 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Kommunalverwaltung nahmen in 2007 an über 800 zentralen Kursterminen der AKDB in allen Regionen Bayerns teil. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um ca. 33 Prozent und ist ein Spitzenwert innerhalb der vergangenen fünf Jahre.

Hohes Niveau

Der IT-Dienstleister stellt in Bayern einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Er beschäftigt insgesamt 703 Mitarbeiter im Freistaat und investiert in einem Umfang von rund 6,5 Millionen Euro. 2007 erwirtschaftete er einen Umsatz in Höhe von 65,5 Millionen Euro. Dieser Wert übertraf die Erwartungen deutlich und hat das hohe Niveau des Vorjahresergebnisses wieder erreicht. **DK**

Unterfranken investiert in Telematik

Würzburg. Sie würden weiter nicht stören, der kleine GPS-Chip und der Sensor in der Unterwäsche. Doch sie würden Sicherheit bieten und Freiheit bringen. Herzkranken Menschen, die eine solche Unterwäsche tragen würden, müssten nicht länger zur Überwachung ins Krankenhaus. Noch ist das Zukunftsmusik. Doch in dem vor einem Jahr gegründeten Telematik-Zentrum der Uni Würzburg wird in Kooperation mit Unternehmen an solchen Unterstützungsmethoden für Patienten geforscht.

Herzkranken, die „sensorische“ Unterwäsche tragen, könnten ein normales Leben führen, ohne auf permanente ärztliche Kontrolle angewiesen zu sein, erläutert Professor Dr. Klaus Schilling, Vorstand des Vereins „Zentrum für Telematik“, das die neue Forschungseinrichtung trägt. Die Sensoren würden Puls und Herzfrequenz kontinuierlich überwachen. Alle Daten würden an die Klinik übertragen, die den Herzkranken betreut. Sollte sich etwas Gefährliches anbahnen, würde dort Alarm geschlagen. Ein Anruf erfolgt und der Patient würde gebeten, in die Klinik zu kommen. Sollte eine akute Verschlechterung eintreten und der Patient auf der Straße ohnmächtig werden, würde der GPS-Chip helfen, den Kranken aufzufinden.

Die Telematik ist nur ein Schwerpunkt des Vereins, der sich der Forschung an und der Aufklärung über Telematik verschrieben hat und die Kooperation zwischen unterfränkischen Unternehmen und Forschern an der Uni Würzburg in Sachen Telematik vorantreiben will. Geforscht wird im wissenschaftlichen Zentrum des Vereins unter Leitung von Geschäftsführer Siegfried Kohlert auch an modernen Verfahren der Verkehrslenkung.

Mehrere unterfränkische Unternehmen sind inzwischen Mitglieder des Vereins, der von der Regierung von Unterfranken mit 2,4 Millionen Euro unterstützt wird.

Ein erstes konkretes Kooperationsprojekt zwischen einem Betrieb und dem Telematik-Forschungszentrum wird derzeit angebahnt. Dabei handelt es sich um einen unterfränkischen Automobilzulieferer, der derzeit eine Produktionsstätte in China aufbaut. Mit Hilfe der Telematik sollen die Produktionsabläufe von Unterfranken aus in China überwacht werden.

Hierfür müssen in einem ersten Schritt die Maschinen des Unternehmers mit Sensoren ausgestattet werden. Tritt später irgendwo in der chinesischen Produktionsstätte ein Fehler auf, soll dieser von Deutschland aus mit Hilfe eines interaktiven Computersystems ausfindig gemacht werden können. Techniker vor Ort werden mit einem tragbaren Fernüberwachungssystem ausgestattet. Sowie klar ist, an welcher Maschine und bei welchem Maschinenteil es hakt, analysiert der Techniker den Fehler vor Ort. Was er beim Aufschrauben der Maschine in China zu sehen bekommt, wird über eine Kamera direkt nach Unterfranken übertragen und ist auch dort zu sehen.

Das System für den Automobilzulieferer, das derzeit im Telematikzentrum entwickelt wird, soll einmal 90 Prozent aller Fehler aus der Ferne diagnostiziert werden können. Würde dies gelingen, könnten Stillstandzeiten im ausländischen Betrieb auf ein Minimum reduziert werden. **pat**

Neue Kfz-Internetzulassung beim Rhein-Erft-Kreis

Kooperation der Rheinländer mit AKDB

Im Juli 2008 gab Werner Stump, Landrat des westlich Kölns gelegenen Rhein-Erft-Kreises den Startschuss für die nächste Stufe der so genannten Internetzulassung. Die neueste Version der Internetgeschäftsvorfälle wurde in einer Kooperation mit der Geschäftsstelle Regensburg der AKDB (Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung) entwickelt.

Die neuen barrierefreien „Kfz-Internetgeschäftsvorfälle“ der AKDB sind die im Moment flexibelsten und am einfachsten zu konfigurierenden Webprogramme für die Datenerfassung aller Geschäftsvorfälle einer Zulassungsbehörde, vorteilhaft für den Bürger und für den Kfz-Händler.

Darüber lassen sich alle Geschäftsprozesse der Fahrzeugregistrierung im Rahmen einer Vorabfassung abbilden. Hierbei profitierte man im Rhein-Erft-Kreis zum einen von der sechsjährigen Erfahrung mit inzwischen über 20.000 Geschäftsvorfällen pro Jahr. Zum anderen wurde auch das umfangreiche Feedback vieler Kunden, die seit langem mit den Internetgeschäftsvorfällen arbeiten, in die neue Verfahrenslösung eingearbeitet. „Inzwischen wissen wir genau, was die Kunden wollen und wo es noch Veränderungsbedarf bei der Dateneingabe gibt“, so Sven Eichler, Verfahrensbetreuer beim Rhein-Erft-Kreis.

Flexible Konfigurierbarkeit

Im Projektverlauf hat sich insbesondere der kurze, direkte Draht zwischen Straßenverkehrsamt, IT und AKDB als Vorteil erwiesen. Besonders stolz sind das bayerische Softwarehaus und der Rhein-Erft-Kreis auf die flexible Konfigurierbarkeit der Webapplikation, vom Seitenbezeichnung bis zum kleinsten Formularfeld. Graphische Hilfsfunktionen an allen Stellen des Webdialoges sind einfach zu- und abschaltbar, ein nützlicher Service für die Kunden.

„Die neuen Internetgeschäftsvorfälle sind nicht nur ein Facelift der bisherigen Webanwendung“, so Christoph Kratzer, Projektleiter im Geschäftsfeld Verkehr bei der AKDB. „Der Rhein-Erft-Kreis entwarf das Layout der Webseiten. Die AKDB hat in ihrer Aufgabe als Fachverfahrensanbieter ein äußerst variables Webfrontend geschaffen, um damit allen Kundenanforderungen gerecht zu werden. Unsere neuen Internetgeschäftsvorfälle stellen bewusst keine reine Datenerfassung dar, sondern sind sehr eng mit dem Fachverfahren OK.VORFAHRT verbunden, um die gewünschte Variabilität zu erreichen und die Plausibilität der eingegebenen Felder zu überprüfen. Genau darin lag auch der Schwerpunkt der von der AKDB gelei-

steten Entwicklungsarbeit bei der Umsetzung der notwendigen Web- und Verfahrensprogramme.“

IT-Abteilungen und Rechenzentren, früher bei Updates des Verfahrens zeitintensiv eingebunden, werden nun spürbar entlastet. Das Sichern einzelner statischer Informationen im Dateisystem des Webservers ist in der neuen Version nicht mehr erforderlich. Zudem werden jetzt die Anforderungen der Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung (BITV) erfüllt. Damit wird Menschen, denen die Nutzung der Informationstechnik nur eingeschränkt möglich ist, der Zugang zu dieser eröffnet oder erleichtert.

„So war es wichtig, dass der generierte Code valide sowie alle Funktionalitäten auch ohne Javascript nutzbar sind. Das HTML wird komplett im Fachverfahren erzeugt“, so Christian Ramsauer, der verantwortliche Entwickler bei der AKDB. „Konfigurationen, Formularfelder und Verzweigungen können in OK.VORFAHRT editiert werden. Design und Layout werden ausschließlich über CSS gesteuert.“

Individuelle Anpassung

Susanne Seegebrecht, Medienstalterin beim Rhein-Erft-Kreis, zeigt sich mit der neuen Lösung zufrieden: „Wir haben Funktionalität strikt von Design getrennt. Somit ist es einfach, die Formulare mit dem individuellen Corporate Design anderer Behörden zu versehen.“

Sämtliche CSS-Codes und Hilfeabbildungen, die von den Spezialisten des Rhein-Erft-Kreises erstellt wurden, sind unter einer Creative Commons Lizenz (Musterlizenzverträge für digitale Medieninhalte) gestellt. Individuelle Anpassungen an das eigene Corporate Design einer Zulassungsbehörde sind somit schnell realisiert.

Im Zuge der Weiterentwicklung will der bayerische Softwareentwickler die neuen Internetgeschäftsvorfälle bis Ende 2008 mit einem sogenannten „Herstellerdialog“ anbieten. Dieser Herstellerdialog deckt alle Varianten einer vorbereitenden Fahrzeugzulassung ab. Alle technischen Datenfelder sollen für das Kraftfahrt-Bundesamt plausibilisiert und im WEB zur Datenerfassung angeboten werden. **□**

Es gibt einen sicheren Weg bei der Umstellung auf die

DOPPIK

führen Sie am besten mit DATEV ein. Schließlich sind wir nicht nur führend beim Rechnungswesen, sondern auch der Spezialist für ein zukunftsweisendes kommunales Finanzmanagement.

Wir begleiten Sie in allen Phasen der Umstellung auf die doppelte Buchführung: Mit leistungsstarker Software, einem umfassenden Projektmanagement und individuellen Serviceangeboten. Und auch anschließend, im laufenden Betrieb stehen wir Ihnen beratend zur Seite. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater, Ihrem Wirtschaftsprüfer oder unter der Telefonnummer 0800 0114348.

www.datev.de/kommunal



DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Jahrespressekonferenz der DATEV eG:

Stärke und Solidität

Rekordumsatz in 2007 – Dienstleister mit Doppik-Kompetenz

„Es freut uns, dass wir im abgelaufenen Geschäftsjahr ein überdurchschnittliches Wachstum erzielen konnten“, betonte Prof. Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender der DATEV eG, bei der Jahrespressekonferenz in Nürnberg. „Es gelang, unsere Prognosen des Vorjahres deutlich zu übertreffen. Das ist auch ein Beleg für die Stärke und Solidität unserer Genossenschaft.“

Im vergangenen Jahr hat das Nürnberger Software- und IT-Dienstleistungsunternehmen das Wachstum in allen Geschäftsbereichen deutlich beschleunigt. Der Umsatz wurde um fünf Prozent auf 614,1 Mio. Euro (2006: 584,8 Mio.) gesteigert. Das Betriebsergebnis betrug 37,8 Mio. Euro.

Konstante Mitgliederzahl

Die Zahl der Genossenschaftsmitglieder blieb nahezu konstant bei 39.052 (2006: 39.147). „Die Neigung junger Steuerberater, sich selbständig zu machen, geht weiter zurück“, kommentierte Kempf die Branchenentwicklung. Zudem wachse die Anzahl der Sozietätsmitgliedschaften, die zumeist zuvor bestehende Einzelmitgliedschaften aufheben.

Höchste Rückvergütung

Auf Grund der guten Entwicklung erhalten die Mitglieder der Genossenschaft für das vergangene Jahr die höchste Rückvergütung in der Geschichte der DATEV in Höhe von 35,0 Mio. Euro (33,3 Mio.), eine Quote von sechs Prozent des rückvergütungsfähigen Umsatzes. „Auf den Umsatzzuwachs von 29 Mio. Euro sind wir besonders stolz“, bemerkte Kempf. Zum Erfolg trügen alle Geschäftsbereiche bei: Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte fragten vermehrt Dienstleistungen der DATEV

nach, mittelständische Unternehmen entschieden sich immer häufiger für DATEV-Softwarelösungen und der Ausbau der Rechenzentrums-Dienstleistungen resultierte in steigenden Aufträgen.

Blick nach vorn

Laut Kempf rechnet das Unternehmen „für 2008 mit einer ähnlich zufrieden stellenden Entwicklung und einem Umsatzzuwachs auf rund 642 Mio. Euro, auch wenn uns das schwierige Wettbewerbsumfeld vor neue Herausforderungen stellt“. „Unsere neuen Produkte und die Erfolge im Ausland stimmen uns zuversichtlich.“ Der Umsatz stieg im ersten Halbjahr 2008 auf 328,6 Mio. Euro (307,0 Mio.).

Breites Fundament

Der DATEV-Vorstandsvorsitzende verwies auf die kontinuierliche strategische Weiterentwicklung des Unternehmens: „Angesichts unserer zahlreichen Produktinnovationen, der neuen Geschäftsfelder und zusätzlicher Zielgruppen steht die DATEV heute auf einer wesentlich breiteren Basis als vor zehn Jahren.“ Neben den Produkten für Steuerberater vermarkte die DATEV seit einigen Jahren erfolgreich Lösungen für Wirtschaftsprüfer und Unternehmen. Und seit genau zehn Jahren steige kontinuierlich die Zahl der Rechtsanwälte, die An-

gebote des Unternehmens nutzen. Zudem sei das Software-Unternehmen inzwischen in sieben europäischen Ländern aktiv.

Die Expansion in Europa wurde weiter vorangetrieben, wie Kempf zudem berichtete. Anfang des Jahres übernahm DATEV Anteile an einem spanischen Anbieter von Lösungen für Wirtschaftsprüfer; vor wenigen Tagen wurde über eine Unternehmensbeteiligung eines Tochterunternehmens in Italien das Produktportfolio erweitert. Die Internationalisierungsstrategie der DATEV zielt darauf ab, den Berufsstand der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater sowie deren Mandanten bei ihren Auslandsaktivitäten zu begleiten.

Mehr Beschäftigte

Die Zahl der Beschäftigten zum Jahresende stieg bei DATEV im Vergleich zum Vorjahr um 53 auf 5.522. Im Zuge eines Generationswechsels werden derzeit 65 Stellen in der Entwicklung frühzeitig nach besetzt, um einen gleitenden Know-how-Transfer zu gewährleisten. So sucht DATEV Informatiker und Wirtschaftswissenschaftler, die möglichst bereits Berufserfahrung mitbringen. Außerdem stellt DATEV auch dieses Jahr wieder rund 50 Auszubildende für verschiedene Fachrichtungen ein.

Lösungen nach Maß

Das vielfältige DATEV-Produktportfolio sowie zahlreiche Innovationen hätten das Wachstum beflügelt, wie Kempf weiter ausführte. Die große Bandbreite an maßgeschneiderten Lösungen habe wesentlich zu der hohen Nachfrage beigetragen. Bei den Kommunen habe das Interesse an DATEV-Dienstleistungen deutlich zugenommen. Ende 2007 profitierten kommunale Kunden in 12 von 16 Bundesländern von DATEV-Produkten und -Dienstleistungen. Jede fünfte Kommune, die DATEV-Produkte einsetzt, hat sich dabei für den Software-Einsatz via DATEVasp entschieden. Fast drei Viertel der kommunalen DATEV-Anwender nutzen überdies Software-Lösungen aus weiteren Produktgruppen.

Die im vergangenen Jahr angekündigte nächste Software-Generation unter dem Namen DATEV pro hat inzwischen die Pilotphase erreicht. Derzeit testen ausgewählte Kanzleien die

nach den Prinzipien einer Serviceorientierten Architektur (SOA) aufgebaute Software mit ihren neuen Möglichkeiten für die Arbeitsorganisation in den kommenden Monaten unter Alltagsbedingungen auf Herz und Nieren, bevor sie an einen großen Kreis von Pilotanwendern der zweiten Stufe ausgeliefert wird. Die Marktfreigabe erfolgt nach Auswertung der Daten voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2009. Die intuitiv zu bedienende Benutzeroberfläche bei DATEV pro sorgt dafür, dass sich Anwender leicht und schnell zurechtfinden. Ausgefeilte Such- und Selektionsmöglichkeiten erleichtern die Arbeit und senken die Kosten.

Planspiel-Workshop

So bietet das Unternehmen im Zuge seines Engagements für die Umstellung von Kommunen auf das kaufmännische Rechnungswesen seinen bewährten, bislang ausschließlich individuell durchgeführten Planspiel-Workshop nun zusätzlich an festen Terminen an. Im Rahmen dieser Veranstaltungen können sich Entscheider aus mehreren Kommunen einer Region mit spielerischen Mitteln gemeinsam an die Thematik heranzuführen lassen, wenn Sie noch nicht mit den Regeln des neuen Rechnungswesens vertraut sind. Im Fokus stehen dabei die Bundesländer, in denen die Doppik-Einführung in näherer Zukunft ansteht, beziehungsweise fakultativ möglich ist. Derzeit werden die Workshops bereits in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Schleswig-Holstein angeboten. Eine Ausweitung der Aktivitäten auf weitere Regionen ist in Planung.

Übergang von Kameralistik auf Doppik

Mit der Veranstaltungsreihe möchte die DATEV die planenden Kommunalverwaltungen mit den anderen Grundlagen gegenüber der Kameralistik vertraut machen und ihnen Sicherheit in der Einschätzung für bevorstehende Umstellungspläne vermitteln. Die Planspiel-Workshops richten sich an die Verantwortlichen der betroffenen Ressorts und sind jeweils als Tagesveranstaltung konzipiert. Sie simulieren anhand praktischer Beispiele den Übergang von der Kameralistik auf das kaufmännische Rechnungswesen.

Die Mitspieler übernehmen als Team die Verantwortung für die finanzielle Entwicklung einer Kommune über einen Zeitraum von zwei Haushaltsjahren. Um einen nutzen bringenden Ablauf zu gewährleisten, ist die maximale Teilnehmerzahl auf 20 beschränkt, wo-

Hohe Auszeichnung für Prof. Dieter Kempf

Nürnberg - In einer Feierstunde hat Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein dem DATEV-Vorstandsvorsitzenden Prof. Dieter Kempf das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Kempf setzt sich seit Jahrzehnten durch vorbildliches Unternehmertum für den Wirtschaftsraum Mittelfranken, den Standort Deutschland, für den Berufsstand der steuerberatenden Berufe sowie in vielseitiger Weise für das Wohl der Allgemeinheit ein.

Unter seiner zukunftsgerichteten Leitung als Vorstandsvorsitzender hat das Unternehmen DATEV eG eine außergewöhnlich positive Geschäftsentwicklung genommen und gehört mittlerweile zu den größten Softwarehäusern und IT-Dienstleistern in diesem Bereich; seit vielen Jahren bildet das Unternehmen kontinuierlich in kaufmännisch und gewerblich-technischen Berufen aus.

Neben seinem umfangreichen beruflichen Wirken engagiert sich Professor Kempf in vielseitiger ehrenamtlicher Weise in entsprechenden berufsständischen Gremien und Verbänden, zudem ist er Lehrbeauftragter an der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Seit vielen Jahren setzt er sich zudem auf Bundesebene für die Interessen und Belange seines Berufsstandes ein. Aber auch als großer Förderer der Opern- und Kunstfreunde Nürnberg sowie Gymnasien hat sich Prof. Kempf einen Namen gemacht. □

bei pro Stadt oder Gemeinde zwei Vertreter willkommen sind. Über Termine in ihrer Region können sich Kommunen, die an den Workshops interessiert sind, telefonisch unter 0800-0114348 informieren oder sich per eMail an kommunen@datev.de wenden.

Feste Größe im Markt

Was den Umstieg von Kommunen auf die Doppik angeht, kann DATEV auf ein sicheres Erfahrungsfundament verweisen. Das Unternehmen besitzt auf dem Gebiet des kaufmännischen Rechnungswesens eine über Jahrzehnte erworbene Expertise. Daher war es im Zuge der Diskussion um die Einführung dieses Rechnungslegungsstils in den Kommunen eine logische Konsequenz, ein eigenes kommunales Geschäftsfeld aufzubauen. Praktische Erfahrungen mit Doppik-Projekten in Städten und Gemeinden hat das Unternehmen seit 2002 gesammelt. Inzwischen ist es gemeinsam mit den steuerlichen Beratern eine feste Größe im Marktgeschehen und zählt Kommunen aus neun Bundesländern zu seinen Kunden. Auch zahlreiche kommunale Betriebe setzen beim Rechnungswesen und bei der Veranlagung von Beiträgen und Gebühren auf DATEV-Software.

Neben seinem lückenlosen, durchgängigen Softwaresystem rund um das Rechnungswesen und einem weit reichenden Beratungsangebot bietet die Genossenschaft Kommunen noch weitere Leistungsarten an. So können die DATEV-Lösungen auch im Application Service Providing (ASP) bezogen werden. Die Anwendungen laufen dann im Nürnberger Rechen-

zentrum der DATEV. Dieses fungiert außerdem als zentrale Datenplattform, Datensafe, revisionssicheres Archiv und als Datendrehzscheibe für den elektronischen Informationsaustausch mit anderen Behörden. Darüber hinaus können Städte und Gemeinden auch von zuverlässigen Druck- und Versanddienstleistungen profitieren. **DK**

Zuwachs für „FindUthek“

Landkreis Aschaffenburg - Im August 2008 hat sich das Bibliothekszentrum des Landkreises in Hösbach der „FindUthek“ angeschlossen. Die FindUthek ist ein Bibliotheksverbund, dem dreizehn unterfränkischen Bibliotheken angehören.

Die „FindUthek“ ermöglicht den Kunden die Recherche bei den Partnerbibliotheken in einem Datenpool von insgesamt 280.000 Medien. Der Leser kann den gesuchten Titel per Fernleihe bestellen. Sobald die Medien im Bibliothekszentrum in Hösbach eingetroffen sind, werden die Kunden informiert und können sie dort abholen. Für den Postversand zwischen den Bibliotheken wird eine Kostenpauschale von 2 Euro je Bestellung erhoben. Über der Recherche- und Bestellmöglichkeit hinaus bietet die FindUthek als Bibliotheksportal Informationen zu Neuheiten, Top- und Themenlisten und interessante Links. Der „Tipp des Monats“ und ein „Aktuelles Thema“ setzen weitere Akzente.

Ein virtuelles „Info-Regal“ bietet dem Besucher zudem Zugriff auf Lexika und Nachschlagewerke. Auch für Schulen ist das Angebot interessant: Für Schulklassen sind komplette Klassensätze verfügbar. □

Kritik an geplanter Reform der Erbschaftsteuer

Mit Blick auf die aktuelle Steuer- und Wirtschaftspolitik ging DATEV-Vorstandsvorsitzender Dieter Kempf auf den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Reform des Erbschaftsteuerrechts ein. Kempf kritisierte die „untaugliche Koppelung von Steuernachlässen an die Lohnsumme“, die über einen Zeitraum von zehn Jahren mindestens noch 70 Prozent betragen soll. Dies verhindere, im Bedarfsfall Kapazitäten anpassen zu können. Zudem müsse der Erwerber den Betrieb über 15 Jahre fortführen, um nicht die gesamte Steuersumme zurückzahlen zu müssen.

„Dieser Fallbeil-Effekt macht die Fortführung des Unternehmens zu einem unkalkulierbaren Risiko“, so Kempf. Er warnte vor einem Steuerrecht, das immer unfairer und komplizierter werde. „Der Typus des mittelständischen Unternehmers, der den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt entscheidend mitgestaltet hat, wird immer seltener. Es wird in Deutschland immer unattraktiver, Unternehmer zu sein.“ **DK**

E-PLUS GRUPPE

BASE e-plus+ simyo ay yıldız vybermobile

Typisch E-PLUS GRUPPE: schon wieder ganz vorn.

Dem Markt voraus zu sein hat bei uns Tradition. Weil wir nicht nur uns, sondern auch den Mobilfunk immer wieder neu erfinden. Zum Beispiel mit der ersten Flatrate. Oder den ersten Tarifen speziell für Geschäftskunden. Das macht uns nicht nur stolz, sondern verweist die Konkurrenz auch im Unternehmenswachstum auf die hinteren Plätze.

Das Premierenfieber steigt:

Die KOMCOM kommt nach Bayern!

Am 28. und 29. Oktober 2008 findet in Augsburg zum ersten Mal die KOMCOM BAYERN statt. Die KOMCOM als Deutschlands größte Fachmesse für Öffentliche Verwaltung mit den Schwerpunkten IT, Finanzen und Consulting gewinnt damit neben Hannover, Essen, Leipzig und Karlsruhe einen fünften regionalen Standort hinzu. Mit dem Bayerischen Städtetag hat die KOMCOM in Bayern einen starken Partner an ihrer Seite, mit dem sie gemeinsam ein dem Anlass entsprechend hochkarätiges Programm für die bayerischen Kommunen aufgestellt hat.

Die KOMCOM BAYERN 2008 bietet ein breites Portfolio speziell für die Öffentliche Verwaltung und zusätzlich für kirchliche und soziale Einrichtungen. Mehr als 180 Unternehmen aus ganz Deutschland haben sich als Aussteller zur Messe angemeldet.

Vielfältiges Portfolio

Die Unternehmen präsentieren Produkte und Dienstleistungen für alle Fachbereiche der öffentlichen Verwaltung: Tools zur Vereinfachung der Bürgerservices, Verfahren zur Umstellung von der Kameralistik zur DOPPIK, Programme zur sicheren Datenverarbeitung und Datenarchivierung, Geoinformationssysteme, Ratsinformationssysteme, Zeiterfassungssysteme und Personaleinsatzplansysteme und Instrumente für das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement sind nur einige Beispiele aus dem vielfältigen Portfolio der KOMCOM BAYERN 2008.

Zu den Ausstellern gehören die renommierten Softwarehersteller und Systemhäuser im Public Sector, also „Big Player“ ebenso wie

die Bereitschaft zur organisatorischen Anpassung und die notwendigen Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu schaffen. Nur dann werden neue IT-Produkte und Programme zum gewünschten Erfolg führen.

Im Praxiskongress des Bayerischen Städtetags erfahren die Entscheider aus den Kommunen, welche Kenndaten mit neuen Programmen generiert werden können und welche Investitionen in den ausgewählten Bereichen sinnvoll sind. Für die Teilnahme am Kongress ist eine gesonderte, kostenpflichtige Anmeldung erforderlich.

Kommunale Spitzentreffen

Die Landräte und Bürgermeister Bayerns sind am ersten Messtags zur offiziellen Messeeinweihung mit anschließender Messerundgang eingeladen, bei dem sie einen Überblick über die neuesten Technologien und Lösungen für die Kommunal- und Kreisverwaltung erhalten.

Beim „Bürgermeisterstammtisch“ mit zünftiger Verpflegung

kommunaler Gebäude

- Audiovisuelle medienwirksame Dokumentation eines integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK)
- 3D Stadtmodell und die Beleuchtung des Urbanen Raumes
- LLIS - Lärm- und Luftschadstoffinformationssystem
- Kommunales Energiemanagement

2. Themenkomplex: Modernes kommunales Personalwesen

- Ausbildung bei der Landeshauptstadt München (LHM): Neue Anforderungen - neues Auswahlverfahren
- Demografieorientierte Personalarbeit und betriebliche Gleichstellung bei der LHM
- Betriebliches Gesundheitsmanagement bei der LHM
- Erfolgreiche Personalauswahl und Personalentwicklung in kommunalen und kirchlichen Verwaltungen und Organisationen
- Vergütung nach Leistung und Erfolg - Arbeitsrechtliche Aspekte von Zielvereinbarungen

3. Themenkomplex: Facility - Management, 3D-Visualisierung, Standortentwicklung und Stadtplanung

- Kosten erwarten - Kosten senken - Sicherheit gewinnen - Facility Management in Kirche und Kommune
- Informieren, Beraten, Planen - Einsatz virtueller 3D-Stadtmodelle am Beispiel von Berlin und Potsdam
- Von der großflächigen Landschaftsbildvisualisierung zur virtuellen Realität
- Echtzeit 3D - Da steckt mehr drin! Einsatzbereich Bebauungsplanung.

Sozialpolitisches Forum

Im Sozialpolitischen Forum der KOMCOM BAYERN 2008 wird ein wichtiges Thema der kommunalen Daseinsvorsorge in einer Podiumsdiskussion aufgegriffen: „Krankenhäuser vor dem Kollaps!? - Daseinsvorsorge und Wettbewerb in der kommunalen Gesundheitspolitik“. Den Impulsvortrag wird der Wirtschaftsjournalist Erik Händeler halten.

Krankenhäuser vor dem Kollaps!?

Mit ihm diskutieren Günther Pfaffeneder (Vorsitzender des Gesundheitsausschusses beim Bayerischen Städtetag), Dominik Schirmer (Landesfachbereichsleiter, ver.di Bayern, Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen) und Stephan Welli (stv. Vorsitzender Klinikum Augsburg) sowie Dr. Horst Körner, Geschäftsführer der Beratungsfirma arf.

Das Forum Moderne Sozialpolitik richtet sich an Bürgermeister, Landräte, Mitarbeiter von Kommunalverwaltungen, Ratsmitglieder, Personalräte, IT-Anbieter und Krankenhausmitarbeiter. Die Veranstaltung wird geleitet von Dr. Magnus Jung, Büro für Sozialforschung und Politikberatung in Nonweiler.

Firmenworkshops

Der Bayerische Kommunalgipfel und die Ausstellung werden ergänzt mit mehr als 100 Firmenworkshops. Experten aus Unternehmen und Behörden vermitteln in Praxisberichten fundiertes Anwenderwissen, das den Besuchern wertvolle Anregungen und Lösungswege für die eigene Arbeit aufzeigt.

Die Themenschwerpunkte in den Workshops sind zum Beispiel das Neue kommunale Finanzwesen (DOPPIK/NKF), eGovernment und Dokumentenmanagement.

Informationstechnologien im realen Einsatz

Zu den Referenten gehören neben den Ausstellern auch viele Anwender und Führungskräfte aus der Öffentlichen Verwaltung, die die Möglichkeiten moderner Informationstechnologien im realen Einsatz vorstellen. Für die Besucher der KOMCOM BAYERN 2008 ist die Teilnahme an den Workshops bereits im Eintrittspreis enthalten.

Bei der KOMCOM BAYERN 2008 finden die Besucher eine umfangreiche Ausstellung mit einem vielfältigen Programm aus Fachvorträgen für alle Fachbereiche und Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Sachbearbeiter, Abteilungsleiter und EDV-Verantwortliche werden ebenso fündig wie Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte oder Landräte.

„Auf nach Augsburg!“ lautet daher die Aufforderung des Oberbürgermeisters Dr. Kurt Gribl, der sich sicher ist, dass „die KOMCOM BAYERN ein großer Erfolg sein wird und die Besucher aus allen Bezirken des Freistaats den Weg zur KOMCOM finden werden.“

Das Workshop-Programm, die Veranstaltungsübersicht des Innovationsforums, das Programm des Praxiskongresses, die Termine der kommunalen Spitzentreffen und die allgemeinen Informationen zur KOMCOM BAYERN 2008 können unter www.kc-bayern.de abgerufen werden. □

EDV Ermtraud GmbH:

Medienbruchfreie Datenweitergabe mit GEVE 4

Das Gewerbeverfahren GEVE 4 der EDV Ermtraud GmbH unterstützt die elektronische Weitergabe an das GEWAN-System. GEWAN (GEWERBEAnzeigen im Netz) ist ein System für die Aufnahme von Gewerbedaten und deren Weitergabe an empfangsberechtigte Stellen (wie z.B. die IHK). Es handelt sich hier um einen zentralen Verteiler von Gewerbedaten.

Eine Gemeinde, die einen solchen Verteiler mit GEVE 4 beliefert, reduziert damit den eigenen Aufwand auf nur eine Weitergabe. Mussten vorher noch bis zu 13 Empfänger separat per Papier beliefert werden, erledigt dies nun GEVE 4 über das GEWAN-System auf elektronischen Weg für den Sachbearbeiter im Gewerbeamt.

Die Vorteile einer elektronischen Übermittlung über GEVE 4 liegen klar auf der Hand. Der Fachmann spricht hier von einer medienbruchfreien Datenweitergabe. Im alten Verfahren wird vom Gewerbeprogramm ein Ausdruck der Meldung angefertigt. Dieser Ausdruck wird über den Postweg oder als Fax an den Empfänger übermittelt und dort von Hand wieder in das System erfasst. Die Erfahrung zeigt, dass sich hier oft Fehler einschleichen.

Spezifiziertes Dateiformat

Bei der elektronischen Weitergabe werden eine oder mehrere Meldungen in ein spezifiziertes Dateiformat geschrieben. Diese Datei kann nun per E-Mail oder, wie im Fall von GEWAN, über einen Webservice übermittelt und anschließend eingelesen werden. Fehler können sich nicht mehr einschleichen und die Qualität der Daten steigt.

Der Webservice, der von GEVE 4 angesprochen wird, dient hier als direkte Verbindung zu dem GEWAN-System. Eine E-Mail hingegen muss erst geschrieben, die Daten angehängt und anschließend verschickt werden. Der Empfänger der E-Mail muss diese dann abrufen und die angehängte Datei einlesen. Der Webservice kann hier direkt „just in time“ die ankommenden Daten entgegennehmen, verarbeiten und anschließend an die Empfänger verteilen.

GEVE 4 ist vom Statistischen Bundesamt für das bundeseinheitliche Format DatML/RAW zertifiziert und nutzt dieses, um das GEWAN-System zu beliforn.

Weitere Informationen hierzu unter: EDV Ermtraud GmbH, www.edv-ermtraud.de und vertrieb@edv-ermtraud.de, Tel.: 02635 / 9224-0. □



Das Messe- und Kongresszentrum Augsburg wird im Oktober Dreh- und Angelpunkt rund um IT, Finanzen und Consulting für den Public Sector sein. □

kleinere, regionale Anbieter sowie Fachverlage.

Der Bayerische Kommunalgipfel zur KOMCOM BAYERN 2008 für IT, Finanzen und Consulting ist das größte Event für kommunale Verwaltungen in Bayern. Dieses Spitzenprogramm beinhaltet den Praxiskongress des Bayerischen Städtetags, die Kommunale Spitzentreffen mit Bürgermeisterstag, Stadt- und Gemeinderätetag und den Amtsleiterstammtischen sowie das Innovationsforum.

Praxiskongress

Der Praxiskongress des Bayerischen Städtetags erstreckt sich über beide Messtage und behandelt in vier hochkarätigen Vortragsreihen die Themen „GIS“, „Kommunales Finanzwesen Bayern“, „Dokumentenmanagement“ und „Telekommunikation“.

Moderne Informationstechnologien sind Voraussetzung für eine effiziente und bürgernahe Verwaltung und gelten als Beschleuniger von eGovernment und Modernisierungsprozessen. Die Verwaltungen müssen die richtige IT-Infrastruktur und die passenden Anwenderprogramme bereitstellen. Die größte Herausforderung bei Veränderungsprozessen besteht allerdings darin, bei allen Beteiligten die notwendige Akzeptanz,

können dann weitere Informationen unter Kollegen austauscht, neue Anregungen gesammelt und die Kontakte vertieft werden. Für die Stadt- und Gemeinderäte Bayerns findet am zweiten Messtags ebenfalls ein Stammtisch statt.

Stammtische

Den Kämmerern und Amtsleitern aus den Hauptämtern, EDV-Abteilungen und aus der Bauverwaltung werden auf beide Tage verteilt die „Amtsleiterstammtische“ angeboten, so dass sie beim Besuch der KOMCOM BAYERN auch ein zusätzliches Forum zum Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Bayern und dem angrenzenden Baden-Württemberg zur Verfügung haben.

Innovationsforum

Im Innovationsforum referieren Experten von Hochschulen und Forschungsinstituten zu aktuellen und zukunftsweisenden Projekten für die öffentliche Verwaltung.

1. Themenkomplex: Neues kommunales Finanzwesen, Stadt- und Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung

- Neue Wege im Stadtmarketing
- Die sachgerechte Bewertung

KOMCOM Bayern
 28. – 29. 10. 2008 · Stand E14
 Besuchen Sie uns in Augsburg und informieren Sie sich über unsere Lösungen.

OK Finanzen
OK Personal
OK Bürgerservice
OK Soziales
OK Verkehr
OK Bau/GIS
OK eGov
OK Organisation
OK Service

Die OK-Produktfamilie.
Integriert. Zukunftssicher.

Software, die dem Menschen dient!

Integrierte Systeme sind zukunftssichere Systeme. Das wissen Sie. Gerade durch die Integration aller Fachverfahren zu einer ineinandergreifenden Lösung wird Ihre Verwaltung schneller, effizienter und bürgernäher. Mit der OK Produktfamilie machen Sie Ihre Verwaltung fit für die Zukunft. Überzeugen Sie sich von den Vorteilen: Zum Beispiel auf der KOMCOM Bayern. Besuchen Sie uns am 28. oder 29. Oktober 2008 in Augsburg, Stand E14 - wir freuen uns auf Sie!

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Das neue Kommunale Finanzwesen - Allheilmittel für eine moderne Verwaltung?

Von Anton J. Haunsberger und Sandra Schneider

Nahezu alle Bundesländer sind derzeit dabei, das Neue Kommunale Finanzwesen, kurz NKF, einzuführen - entweder verpflichtend oder zumindest als Optionsmodell. Zum ersten Mal erhalten die Kommunen einen vollständigen Überblick über das gemeindliche Vermögen und wie dieses, durch die Gegenüberstellung in der Bilanz (Mittelherkunft - Mittelverwendung) finanziert wird. Durch das Bilden von Produkten soll zielorientiert gehandelt werden. Der Einsatz von betriebswirtschaftlichen Instrumenten soll dabei unterstützen, Schwachstellen aufdecken und das Kostenbewusstsein zu schärfen.

Damit verbinden die Akteure oft die Erwartungshaltung ihre Kommunen zu reformieren, denn viele Kommunen haben sich das Ziel gesetzt sich von der obrigkeitlichen Verwaltung hin zu einem kundenorientierten Dienstleister zu entwickeln.

1. NKF oder Verwaltungsmodernisierung

Wird aber allein die Einführung eines neuen Rechnungswesens die Kommunalverwaltung aus dem bisherigen Fahrwasser herausholen oder bedeutet dies doch nur alter Wein in neuen Schläuchen? Ist das NKF am Ende nur ein Baustein von vielen auf dem Weg zu einer zukunftsorientierten Verwaltung?

Die Pilotkommunen haben im Laufe des Projektes festgestellt müssen, dass die Einführung des NKF nur ein Bestandteil dessen ist, was eine moderne zukunfts-fähige Kommune im Sinne des Neuen Steuerungsmodells (NSM) ausmacht und ihr Projekt dahingehend erweitert. Denn nur in diesem Gesamtkontext ergibt sich ein langfristiger Nutzen für die Verwaltung.

Viele Strukturen, viele Arbeitsabläufe sind seit Jahrzehnten gewachsen, ja zementiert. Da haben die Kommunen erkannt und beginnen sich zu fragen, ob ihre Mitarbeiter überhaupt effizient bei ihrer Arbeit vorgehen, alle betroffenen Personen einbeziehen und wie die Außenwirkungen ihres Handelns sind.

Schlagkräftiges Team

Grundsätzlich geht es darum, als „schlagkräftiges“ Team gemeinsam im Interesse des Auftraggebers (des Bürgers und der politischen Gremien als dessen Vertreter), des Kunden (Einwohner und Gewerbetreibende) zu handeln. Für einen Blick über den eigenen Tellerrand gab es wenig Anreize, denn für individuelles Engagement gab es weder mehr Lohn noch Lob. Man hielt sich weitgehend aus dem Aufgabenbereich der Kollegen heraus, anstatt gemeinsam

Verbesserungen anzustreben. Inzwischen wurde erkannt dass eine moderne Verwaltung nur zu erreichen ist wenn alles auf den Prüfstand gestellt wird: Geschäftsprozesse sind zu dokumentieren, zu analysieren und schließlich zu optimieren. Dabei können die gewachsenen Strukturen nicht außen vor bleiben. Der Wind der Veränderung weht durch die Rathäuser.

Im nachstehenden Bild werden die Elemente des NSM dargestellt, die den ganzheitlichen Erneuerungsprozess unterstützen.



Abbildung 1: Das Haus des Neuen Steuerungsmodells.

2. Strategie und Leitbild

Der entscheidende Ansatzpunkt für Veränderungen innerhalb einer Kommune ist wie in jedem Unternehmen die Strategie. Nur wenn bekannt ist, wohin die Verwaltungsspitze und die politischen Organe (Bürgermeister und Gemeinderat) wollen, können entsprechende Ziele und Maßnahmen vereinbart werden. Und diese sind bekanntlich im NKF Basis der einzelnen Produkte und deren Kennzahlen. Wie sonst ließe sich die tägliche Arbeit im Hinblick auf die Zielerreichung messen und letztlich durch die Leitungsebene steuern?

Das Problem besteht aber nicht darin, keine Strategie zu haben. Diese ist in jeder Kommune vorhanden - im Kopf des

Bürgermeisters und/oder der Verwaltungsspitze. Der Mangel besteht also vielmehr darin, dass die Strategie nicht abgestimmt, dokumentiert und kommuniziert ist. Meist wird versäumt, alle Beschäftigten der Kommune in die Gestaltung einzubeziehen oder sie überhaupt allgemein zu informieren. Es ist also ganz normal, dass das auf solche Art und Weise entstehende Leitbild nicht von den Mitarbeitern gelebt wird, ja gelebt werden kann. Dasselbe gilt letztlich für die Politik. Was hilft es, wenn der Bürgermeister allein die Strategie bestimmt und ihm dafür bei entscheidenden Weichenstellungen die Ratsmitglieder nicht folgen.

In der Praxis gibt es häufig zwei Leitbilder: Das eine für die Politik mit der Aufgabe die Bürger an der Erstellung zu beteiligen, um letztlich das Ziel einer aktiven Teilhabe der Bürger an

Berg zu hoch, weil es am Training mangelt, dann braucht man eben Training und Trainer. Ist der Weg zu weit, dann muss die Strecke eben in Etappen bewältigt werden.

3. Geschäftsprozesse und Optimierung

Um solche bezwingbaren Etappen erkennen zu können, ist zuerst eine intensive Analyse der internen Abläufe durchzuführen. Dazu bedarf es einer sorgfältigen und kritischen Bestandsaufnahme. In erster Linie geht es darum Arbeitsabläufe, also Geschäftsprozesse, zu erkennen und zu dokumentieren. Fragt man Beschäftigte im öffentlichen Bereich, wie viele Prozesse sie in Ihrer Verwaltung haben, fällt die Antwort meist sehr unterschiedlich aus: von der Zahl Fünf bis zu mehreren Hundert kann diese variieren.

Daraus kann entnommen werden, dass der Begriff Geschäftsprozess in der Verwaltung allgemein noch nicht angekommen ist. Dabei hat jede noch so kleine Verwaltung jede Menge davon. Leider sind sie in der Regel nicht dokumentiert.

ISO-zertifizierte²⁾ Unternehmen haben diese Dokumentation, die Bestandteil der Qualitätssicherung ist, schätzen gelernt. Die Einarbeitungsphase neuer Mitarbeiter in die Unternehmensabläufe ist dadurch wesentlich verkürzt, die neuen Mitarbeiter sind wesentlich schneller produktiv. Vertretungsfälle während des Urlaubs, zu Erziehungszeiten oder im Krankheitsfall stellen dann eben keine schier unüberwindbare Herausforderung dar, da dem Vertreter ein Handbuch, in dem die notwendigen Vorgehensweisen dokumentiert sind, übergeben werden kann.

Gerade in dieser Zeit, die dem öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren insbesondere durch Altersteilzeitregelungen ein vermehrtes Ausscheiden erfahrener Mitarbeiter beschert, ist es von höchster Bedeutung noch vor deren Ausscheiden die Geschäftsprozesse an deren Arbeitsplätzen zu dokumentieren. Andernfalls nehmen Mitarbeiter, die in den Ruhestand gehen, ihr über die Jahre erlangtes Wissen mit in Pension. Der Wissensaufbau bei den neuen Mitarbeitern wird imens Zeit und damit Produktivität kosten.

Das Wissen um Prozesse in der Verwaltung ist fundamental für die Arbeitsqualität und somit die Außenwirkung der kommunalen Leistungen.

4. Bestandsaufnahme und Optimierung

Um ihre Kunden auf dem Weg zur modernen Dienstleistungsverwaltung fachgerecht unterstützen zu können und um Überforderungen zu vermeiden, hat das Kommunalberatungsunternehmen adCONSULT GmbH³⁾ mit Sitz in Stammham bei Ingolstadt, ein modulares Konzept entwickelt.

Gemeinsam mit dem Kunden erfolgt die Bestandsaufnahme. Hier werden Fragen zur internen Organisation, laufenden Projekten oder dem Nutzungsgrad des eingesetzten IT-Systems, welches die Verwaltungsarbeit unterstützt soll, beantwortet.

Im Sinne einer SWOT-Analyse⁴⁾ werden Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken herausgearbeitet. Daraus werden Maßnahmen entwickelt.

Im Rahmen einer ABC-Analyse werden dann die Maßnahmen untersucht und auf dieser Grundlage eine kurz-, mittel-

und langfristige Vorgehensweise für die Kommune erarbeitet. Mithilfe dieser strategischen Methode werden einzelne Aufgaben oder Projekte gewichtet und nach Nutzen und zeitlichem bzw. finanziellem Aufwand eingeordnet. Heraus kommt eine klare Übersicht, welche Maßnahmen oder Projekte innerhalb kurzer Zeit mit einem hohen Nutzen umgesetzt werden können und welche z.B. einen ebenso hohen Nutzen für die Kommune hätten, aber zeitaufwändiger in der Umsetzung sind.

Es ist kein einzelnes zeit- und kostenaufwändiges Großprojekt erforderlich, denn Verwaltungsmodernisierung ist ein immerwährender Prozess - ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess.

Es geht eher darum, den Blick für Optimierungsmöglichkeiten zu schärfen, ohne dass die einzelnen Mitarbeiter, die dieses Projekt am Ende zum Erfolg bringen sollen, einen in ihren Augen unüberwindbaren Berg an Arbeit vor sich sehen.

Die kleinen Schritte, die schnellen Erfolg bringen, sind es, die Zufriedenheit schaffen und Motivation sind, weiterzumachen.

5. Fazit

Damit eine Kommunalverwaltung zum optimal gesteuerten Dienstleistungsunternehmen wird ist weit mehr erforderlich als das NKF zu leisten vermag.

Die komplette Vermögensaufzeichnung, die Eröffnungsbilanz, der Produkthaushalt mit seinen Teilen Ergebnis- und Finanzhaushalt und die doppische Buchung in Kontenform reichen dafür nicht aus.

Es geht vielmehr darum alle Verwaltungsabläufe zu erkennen, zu untersuchen. Strukturdefizite auszumerzen oder zumindest abzumildern. Oberstes Ziel muss es sein die Geschäftsprozesse effektiv (die richtigen Dinge tun) und effizient (die richtigen Dinge richtig tun) zu gestalten.

Wichtig ist dabei die Konzentration auf die Kernprozesse der Verwaltung. Der erste Schritt ist immer der schwerste - dann wird alles einfacher!

¹⁾ Mit diesem Thema beschäftigt sich auch der Wegweiser Bürgergesellschaft (<http://www.buergergesellschaft.de/>).

²⁾ Weiterführende Informationen zu ISO, der Internationalen Organisation der Normung und ihren Norm-Vorschriften finden sich bei <http://www.iso9001.qmb.info/> und <http://www.tuev-cert.de/>.

³⁾ Die adCONSULT GmbH ist als Beratungsunternehmen für eines der drei Geschäftsfelder innerhalb der adKOMM-Unternehmensgruppe (www.mehr-als-verwalten.de) zuständig.

⁴⁾ Hierzu wird weiterführend auf die Seite von Prof. Dr. Uwe Höft verwiesen: <http://www.fh-brandenburg.de/~hoeft/toolbox/swot.htm>.

Neues Internetportal hilft Behörden beim Computer-Kauf

Wirtschaft und Verwaltung starten Projekt ITK-Beschaffung

Wenn Behörden, Ämter und Ministerien moderne Technik einkaufen, müssen sie auf komplizierte Regeln achten. Europäisches und deutsches Recht verbietet bei öffentlichen Ausschreibungen zum Beispiel die Nennung von Markennamen. Bei der Bestellung von Informations- und Kommunikationstechnik ist das besonders knifflig, da hier oft bestimmte Marken gesucht werden. Eine Lösung bietet das neue Onlineportal <http://www.itk-beschaffung.de/>, das nun in Berlin von öffentlicher Hand und BITKOM gemeinsam gestartet wurde.

In dem Portal finden Einkäufer stets verlässliche, verständliche und aktuelle Informationen für die produktneutrale Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnik.

Nicht nur die Verwaltung, auch Einkäufer aus Unternehmen und privaten Institutionen können sich hier informieren. „Dieses zukunftsweisende Projekt erleichtert den Einkauf von Informations- und Kommunikationssystemen enorm“, sagt Prof. August-Wilhelm Scheer, Präsident des Hightech-Verbands BITKOM. „Außerdem bringt es juristische Sicherheit für die Beschaffer.“

Das Projekt <http://www.itk-beschaffung.de/> ist eine gemeinsame Initiative des Beschaffungsamts des Bundesinnenministeriums und des Hightech-Verbands BITKOM. Als gleichberechtigte Partner beteiligt sind das Bundesamt für Informationsmanagement und Informationstechnik der Bundeswehr sowie das Umweltbundesamt (UBA). Zunächst hilft die Internetseite bei der Beschaffung von Desktop-PCs. Das Angebot wird kurzfristig ausgebaut, es folgen Notebooks, Server und Multifunktionsgeräte.

„Für die Einkäufer der öffentlichen Hand ist dieses Internetangebot eine große Hilfe“, so Roderich Egeler, Direktor des Beschaffungsamtes des Bundesinnenministeriums. „Wir erwarten eine größere Zahl von Angeboten auf unsere Ausschreibungen. Das Portal fördert also den Wettbewerb und sorgt so für Einsparungen. Wir können das Geld der Steuerzahler dadurch effizienter einsetzen.“

Immer wichtiger bei der Ausschreibung von ITK-Produkten ist deren Umweltverträglichkeit. Das Portal berücksichtigt daher auch Aspekte wie niedrigen Energieverbrauch, einfache Wiederverwertbarkeit der Geräte oder geringe Lärmemissionen während des Betriebs. „Die Beschaffung energiesparender PCs durch die öffentliche Hand ist ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz - und spart Kosten“, sagt der Präsident des Umweltbundesamtes Prof. Dr. Andreas Trogge. „Zusätzlich lassen sich mit umweltgerechten PCs die Lärm- und andere Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz reduzieren.“

Weitere Informationen im Internet unter <http://www.itk-beschaffung.de/>.



IT-Lösungen für Ihr erfolgreiches Rathaus

- Systemlösungen ämter- und aufgabenübergreifend (z.B. adKOMM NKR, STA/VGA, EWO, BEI, GIS, LuG, etc.)
- Integrationsplattform statt Schnittstellen
- Zentrale Adress- und Objektverwaltung ZAD®
- Stadtlicenz für alle Fachämter in Ihrer Verwaltung
- Informationen fachübergreifend zur Planungs- und Entscheidungshilfe
- Entwickelt im eigenen Haus
- Ihr Lösungspaket aus einer Hand

adKOMM
Unternehmensgruppe

adKOMM GmbH
Stadtweg 14
85134 Stammham
Tel: 08405 9286-210
Poststelle@adKOMM.de

www.mehr-als-verwalten.de

TopCash Gebührenkasse für EC-Zahlungen mit Zahlungsgarantie	GEVE 4 Gewerberegister und Erlaubniswesen
Optimieren Sie Ihren Zahlungsverkehr.	GEVE 4 - Online GEVE 4 - Webauskunft
Lassen Sie die Daten laufen, nicht den Bürger	die EU-Dienstleistungsrichtlinie kommt
KOMCOM Bayern 2008 Augsburg - Stand A14	
www.edv-ermtraud.de	

DATEV-Messe-Engagement auf der KOMCOM Bayern:

Erfahrungen aus der kommunalen Welt

Von der kommunalen Doppik über die Besonderheiten des kaufmännischen Rechnungswesens im kirchlichen Bereich bis hin zu kommunalen Unternehmen reicht die Bandbreite der Informationen, die die Nürnberger DATEV eG im Rahmen ihres Messe-Engagements auf der KOMCOM Bayern in Augsburg vermittelt. In bewährter Manier tritt das Unternehmen dort gemeinsam mit Anwendern auf, die ihre Praxis-Erfahrungen schildern. Insgesamt vier Vorträge beleuchten verschiedene Facetten des kaufmännischen Rechnungswesens in Gemeinden, kirchlichen Institutionen und kommunalen Unternehmen. Darüber hinaus präsentieren die DATEV-Fachleute am Messestand des Unternehmens ihr umfassendes Software- und Dienstleistungsspektrum für Kommunen und kommunale Unternehmen.

Die Doppik in der Kommune beziehungsweise der vorausgehende Umstellungsprozess ist das Thema zweier Vorträge, die

DATEV auf der Messe ausrichtet. So referieren der Bürgermeister und der Kämmerer der Gemeinde Aldenhoven über die

Meilen- aber auch über die Stolpersteine, die es im Einführungsprojekt zu meistern gilt. Die nordrhein-westfälische Kommune bucht selbst seit Januar 2007 doppisch. Ebenfalls aus der doppelischen Praxis berichtet der Bürgermeistermeister des hessischen Sulzbach am Taunus. Er kann dafür auf ein gutes Dreivierteljahr Erfahrung mit dem neuen Rechnungslegungssystem zurückgreifen. Zudem nutzt seine Gemeinde die eingesetzte DATEV-Software im Application Service Providing (ASP) und hat sich auf diese Weise von der IT-Administration befreit.

Rechnungswesen

Ein weiterer Vortrag beschäftigt sich mit den Erfolgsfaktoren, die bei der Umstellung des Rechnungswesens bei kirchlichen Verwaltungen eine Rolle spielen. Dabei geht der referierende Steuerberater und Wirtschaftsprüfer insbesondere auf die Chancen ein, die der Umstieg für eine differenzierte Führung und Steuerung kirchlicher Haushalte mit sich bringt. Die noch recht junge Rechtsform des Kommunalunternehmens und ihre Vorteile stehen im Mittelpunkt der Ausführungen eines Steuerberaters aus Landshut. Dabei werden die wirtschaftlichen und rechtlichen Unterschiede im Vergleich zum klassischen Regiebetrieb kommunaler Eigenbetriebe dargestellt.

Auf dem Messestand der DATEV können interessierte Messebesucher auch das direkte Gespräch mit den Referenten su-

kaufmännischen Rechnungswesens eine über Jahrzehnte erworbene Expertise. Daher war es im Zuge der Diskussion um die Einführung dieses Rechnungslegungsstils in den Kommunen eine logische Konsequenz, ein eigenes kommunales Geschäftsfeld aufzubauen.

Praktische Erfahrungen

Praktische Erfahrungen mit Doppik-Projekten in Städten und Gemeinden hat das Unternehmen seit 2002 gesammelt. Inzwischen ist es gemeinsam mit den steuerlichen Beratern eine feste Größe im Marktgeschehen und zählt Kommunen aus neun Bundesländern zu seinen Kunden. Auch zahlreiche kommunale Betriebe setzen beim Rechnungswesen und bei der Veranlagung von Beiträgen

chen. Darüber hinaus können sie sich das Produkt- und Leistungsspektrum der DATEV für Kommunen und kommunale Unternehmen erläutern lassen.

Kern des Angebots ist das durchgängige, zertifizierte Softwarepaket rund um das kommunale Rechnungswesen. Neben bundeslandspezifischen Kontenrahmen für die Finanzbuchführung sind darin auch Anwendungen für den Jahresabschluss, die Finanzrechnung und den Zahlungsverkehr, die Budgetierung, die Mittelbewirtschaftung und die Haushaltssteuerung fest integriert. Weitere Bausteine sind die Kosten- und Leistungsrechnung, die Anlagenbuchführung und die Veranlagung kommunaler Abgaben (Steuern, Gebühren und Beiträge). Ergänzt wird dieses Software-System durch ein spezielles Programm für die Lohn- und Gehaltsabrechnung, das auch die Besoldung kommunaler Beamter abdeckt.

Umfassendes Leistungsspektrum

Daneben steht das DATEV-Rechenzentrum als zentrale Datenplattform, revisionssicheres Archiv und als Datendrehzscheibe zur Verfügung. Auch zuverlässige Druck- und Versanddienstleistungen auf außerordentlich hohem Sicherheitsniveau bietet DATEV für Städte und Gemeinden sowie deren kommunalen Betriebe an. Abgerundet wird das Leistungsspektrum durch ein umfassendes Beratungsangebot, das von kommunalen Strategien über Controlling, Organisations-, Krisen-, Informations- und Kommunikationsmanagement bis hin zum Personalmanagement sowie standardisierter oder individueller Workshops und Schulungen zu kommunalen Themen reicht.

und Gebühren auf DATEV-Software.

Neben seinem lückenlosen, durchgängigen Softwaresystem rund um das Rechnungswesen und einem weit reichenden Beratungsangebot bietet die Genossenschaft Kommunen noch weitere Leistungsarten an. So können die DATEV-Lösungen auch im Application Service Providing (ASP) bezogen werden. Die Anwendungen laufen dann im Nürnberger Rechenzentrum der DATEV. Dieses fungiert außerdem als zentrale Datenplattform, Datensafe, revisionssicheres Archiv und als Datendrehzscheibe für den elektronischen Informationsaustausch mit anderen Behörden. Darüber hinaus können Städte und Gemeinden auch von zuverlässigen Druck- und Versanddienstleistungen profitieren.

Orga Soft GmbH:

Gelungener Brückenschlag

Elektronische Datenverarbeitungssysteme bilden immer einen Ausschnitt der realen Welt ab. Bei den meisten kaufmännischen Buchführungssystemen ist dieser Ausschnitt ein Stück kaufmännischen Alltagslebens von Industrie- oder Handelsunternehmen. Ähnlich hoch wie die Zahl dieser Unternehmen ist die Zahl der Anbieter für kaufmännische Software. Kommunalverwaltungen waren für diese Anbieter bisher von eher geringem Interesse; die Kameralistik ein Buch mit sieben Siegeln.

Dies änderte sich mit Einführung der kommunalen Doppik; die Kameralistik gibt es vielen Orten nicht mehr, wohl aber noch die verwaltungsspezifischen Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe. Und da Kommunalverwaltungen nach der Doppik-Einführung zwar kaufmännisch buchführen müssen, aber immer noch keine marktwirtschaftlichen Betriebe darstellen, ist die Zahl von kompetenten Lösungen, die beiden Aspekten dieser Aufgabenstellung wirklich Rechnung tragen, verschwindend gering.

Marktführende Lösung

OrgaSoft Kommunal gelang hier der Brückenschlag. Das Saarbrücker IT-Systemhaus entwickelte seine in Rheinland-Pfalz marktführende Lösung KIS-HKR nach allen Vorschriften der GemHVO zu einer vollumfänglichen Doppik-Software weiter. Dabei konnte man auf eine langjährige Erfahrung im kaufmännischen Rechnungswesen der Werke und Eigenbetriebe zurückgreifen. Aus dem HKR wurde KIS-KRW, das Kommunale Rechnungswesen für Verwaltungen und kommunale Betriebe. Und getreu dem Goethe-Zitat „Es ist nicht genug, zu wissen, man muss auch anwenden; es ist nicht genug, zu wollen, man muss auch tun.“ übernahm OrgaSoft Kommunal eine Vorreiterrolle für die kommunale Doppik in Rheinland-Pfalz.

Mit der Einführung des neuen doppischen Haushalts- und Rechnungswesens zum 1. Januar 2007 haben 16 Anwender von KIS-KRW den Schritt aus der kameralen hinein in die doppische Welt getan, zum 1. Januar 2008 folgten 38 Weitere. Somit ist KIS-KRW bereits in über 50 rheinland-pfälzischen Rathäusern im Doppik-Einsatz. Die Erfahrungen, die OSK dabei gemeinsam mit diesen Umstellern gemacht hat, werden gerne an alle Nachfolgenden weitergegeben.

Einen Beweis hierfür liefert insbesondere das „Tutoren-Modell“ von OSK: Die Tutoren sind Kommunalverwaltungen, die sich aus den Umstellern zum Haushaltsjahr 2007 rekrutieren

und sich bereit erklärt haben, die ihnen Nachfolgenden interkommunal bei diversen Sachfragen zu unterstützen.

Schulungskonzepte

Aber nicht nur durch die Solidarität im Kundenkreis, sondern auch von den Erfahrungswerten des Anbieters selbst können nachfolgende Verwaltungen profitieren. Dieses spiegelt sich in praxisoptimierten Schulungskonzepten ebenso wider, wie in einem stetigen und bedarfsgerechten Ausbau des Lösungsangebots. So kamen seit Einführung der Doppik zahlreiche integrierte Fachanwendungen, wie beispielsweise eine Darlehensverwaltung oder eine Belegarchivierung hinzu.

Einen Überblick des gesamten Lösungsangebots sowie eine Vorschau auf kommende Entwicklungen können sich Anwender und Interessierte am 28. und 29. Oktober im Rahmen der KOMCOM-Bayern am OSK-Stand B18 verschaffen.

Neubau für Galileo-Kontrollzentrum

Bayerns Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein hat gemeinsam mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und dem EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani den Neubau für das Kontrollzentrum des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo in Oberpfaffenhofen bei München feierlich eingeweiht.

Beckstein: „Die Entscheidung, ein Hauptkontrollzentrum für Galileo in Oberpfaffenhofen anzusiedeln, zeigt die Technologieführerschaft Bayerns auf diesem wichtigen Zukunftsfeld. Damit erhält der Freistaat ein weiteres neues High-Tech-Aushängeschild.“ Von Oberpfaffenhofen aus soll künftig zusammen mit dem zweiten Hauptkontrollzentrum im italienischen Fukino das gesamte Galileo-System mit seinen 30 Satelliten und weltweiten Bodenstationen überwacht und gesteuert werden.

DATEV führt Kommunen an das Thema Doppik heran

Termine zum DATEVkommunal Planspiel in verschiedenen Regionen

Im Zuge ihres Engagements für die Umstellung von Kommunen auf das kaufmännische Rechnungswesen bietet die Nürnberger DATEV eG ihren bewährten, bislang ausschließlich individuell durchgeführten Planspiel-Workshop nun zusätzlich an festen Terminen an.

Im Rahmen dieser Veranstaltungen können sich Entscheider aus mehreren Kommunen einer Region mit spielerischen Mitteln gemeinsam an die Thematik heranzuführen lassen, wenn Sie noch nicht mit den Regeln des neuen Rechnungswesens vertraut sind. Im Fokus stehen dabei die Bundesländer, in denen die Doppik-Einführung in näherer Zukunft ansteht, beziehungsweise fakultativ möglich ist. Derzeit werden die Workshops bereits in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Schleswig-Holstein angeboten. Eine Ausweitung der Aktivitäten auf weitere Regionen ist in Planung.

Simulation

Mit der Veranstaltungsreihe möchte die DATEV die planenden Kommunalverwaltungen mit den anderen Grundlagen gegenüber der Kameralistik vertraut machen und ihnen Sicherheit in der Einschätzung für bevorstehende Umstellungsplanungen vermitteln. Die Planspiel-Workshops richten sich an die Verantwortlichen der betroffenen Ressorts und sind jeweils als Tagesveranstaltung konzipiert. Sie simulieren den Übergang von der Kameralistik auf das kaufmännische Rechnungslegungssystem anhand von praktischen Beispielen. Die Mitspieler übernehmen als Team die

Verantwortung für die finanzielle Entwicklung einer Musterkommune über einen Zeitraum von zwei Haushaltsjahren. Um einen nutzenbringenden Ablauf zu gewährleisten, ist die maximale Teilnehmerzahl auf 20 beschränkt, wobei pro Stadt oder Gemeinde zwei Vertreter willkommen sind. Über Termine in ihrer Region können sich Kommunen, die an den Workshops interessiert sind, telefonisch unter 0800 / 0114348 oder per eMail an kommunen@datev.de informieren.

Die nächsten Planspiel-Workshops im bayerischen Raum werden im November stattfinden, am 12.11. in Neuburg a.d. Donau, am 13.11. in Ansbach, am 18.11. in Kempten und am 20.11. in Herrsching. Im Rahmen der bisher in Bayern durchgeführten Veranstaltungen haben bereits etwa 70 Vertreter aus 45 Kommunen teilgenommen. Sie schätzten insbesondere die lockere Atmosphäre, in der das Thema praxisorientiert und trotz der komplexen Materie gut überschaubar vermittelt wird.

Dienstleister mit Doppik-Kompetenz

Der Umstieg von Kommunen auf die Doppik baut bei der DATEV auf ein sicheres Erfahrungsfundament. Das Unternehmen besitzt auf dem Gebiet des

Steuerberater?

Kurs Doppik

Geben Sie auch bei der Einführung der Doppik das Steuer nicht aus der Hand!

Dazu geben wir Ihnen mit KIS-KRW ein kommunales Rechnungswesen an die Hand, welches sich Ihren Verwaltungsabläufen anpasst - nicht umgekehrt - und Ihnen darüber hinaus mehr bietet als 'nur' die Doppik.

Über 30 Jahre Erfahrung in der kommunalen Datenverarbeitung sind Ihr Vorteil:

Wir wissen wie Verwaltung funktioniert!



OrgaSoft Kommunal

Gesellschaft für kommunale Datenverarbeitung mbH · Am Felsbrunnen 9 · 66119 Saarbrücken
Telefon: 0681/ 8 70 04-0 · Fax: 0681/ 8 70 04-90 · info@o-s-k.de · http://www.o-s-k.de

Steuermann!



Besuchen Sie uns in Augsburg auf der KOMCOM-Bayern: Stand B18

SYSTEMS 2008 in München:

High Noon für Cyberkriminelle und Datendiebe

Die IT-SecurityArea der SYSTEMS feiert zehnjähriges Jubiläum

Zu ihrem zehnjährigen Jubiläum bietet die IT-SecurityArea auf der SYSTEMS 2008 in München vom 21. bis 24. Oktober in Halle B3 ein besonderes Programm. Neben dem Besuch der Aussteller von Lösungen und Services, die für mehr Datensicherheit- und Datenschutz in Unternehmen jeder Größe sorgen, können sich Entscheider bei Live-Hacking-Vorträgen über realistische IT-Bedrohungsszenarien informieren, bei Guided Tours gezielt Aussteller zu speziellen Aspekten besuchen oder sich in zahlreichen Diskussionsrunden über aktuelle Datenschutz- und Sicherheitsthemen informieren.

Jeder Messtags beginnt auf der IT-SecurityArea mit einem Live-Hacking-Event im Forum Blau und endet am 22. Oktober auf der Area bei Rotwein und Brezeln im Forum Rot. Hier werden auch jeden Tag wertvolle Sachpreise verlost. Als „Jubiläumsgast“ wird Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, am 22. Oktober auf der SYSTEMS begrüßt werden.

Publikumsmagnet

Seit zehn Jahren ist die IT-SecurityArea auf der SYSTEMS ein Publikumsmagnet. Die Nachfrage nach einfach zu handhabenden, umfassenden und zuverlässigen IT-Sicherheits- und Datenschutzangeboten ist ungebrochen. Ständen in den ersten Jahren der Area noch Malware (Viren, Trojaner, Würmer) und Spamschutz im Mittelpunkt des Interesses, sind es heute die Aspekte Mobile Security, Data Leakage Prevention (DLP) sowie Virtualisierung und Sicherheit im Web 2.0. Zu diesen und vielen anderen Themen informiert die SYSTEMS 2008 mit einem umfangreichen Programm auf zwei Foren mit für die Besucher kostenlosen Vorträgen und Präsentationen im Viertelstundentakt - und einem täglichen „Dankeschön-Event“ für Aussteller und Besucher.

Großes Besucherinteresse

Für Klaus Dittich, Geschäftsführer der Messe München International, sind alle Ausstellungsgebiete der SYSTEMS von gleich großer Bedeutung, „doch vom großen Besucherinteresse an der IT-SecurityArea profitieren alle unsere Aussteller: von ERP bis Open Source, von Systemintegratoren bis zu Forschungsinstituten. Deutschlands größter und wichtigster Leistungsschau für IT-Sicherheit und dem SecuMedia-Verlag als dem Organisator dieser Area - insbesondere Herrn

Hohl und Frau Lauferweiler - gratuliere ich herzlich zu diesem für die ITK-Industrie ungewöhnlich langjährigen Erfolg.“

Jeden Tag ein volles Sicherheits-Programm

Jeder Messtags startet um 9.15 Uhr im Forum Blau mit den „Morning Star Hackings“, bei denen ein Team der SySS GmbH zeigt, wie Hacker in Unternehmensnetzwerke eindringen. Um 10.00 Uhr findet unter dem Motto „Hacking Bits“ das nächste Live-Hacking im Forum Rot statt, bei dem auf spielerische Art vermittelt wird, welche Sicherheitsrisiken im Umgang mit dem Internet zu beachten sind und wie einfach auf sensible, vermeintlich gesicherte Daten fremder Systeme zugegriffen werden kann. Außerdem berichten die Referenten des if(is), Institut für Internet-Sicherheit der Fachhochschule Gelsenkirchen, aus dem „wahren Alltag“ von IT-Sicherheitsexperten.

Praxis der „Hacker-Kunst“

Ein besonderes Highlight bietet sich den Besuchern gleich am ersten Messtags. Nach der Eröffnung des Forums Rot durch Dr. Udo Helmbrecht, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, zeigt SySS-Geschäftsführer Sebastian Schreiber eine außergewöhnliche Hacking-Session: Er präsentiert die spektakulärsten Hacking-Angriffe der letzten zehn Jahre und erläutert, welche Tricks auch heute noch funktionieren. Jeder Vortrag schließt mit einem Ausflug in die Praxis der „Hacker-Kunst“. Gunnar Porada, ein bekannter White-Hat-Hacker, demonstriert, wie Cyber-Kriminelle Webserver und Netzwerke attackieren.

High Noon bei spannenden Diskussionsrunden

Pünktlich um zwölf Uhr fin-

det jeden Tag im Forum Rot eine Diskussionsrunde zu einem aktuellen Sicherheitsthema statt.

Fragen und Trends

Von Norbert Luckhardt, Chefredakteur der EDV-Sicherheitszeitschrift KES, moderiert, werden Experten aktuellen Fragen und Trends nachgehen. Der erste Messtags beginnt mit dem Thema Identity Management. Dabei steht die Frage im Mittel-

GDI-Kommunal Bayern:

Verwaltungsarbeit optimieren

Informationsveranstaltung im Landratsamt Starnberg

Zahlreiche Teilnehmer aus Landratsämtern und großen bayerischen Kommunen wohnten einer Informationsveranstaltung im Landratsamt Starnberg bei, zu der unter anderem der Arbeitskreis Landkreise am Runden Tisch GIS e.V. sowie das Landratsamt Starnberg eingeladen hatten.

GeoLIS

Während der stellvertretende Landrat Albert Luppert einleitend den hohen Stellenwert, den Geographische Informationssysteme (GIS) bei der täglichen Verwaltungsarbeit in den Kommunen einnehmen, hervorhob, verwies Albert Panke, Leiter der Stabstelle für Verwaltungsmodernisierung, Kultur und Projekte, darauf, dass das Geographische Landkreis Informationssystem Starnberg (GeoLIS) einen wesentlichen Baustein für den Modernisierungsprozess der Verwaltung darstellt.

Vernetzte Geoinformationen

Dr. Gerd Buziek von der Firma ESRI Geoinformatik wiederum zeigte auf, welchen enormen Beitrag vernetzte Geoinformationen zur Lösung der gerade stark diskutierten Umweltprobleme wie Klimaerwärmung, Landverbrauch und Bevölkerungswachstum leisten können. Dazu wurden neben der Betrachtung auf globaler Ebene auch Beispiele aus dem kommunalen Umfeld vorgestellt - so zum Beispiel eine Stadtverwaltung, die mittels GIS-gestützter Methoden die Eignung sämtlicher Dach-

flächen zur Gewinnung von Solarenergie ermittelt hat.

Sichere Web-Nutzung

Am zweiten Messtags finden sich Fachleute zum Thema Data Leakage/Loss-Prevention (DLP) auf dem High-Noon-Podium zusammen. Sie diskutieren unter anderem, wie Unternehmen verhindern können, dass interne Informationen unerwünscht weitergegeben oder kopiert werden, und welcher Aufwand gerechtfertigt ist, um dieser Gefahr zu begegnen. Am

Donnerstag steht die Frage auf dem Programm, welche Auswirkungen die Virtualisierung auf die Sicherheitsarchitektur von Unternehmen hat, ob die logischen Trennwände zwischen virtuellen Servern sicher sind und welche neuen Angriffspunkte sich durch die Virtualisierung ergeben. Am letzten Messtags schließlich widmet man sich der Frage, welche Risiken das Web 2.0, das sogenannte „Mitmach-Internet“, aufweist und zeigt auf, wie die neuen Möglichkeiten des Webs sicher genutzt werden können.

Auf sichereren Pfaden zu mehr IT-Sicherheit

Während des Messtages werden laufend Guided Tours zu Ausstellern angeboten, die spezielle IT-Sicherheitsaspekte behandeln. Teilnehmer erhalten so einen guten Überblick über vorhandene Angebote, die von unabhängigen Beratern und mit Unterstützung der Aussteller präsentiert werden. Geführte Rundgänge werden zu folgenden Themen angeboten:

- Mobile Security,
- Datenschutz,
- Grundschutz,
- Netzwerksicherheit,

Quadriga Informatik GmbH.

Daten zu IT-Ressourcen automatisch auslesen

Kommunale IT-Abteilungen können sich einen umfassenden Überblick über die vorhandene Hard- und Software verschaffen, ohne diese manuell erfassen zu müssen: Die Softwarelösung Quadriga-IT bietet mit der Option „PCScan“ die Möglichkeit, das gesamte Netzwerk zentral gesteuert zu „scannen“ und dabei eine Fülle von Daten über PCs, Netzwerkdrucker und andere Geräte mit Netzanschluss auszulesen.

Zu den vorhandenen PCs liefert PCScan unter anderem detaillierte Informationen über deren Prozessor, Festplattenkapazität und vorhandene Sicherheitsupdates. Auch die auf den PCs installierte Software liest PCScan aus. Quadriga-IT vergleicht installierte und erwerbene Softwarelizenzen und ermöglicht so eine verlässliche Lizenzkontrolle.

Komfortable Möglichkeiten

So leistungsfähig eine Software zum automatischen Ermitteln von PC- und Netzwerkdaten auch ist, die ausgelesenen Informationen sind zunächst immer lückenhaft: Aus ihnen geht beispielsweise nicht hervor, wer den PC geliefert hat, welche Verträge ihn zum Gegenstand haben und vieles mehr. Quadriga-IT bietet komfortable Möglichkeiten, die gesammelten Daten um weitere Angaben zu ergänzen. Mit wenigen Mausklicks ist etwa einem PC ein Lieferant, ein Anwender oder ein Wartungsvertrag zugeordnet.

Frei definierbare Zusatzfelder

Der Einsatz von Quadriga-IT

mationen können Kommunen wesentlich zu ihrer Verbreitung und zur Aktivierung ihres Wertschöpfungspotentials beitragen. Aber auch in der Rolle als Nachfrager von Geoinformationen sind Kommunen in der Lage, von einer GDI zu profitieren. Denn im Hinblick auf die Optimierung der Effizienz und Qualität des Verwaltungshandelns werden qualitativ hochwertige Geoinformationen immer wichtiger. Außerdem können durch die Nutzung dezentral verteilter Geodaten anstelle der eigenen Erstellung und Pflege enorme Kosten gespart werden. **DK**

- physische Sicherheit,
- Revision,
- Daten- und Datenträgervernichtung/-rettung.

Für die Teilnahme an den Guided Tours ist eine Anmeldung unter www.it-sa.de erforderlich.

Verlosung am Abend

Aus Anlass ihres zehnjährigen Bestehens lädt der Organisator der IT-SecurityArea, der SecuMedia Verlag, täglich zum Messeausklang ab 17.30 Uhr zu Rotwein (oder Traubensaft) und Brezeln ein. Dabei werden jeden Tag insgesamt mehr als 250 wertvolle Sachpreise verlost. Um hier dabei zu sein, müssen Besucher lediglich ihre Visitenkarte im Forum Rot abgeben.

Prominenter Besuch

Dass die Bedrohungen für die IT-Sicherheit auch die Politik nicht kalt lässt, zeigt der Bayerische Innenminister. Joachim Herrmann hat seinen Besuch auf dem IT-SecurityArea für Mittwoch, den 22. Oktober 2008, angekündigt. Er informiert sich über neueste IT-Sicherheitslösungen und besucht ausgewählte Aussteller. **□**

Quadriga-IT
www.quadriga.de



Verwaltung von PCs und anderen IT-Ressourcen

- Mehr Überblick durch eine systematische Verwaltung von Hardware, Software, Anwendern, Räumen, Lieferanten, Verträgen und Problemfällen.
- Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen werden automatisch ermittelt.
- User HelpDesk zur Verwaltung von Störfällen, optional unter Nutzung des hauseigenen Intranet
- **Modernisierte Bediener-Oberfläche:** Die aktuelle Version 7 von Quadriga-IT bietet eine von Grund auf erneuerte Oberfläche. Damit sind die Informationen leichter zugänglich und intuitiver zu verwalten.
- Auch einsetzbar als Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und sonstige Ressourcen
- Die Option Quadriga-Mobile macht den Pocket PC zum mobilen Informationssystem für IT-Ressourcen. Verbunden mit einem handlichen Barcode-Scanner dient er auch als Hilfsmittel für Bestandskontrollen, Wareneingänge und Umstellungen.

SYSTEMS 2008
21.10.-24.10.2008
Messe München
Halle A2, Stand 531

Bitte fordern Sie Ihre kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns auf der SYSTEMS 2008.

Quadriga Informatik GmbH • Herrnring, 57 • D-63065 Offenbach • Tel. 0(049)69.850030-0, Fax -99 • info@quadriga.de

Veranstaltungshinweis:

Runder Tisch GIS 2009

Bereits zum 14. Mal wird im kommenden Jahr der Runder Tisch GIS e.V. in Kooperation mit der Technischen Universität München das Münchner Fortbildungssseminar Geoinformationssysteme durchführen. Die Veranstaltung findet vom 10. bis 12. März 2009 im Audimax der TU München statt. **□**

„Was braucht ma auf'm Dorf?“

ProNah entwickelt ein Gesellschaftsspiel für die ganze Familie

Pfiffige Mitglieder von ProNah haben ein neues Gesellschaftsspiel entworfen. Das Spiel will die große Bedeutung von funktionierender Infrastruktur, sozialem Miteinander, kultureller Vielfalt, regionaler Versorgung und Innovation im eigenen Dorf, aber auch den hohen Stellenwert von Kooperationsfähigkeit mit anderen Gemeinden vermitteln. Dazu schlüpft jeder Spieler in die Rolle eines Bürgermeisters.

Seine Aufgabe ist es nun, ein Dorf mit den oben genannten Eigenschaften auszustatten. Auf dem Spielfeld müssen dazu im Spielverlauf Einwohner, Betriebe und andere Einrichtungen sinnvoll und logisch geschaffen, betreut und geführt werden. Am Schluss gewinnt derjenige Bürgermeister, der seine Gemeinde mit den meisten „Wohlfühl-faktoren“ für eine lebenswerte Dorfgemeinschaft ausstatten konnte.

Leader Plus-Projekt

Der Verein ProNah hat das Strategiespiel im Rahmen seiner Bewusstseinsbildungskampagne „Lebensqualität durch Nahversorgung“ entwickelt. Dieses Leader Plus-Projekt wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten gefördert.

Nach über einjähriger Entwicklungsphase nehmen der Vorstand und die Projektmitglie-

der von ProNah das Spiel in den Unterallgäuer Werkstätten entgegen, wo es konfektioniert wurde und überreichen die ersten Spiele an Staatsminister Josef Miller und Landrat Hans-Joachim Weirather. Das Spiel wird demnächst im Handel zum Preis von 19 Euro erhältlich sein. Weitere Informationen und Bezugsquellen im Internet unter www.pronah.de.

Zur offiziellen Vorstellung des Spieles „Was braucht ma auf'm Dorf?“ hat sich ProNah etwas Besonderes einfallen lassen. Alle Unterallgäuer Gemeinden wurden von Landrat Hans-Joachim Weirather eingeladen, an einem gemeinsamen Spiel-Abend teilzunehmen.

Treffen der Bürgermeister

Am 8. Oktober 2008 um 19:30 Uhr treffen sich Bürgermeister und Gemeindevertreter aus dem Landkreis in der Dampfsäg in Sontheim, um erstmalig in der

Öffentlichkeit das neue Nahversorgungsspiel zu spielen. Die ersten drei Gewinner dürfen für ihren Kindergarten Geldpreise in Höhe von 500, 300 und 200 € in Empfang nehmen.

Spielbeschreibung

Jeder Spieler schlüpft in die Rolle eines Bürgermeisters. Seine Aufgabe ist es, nach einer Amtszeit von 3 Jahren die meisten Einwohner in seinem Dorf zu haben. Um dies zu erreichen, bestückt jeder seinen Dorfplan im Verlauf des Spiels sinnvoll mit Betrieben und anderen Einrichtungen. Bei den drei Jahresabrechnungen wird dann jeweils verglichen, wessen Dorf in den verschiedenen Bereichen die höchste Attraktivität und Wirtschaftlichkeit aufweist, wodurch Einwohner zuziehen.

Eine Spielrunde sieht folgendermaßen aus: Der Spieler (Bürgermeister), der an der Reihe ist, zieht aus einem Stapel eine Ereigniskarte und befolgt die Anweisungen auf der Karte. Dann zieht er die Steuern ein. Dann wählt er, ob er einen Betrieb oder Einwohner ansiedeln oder eine Kooperation mit einem Betrieb in einem anderen Dorf eingehen will. Die Ereigniskarten sind so gestaltet, dass der Bürgermeister für gute Infrastruktur belohnt, für schlechte bestraft wird. Natürlich spielt hier der Zufall auch eine gewisse Rolle. Gemessen wird der Erfolg numerisch an der Zahl der Einwohner. Diese Zahl hängt jedoch von der Zusammensetzung des Dorfes ab - weiche wie harte Standortfaktoren.

Ziele des ProNah e.V.

1. Zielsetzung der Nahversorgung:
• Bewusstsein schaffen für den Zusammenhang zwischen Nähe,

3. Landshuter Kunstnacht:

Bunte Palette

Viel Zuspruch und Anerkennung fand auch die dritte Landshuter Kunstnacht. Vier Stunden lang hatten insgesamt 14 Galerien, Kunstvereine sowie private, städtische und staatliche Museen und Institutionen ihre Türen bei freiem Eintritt geöffnet. Die Stadt Landshut war mit fünf Ausstellungen mit von der Partie. Oberbürgermeister Hans Rampf eröffnete die Kunstnacht im Rathausfoyer mit der Ausstellung „Junge Kunst aus Prag“.

Mit der Ausstellung „Junge Kunst aus Prag“ zeigte die „Galerie in Bewegung“ im Rathausfoyer Arbeiten der Künstlergruppe OBR., die aus Studenten und Absolventen der Kunstakademie Prag besteht. Die Künstler Josef Achrer, David Hanvald, Martin Krajc, Ondrej Malecek und Karel Stědrý beherrschen trotz ihrer Jugend ihr Handwerk professionell und bringen ihre Themen und Sujets in sehr großen Formaten auf die Leinwand. Ein Anspruch, der sich auch im Namen der Gruppe wieder findet.

OBR. bedeutet im Tschechischen sowohl „große Bilder“ als auch „Riese, Gigant“. Die Ausstellung widmete sich voll und ganz der Malerei, die, wie die Gruppe OBR ausdrücklich betont, „immer noch ihren Ehrenplatz in der heutigen visuellen Kultur hat und ein einzigartiges Ausdrucksmittel mit universeller Gültigkeit ist“.

In der Städtischen Galerie im Röcklturnm präsentiert Peter Litvai sein Fotoprojekt „Anno“, in dem er eine Landshuterin und einen Landshuter über ein Jahr mit dem Fotoapparat begleitete. Neun monumentale Skulpturen aus Stahl von Giuseppe Spagnolo waren wiederum vor dem Rathaus und der Residenz sowie im Innenhof und in den Räumen der Residenz installiert. Diese aufwändige Ausstellung, die vom

Versorgung und Lebensqualität, für die Bedeutung des Mittelstandes als Träger der Lebensqualität, für die Bedeutung der Landwirte als Gestalter des Naherholungsraums, der Umwelt und der Kulturlandschaft, für das regionale Produkt- und Dienstleistungsangebot.

• Förderung der regionalen Kreisläufe und Auslösung von Organisationsprozessen auf Gemeindeebene, der örtlichen und regionalen Kooperationen, Erhöhung des Identifikationsgrades der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Jugend, mit der Heimatgemeinde bzw. der Heimatregion Kneippland® Unterallgäu.

2. Feinziele der Nahversorgung:

• Schaffung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen durch Sicherung dezentraler Strukturen
• Erhalt der Kaufkraft in der Region und Verbesserung der Steuerkraft der Gemeinden
• Förderung der Transparenz, Vielfalt und Qualität der Produkte und Dienstleistungen
• Reduzierung der Transportwege, Verpackungen und Konservierungsstoffe
• Förderung des pfleglichen Umgangs und des Miteinanders in der Region

• Erhalt und Verbesserung der Infrastruktur und damit der Wohn- und Lebensqualität am Heimatort

3. Bewusstseinsbildung Nahversorgung:

• Bewusstseinsbildung zum Thema Nahversorgung in der Region Kneippland Unterallgäu®
• Entwicklung und Schaffung einer Unterallgäuer Identifikationsfigur
• Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung z.B. beim „Tag der Regionen“
• Marketing-Aktivitäten in Kooperation mit den Regionalzeitungen: Anzeigenserie
• Einsatz der Identifikationsfigur in verschiedenen Kommunikationsmedien. □



Neue Software im Einwohnermeldeamt der Gemeinde Ottobrunn

Die Gemeinde Ottobrunn im Landkreis München nutzt für die Verwaltung ihrer rund 20.000 Einwohner zukünftig das AKDB-Fachverfahren OK.EWO. Unser Bild zeigt den Ersten Bürgermeister von Ottobrunn, Thomas Loderer (l.), und Direktor der AKDB, Rudolf Schleyer, bei der Vertragsunterzeichnung. Ausschlaggebend für diese richtungweisende Entscheidung im Ottobrunner Rathaus, von einem Mitbewerbsprodukt auf OK.EWO umzusteigen, waren zahlreiche Gründe. Monika Sigl vom Einwohnermeldeamt Ottobrunn: „OK.EWO überzeugt das Meldeamt Ottobrunn mit seinen zahlreichen Funktionalitäten. Besonders gefreut hat uns, dass die Konvertierung ohne Datenverlust reibungslos verlief und der Zeitplan seitens der AKDB zuverlässig eingehalten wurde.“ □

Innenentwicklung von Dörfern und Städten:

Vielfalt bewahren

Muhr am See (fa) – Kann Wohnen und Arbeiten im Dorf zu einem Erfolgsmodell werden? Johann Böhm, der Vorsitzende des Landesvereins für Heimatpflege, schöpft diese Hoffnung, wenn es gelingt, ehemaligen Hofstellen für die Nutzung zu gewinnen anstatt ständig neue Gewerbegebiete auf der grünen Wiese auszuweisen. Auf einer Tagung zum Thema „Innenentwicklung von Dörfern und Städten“ im AIZ erklärte der frühere Landtagspräsident vor 150 Kommunalpolitikern, Architekten und Heimatpflegern: „Wir müssen nicht hektarweise Flächen ausweisen und sie dann buchstäblich verschenken.“

Böhm warnte davor, das Problem als nachrangig anzusehen, weil Bayern ja als Flächenstaat genügend Land habe. „Wir sollten uns“, so der Landesvorsitzende, „keinesfalls dazu verleiten lassen, den Reichtum an Landschaft als unendlich erscheinende Verfügungsmasse misszuverstehen.“ Die weiten Räume seien Charakteristika unseres Landes und Grundlage der Lebensqualität. Sie müssten daher in dieser Funktion und als Identifikationsmerkmale erhalten bleiben.

Mustergültiges AIZ

Als ein „mustergültiges Beispiel für Bauen im Bestand“ wertete Johann Böhm das Altmühlsee-Informationszentrum in Muhr am See, weswegen es auch als Tagungsort ausgewählt worden sei. Der Redner bekannte sich dazu, die Vielfalt und Kleinteiligkeit der Naturräume und Siedlungen im Freistaat zu bewahren, denn Bayern bestehe nicht nur aus Königsschlössern und Residenzen. Tradition und Geschichte müssten sich im Sinne einer selbstbewussten Heimatpflege kreativ mit Neuem verbinden. Es gehe heute vermehrt um die Einhaltung menschlicher Maßstäbe und um das Streben nach einer angemessenen Verbindung von gelebter, gebauter und natürlicher Umwelt.

Verluste im Siedlungsbestand

Immer stärker sichtbar würden die Verluste im Siedlungsbestand und in der Kulturlandschaft, beklagte Böhm. Deshalb seine bange Frage: „Kann der Mensch Maßstab seiner Umwelt bleiben oder wird es künftig der virtuelle ökonomische Anspruch, der die Gestalt unserer Welt bestimmt?“ Die demogra-

phische Entwicklung und der starke Strukturwandel brächten mit sich, dass Schulen oder Krankenhäuser aufgegeben würden, zudem Bahn, Post oder Bundeswehr sich zunehmend aus der Fläche zurückzögen oder ihre Flächen und Gebäude brach liegen ließen. Sollten aber die Ortschaften erhalten bleiben, dann müssten aus ihnen attraktive Standorte für neue Nutzungen geschaffen werden. „Wir müssen“, so Böhm fordernd, „den Flächenbedarf verringern und die innerstädtischen und dörflichen Areale stärken“.

Eigene Philosophie

Bürgermeister Roland Fitzner, der seine 2300-Einwohner-Gemeinde auf gewinnende Art präsentierte, griff die Worte Böhms auf und bekannte: „Wir haben unsere Chancen genutzt, sind aber mit dem Landverbrauch sparsam umgegangen.“ Mit ihren imgeprägten „Altmühlsee-Festspielen“ hebe sich Muhr von anderen Kommunen ab, sie habe gleichsam eine eigene Philosophie entwickelt. Fitzner sagte, bei der Absicht, Qualität ins Dorf zu bringen, seien die Orte vielfach überfordert. Der gesellschaftliche Wandel sei unverkennbar und nicht mehr zurückzunehmen, denn: „Die Gastwirtschaften sind nicht mehr die Kommunikationszentren, so traurig das ist.“

Zu den Referenten der zweitägigen Tagung, die von Martin Wölzlmüller, dem Geschäftsführer des Landesvereins bestens vorbereitet worden war, gehörte auch der Weißenburger Architekt Professor Johannes Geisenhof („Umnutzungen von Scheunen im ländlichen Raum“) und der aus Gunzenhausen stammende Architekt Stefan Lautner von „A2 Architekten“ in Freising („Bauen im ländlichen Kontext“). □

Hier kommt Pep in Ihr Business 2009

www.nuernbergmesse.de/termine
www.nuernbergglobalfairs.com

akademika	Mai
Altenpflege+ ProPflege	24.03.–26.03.
BioFach®	19.02.–22.02.
ConSozial	11.11.–12.11.
CRM-expo	November
ELTEC	21.01.–23.01.
embedded world	03.03.–05.03.
e_procure & supply	06.05.–07.05.
European Coatings Show	31.03.–02.04.
FachPack	29.09.–01.10.
HOGA	18.01.–21.01.
IENA	05.11.–08.11.
Internationaler Hörgeräte-Akustiker-Kongress	21.10.–23.10.
Internationaler Kongress der Deutschen Ophthalmochirurgen	18.06.–21.06.
IWA & OutdoorClassics®	13.03.–16.03.
Jahrestagung Fachverband Biogas e.V. mit Biogas-Fachmesse (in Hannover)	03.02.–05.02.
Kommunale	14.10.–15.10.
LogIntern	29.09.–01.10.
mailingtage	24.06.–25.06.
PCIM	12.05.–14.05.
PrintPack	29.09.–01.10.
SENSOR+TEST	
DIE MESSTECHNIK-MESSE	26.05.–28.05.
SMT/HYBRID/PACKAGING	05.05.–07.05.
Spielwarenmesse International Toy Fair Nürnberg®	05.02.–10.02.
SPS/IPC/DRIVES	24.11.–26.11.
Stone+tec	20.05.–23.05.
Vivaness®	19.02.–22.02.
Werkstätten: Messe	19.03.–22.03.

Auszug; alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten

® Nur für Facheinkäufer mit Legitimation

NÜRNBERG MESSE

Für weitere Informationen rufen Sie uns einfach an: 09 11.86.06-89 98



Das St. Bonaventura-Gymnasium Dillingen des Schulwerkes der Diözese Augsburg ist beim Jugendwettbewerb der deutschen Sparkassen Spitze in Bayern und auch bundesweit. Darüber freuten sich auch Sparkassendirektor Thomas Schwarzbauer (zweite Reihe, 3. v. links) und Oberstudiendirektor Franz Haider (2. von rechts, hinten). Bild: -jdt-

ESB erhält EU-Gütesiegel für soziale Verantwortung

Erdgas Südbayern ist für sein gesellschaftliches Engagement mit einem europäischen Gütesiegel ausgezeichnet worden. Die Vergabe fand unter der Leitung des Zentralverbandes der öffentlichen Wirtschaft in Europa (CEEP) in Rom statt.

Über 270 europäische Unternehmen hatten sich für eine der Auszeichnungen beworben. Unter den ausgewählten fünf deutschen Teilnehmern ist auch Erdgas Südbayern (ESB) als einziger Energieversorger. Das Unternehmen engagiert sich seit vielen Jahren konstant für die Belange von Bürgern und Mitarbeitern.

„Regionale Unternehmen wie die ESB besitzen eine besondere Verantwortung: als Arbeitgeber vor Ort, als Dienstleister für Kunden und als Förderer von lokalen Projekten“, erklärt Werner Bähre, Geschäftsführer bei der

und wird dafür nun zu Recht ausgezeichnet.

Verantwortung für Mitarbeiter zeigen

Seit über 40 Jahren fördert die ESB zahlreiche soziale, kulturelle und umweltbezogene Projekte in ganz Südbayern. Mit eigens eingerichteten Fonds unterstützt die ESB beispielsweise die soziale Infrastruktur in versorgten Sportler.

„Unternehmerische Verant-

die eingereichten Unterlagen aller teilnehmenden Unternehmen. Dabei schnitt die ESB überdurchschnittlich ab. „Discerno II“ wurde unter anderem von Europäischen Kommission und dem CEEP (European Centre of Enterprises with Public Participation and Enterprises of General Economic Interest) ins Leben gerufen. In Deutschland beteiligt sich daran der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), in dem auch die ESB Mitglied ist.

Bürgermeisterkonferenz / Landkreis Regensburg:

Breitband und Hauptschule

Bei der jüngsten Bürgermeisterkonferenz im Bildungszentrum Schloss Spindlhof in Regenstauf lagen die Themenschwerpunkte auf der Breitbandversorgung und der Hauptschulsituation im Landkreis. Mit von der Partie waren auch die Vorsitzenden der Zweckverbände sowie die Abteilungsleiter des Landratsamtes.

Landrat Herbert Mirbeth und die Bürgermeister waren sich einig, dass bei der Breitbandversorgung im Landkreis dringender Handlungsbedarf besteht. Eine schnelle Anbindung an das Internet stelle einen wichtigen Standortfaktor auch für die heimische Wirtschaft dar. Je nach Ausbauzustand der bisherigen DSL-Versorgung seien alle Gemeinden mehr oder weniger stark betroffen.

Wie Franz Pirkel, EDV-Verantwortlicher im Landratsamt Regensburg berichtete, baue die Telekom von sich aus das DSL-Netz nicht mehr weiter aus. Alle zusätzlichen Maßnahmen würden daher eine erhebliche finanzielle Beteiligung der Kommunen erfordern. Deshalb sei es sinnvoll, auch den Einsatz alternativer Techniken wie UMTS (schneller Internet-Zugang über Handytechnik) zu prüfen.

Der Landkreis, so der EDV-Spezialist weiter, sammle derzeit in einem dreimonatigen Testzugang Erfahrungen über den Internet-Zugang mit Hilfe von 2-Wege-Satellitentechnik. Ein ausführlicher Testbericht werde den Gemeinden zugeleitet. Um die Breitbandversorgung vor allem im ländlichen Raum zu verbessern, fördere der Freistaat Bayern die zur Herstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur notwendigen Investitionen, hob Landrat Mirbeth hervor.

Der Leiter des Projektes „Interkommunale Zusammenarbeit“ Klaus Zeiser schlug vor, der Landkreis sollte für die Gemeinden in Form eines Kooperationsvertrages als Dienstleister tätig werden. So könnte er zentrale Angebote für die Machbarkeitsstudien und Planungsarbeiten einholen, die Verträge ab-

Erfolgsserie im deutschen Sparkassenwettbewerb:

„Bona“-Künstler Spitze in Bayern

Gymnasium des Schulwerkes gewinnt Bundespreise

Dillinger Sparkassendirektor Thomas Schwarzbauer: Viel Kreativität bewiesen

Dillingen (jdt). Seinen Spitzenrang in Bayern und bundesweit beim Jugendwettbewerb der deutschen Sparkassen hielt das St. Bonaventura-Gymnasium Dillingen des Schulwerkes der Diözese Augsburg mit einer hervorragenden Bilanz auch für 2007. Kürzlich wurden in der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen die Siegerpreise im Medienwettbewerb und im Wissens-Quiz überreicht. Zum fünftenmal seit 2002 gab es Bundespreise der hervorragenden „Bona-Künstler“. Sie hatten sich deutschlandweit starker Konkurrenz in einem „Zeitgeistthema“ zu stellen. Es ging diesmal um das Thema Handy unter der Überschrift „Hallo, wo bist du?“ Vorrang hatte dabei die Förderung selbstverantwortlichen Handelns, bis hin zu Strahlenbelastung und Handy-Einsatz bei Notfällen.

Der Vorstandsvorsitzende der Kreis- und Stadtparkasse, Thomas Schwarzbauer, zeigte sich bei der Siegerehrung begeistert von der Kreativität im Medienwettbewerb. Hervorgehoben wurde auch von Schulamtsdirektor Wilhelm Martin, wie wertvoll die pädagogischen Wirkungen seien.

Enorme Kreativität

Bei den Gruppenarbeiten ab der 7. Klasse siegten im Landkreis mit „Faces in Focus“ Rhea Deisenhofer und Deborah Fink. Das brachte auch den zweiten Platz bundesweit, also die „Deutsche Vizemeisterschaft“. Mit ihrem Beitrag „Das Leben mit und ohne Handy“ waren Maria Dietrich, Rebecca Gallenmiller, Franziska Kramer, Jessica

Weber und Franziska Ott bei den Gruppenarbeiten bis zur 6. Klasse erstrangig, zugleich die „Bronzemedaille“ auf Bundesebene. Mit der Einzelarbeit ab der 7. Klasse sorgte Charlotte Ruf mit „Linking Europe“ für den dritten Sieg des St. Bonaventura-Gymnasiums Dillingen in der „Landkreis-Meisterschaft“, ebenfalls belohnt mit dem zweiten Platz bundesweit. Hinzu kamen weitere Erfolge bei den Placierungen für „Bona“. Vergeben wurden Mediengutscheine und dazu Bundespreise bis zu 600 Euro.

Zu den Gratulanten für die hervorragenden Erfolge gehörte der Leiter des St. Bonaventura-Gymnasiums, Oberstudiendirektor Franz Haider. Er würdigte auch das Wirken der Kunsterzieher, der Oberstudienrätin Elisa-

beth Keller und von Oberstudienrat Gotthard Lienert. Kunsterziehung gehört am „Bona-Gymnasium“ mit 430 Schülerinnen und Schülern in 14 Klassen im letzten Schuljahr zu den Schwerpunkten.

Eine Kraftquelle

Besondere Freude über die rekordverdächtigen Siegesserien von „Bona“ (in den letzten Jahren nicht weniger als 13 erste bis dritte Plätze bundesweit) hat die vor vier Jahren in den Ruhestand gegangene Dillinger Franziskanerin Sr. Ludwiga Balk. Sie wirkte fast 40 Jahre als Kunsterzieherin am St. Bonaventura-Gymnasium, selbst eine hervorragende Künstlerin und vielen ehemaligen Schülerinnen und Schülern in Erinnerung als eine ideal gesinnte Förderin der Kunst als Kraftquelle der Lebensfreude und -stärkung. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherrieble (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugpreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Dr. Thomas Wunsch, Leiter Personal und Soziales bei ESB (l.), nimmt das Gütesiegel entgegen.

ESB, die Motivation der ESB. „Die Auszeichnung freut uns, denn dieses Gütesiegel belegt, dass Themen wie Kundenorientierung, Nachhaltigkeit und soziales Engagement keine Lippenbekenntnisse bleiben, sondern von den ESB-Mitarbeitern aktiv gelebt werden“, so Bähre weiter.

Bayerns Wirtschaftsministerin Emilia Müller gratuliert der ESB zur Auszeichnung mit dem europäischen Gütesiegel: „Die ESB hat in den letzten Jahrzehnten auf vorbildliche Weise in die Infrastruktur zur Gasversorgung Südbayerns investiert. Bürgern und Unternehmen gerade im ländlichen Raum hat das Unternehmen dadurch bei hoher Versorgungsqualität Zugang zum Energieträger Erdgas ermöglicht. Zudem hat die ESB sozialverantwortliches Handeln als festen Bestandteil der Unternehmensphilosophie etabliert

wortung insbesondere mit lokalem Bezug zeigt sich allerdings nicht nur in der Außendarstellung“, ergänzt Dr. Thomas Wunsch, verantwortlich für Personal und Soziales bei der ESB. „Für das Gütesiegel waren auch Faktoren wie ein fairer Umgang mit den Mitarbeitern, regelmäßige Weiterbildungsmöglichkeiten, flexible Arbeitszeiten oder eine lebendige interne Kommunikation entscheidend“, so Wunsch weiter.

Hintergrund des EU-Gütesiegels

Das Siegel wurde im Rahmen eines EU-Projektes mit dem Namen „Discerno II“ ausgeschrieben. Ziel von „Discerno II“ ist es, in europäischen Unternehmen, sozialverantwortliches Handeln zu fördern und neue Umweltstrategien in der Unternehmenskultur zu verankern. Eine internationale Jury bewertete

chen Vereinigung, lobte schließlich das gute Notarztsystem in Deutschland. Er wies darauf hin, dass in Stadt und Landkreis kein Hausärztemangel existiere. Eine Versorgung aller Fachrichtungen sei gegeben. Zwischenzeitlich gehöre viel Motivation dazu, bei den ständig sinkenden Einkommen noch Allgemeinärzte zu werden, kritisierte Dr. med. Carl Rauscher. Geringer Honoraraufwand, hohe Arbeitsbelastung und zunehmende Bürokratie seien vor allem bei jungen Ärzten für den Motivationsverlust verantwortlich. Rauscher, der an der Regensburg Universität ein Projekt zur Förderung junger Allgemeinärzte begleitet, rief die Bürgermeister auf, in gemeinsamen Anstrengungen die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum zu unterstützen. DK

Europarat-Ehrenplakette für Eggenfelden

Für ihre vielfältigen Bemühungen um Verbreitung und Vertiefung des europäischen Einigungsgedankens hat Eggenfelden dieses Jahr als einzige bayerische Stadt unter nur elf ausgezeichneten Kommunen die Ehrenplakette des Europarates erhalten. Im Rahmen eines Festaktes im Theater an der Rott überreichte Professor Renzo Gu-

bert, Ehrenmitglied der Parlamentarischen Versammlung, diese zweithöchste Auszeichnung des Europaparlaments für Kommunen, die sich der Völkerverständigung und der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Menschen in Europa verschrieben haben, an Eggenfeldens Bürgermeister Werner Schießl. Eggenfelden ist Partnerstadt von Carcassonne (Frankreich) und Balatonalmádi (Ungarn). Darüber hinaus pflegt die Stadt auch Kontakte mit Städten in Tschechien und der Slowakei. DK

„Helfer vor Ort“ für 1000. Einsatz geehrt

Initiative ehrenamtlicher Rettungssanitäter hilft im Holzwinkel

Um 16.20 Uhr ging über Funk die Alarmierung bei Rettungssanitäter Markus Poll ein. Schon zwei Minuten später war er am Einsatzort. Eine Patientin hatte einen lebensgefährlichen allergischen Schock erlitten. Elf Minuten später traf der Rettungsdienst der Rettungswache Zusmarshausen ein. Derweil hatte Poll, im Hauptberuf Fachkrankenschwester für Intensivmedizin am Klinikum Augsburg, bereits die Diagnose gestellt, die Patientin mit Sauerstoff beatmet und den Kreislauf überwacht. Es war der 1000. Einsatz eines „Helfers vor Ort“ im Holzwinkel.

Bei einer Feierstunde im Landratsamt Augsburg wurden jetzt die 15 Sanitäter von Vize-Landrat und Kreisvorsitzenden des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) Max Strehle im Beisein des BRK-Kreisgeschäftsführers Günther Geiger, des Kreisbrandrats Georg Anzenhofer sowie der

Carteau (Heretsried) und Zweiter Bürgermeister Franz Steiner (Adelsried) geehrt.

Die „Helfer vor Ort“ (HvO) seien eine absolute Erfolgsgeschichte geworden. Einige Menschenleben konnten im Laufe der zahlreichen Einsätze gerettet werden, stellte Strehle fest. Start

der Not heraus geboren wurde, war im Dezember 2002. Der Holzwinkel litt und leidet auch heute noch aufgrund der großen Entfernungen im Dreieck der Rettungswachen in Dillingen, Wertingen und Zusmarshausen unter verhältnismäßig langen Hilfszeiten. Deshalb entschlossen sich Feuerwehren und Rotes Kreuz mit Unterstützung der Verwaltungsgemeinschaft Welden und ihrer Gemeinden ein eigenes System aus ehrenamtlichen Helfern auf die Beine zu stellen.

Hauptaugenmerk Erste Hilfe

Nach dem Start mit einer kleinen Schar Rotkreuzlern ließen sich auch einige Feuerwehrler zu Rettungssanitätern ausbilden, um das Team personell zu verstärken. Ziel der Initiative ist es, die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes, das so genannte therapiefreie Intervall, zu überbrücken und erste – möglicherweise lebensrettende – Maßnahmen einzuleiten. „Eine hervorragende Sache“, findet Anzenhofer: „Wie froh ist man, wenn schnell Hilfe kommt.“ Das Hauptaugenmerk liege auf Erster Hilfe, so Poll, der das Team organisiert. Oft seien die Angehörigen emotional wie fachlich überfordert.

Ein großer Vorteil der Helfer vor Ort ist auch, dass sie, sobald sie alarmiert werden, sofort wissen, wohin sie müssen, weil sie die Patienten vielfach schon persönlich kennen. Oft kennen sie sogar schon deren Krankengeschichte und wissen deshalb sofort, was zu tun ist. „Die HvOs sind ein Glücksfall für unsere Region“, befand denn auch Bergmeir. Wenn es um ein Menschenleben gehe, komme es auf jede Minute an, so Weldens Bürgermeister.

Intensive Ausbildung

Die Rettungssanitäter haben eine intensive, mindestens 60-stündige Ausbildung durchlaufen. Die Zahl der Einsätze nimmt von Jahr zu Jahr zu. 2007 verzeichneten die Helfer 2007 Einsätze. Bei Dienstzeiten von 19 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und 24 Stunden an Sonn- und Feiertagen kommen jährlich 5.500 Stunden ehrenamtlichen Einsatzes zusammen. Die „Helfer vor Ort“ finanzieren sich allein durch Spenden von Unternehmen, Privatpersonen, Vereinen und Gemeinden. Walter sagt spontan ein zusätzliches Engagement seiner Gemeinde zu. Die Krankenkassen und der Rettungsdienst Bayern beteiligen sich nicht an dieser Initiative. Der Traum bleibt aber für Strehle eine eigene Rettungswache im Holzwinkel. □

Augsburger Antrittsbesuch:

Scheufele bei Sailer

Der neue schwäbische Regierungspräsident Karl Michael Scheufele, traf sich jetzt zu einem ersten Gedankenaustausch mit Landrat Martin Sailer. Die beiden kündigten an, die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit ihrer beiden Behörden fortzusetzen. Sailer gratulierte Scheufele zu seiner neuen Aufgabe. Die Berufung in das Amt des Regierungspräsidenten sei die logische Konsequenz aus jahrelanger hervorragender Arbeit und großem Engagement. „Wenn man den Werdegang Scheufeles betrachtet, ist diese Ernennung wahrlich verdient“, so Sailer. □



Gemeinsam mit den Holzwinkel-Bürgermeistern und Vertretern von Rotes Kreuz und Feuerwehr ehrte Vize-Landrat und BRK-Kreisvorsitzender Max Strehle (4. v. r.) die „Helfer vor Ort“ im Holzwinkel. □

Holzwinkel-Bürgermeister Peter Bergmeir (Welden), Anton Gleich (Bonstetten), Bernhard Walter (Altenmünster), Josef

der bislang im Landkreis einmütigen gemeinsamen Aktion der Freiwilligen Feuerwehren und des BRK-Kreisverbands, die aus

Kriminalitätsentwicklung im grenznahen Bereich:

Sicherheitslage auf hohem Niveau

Innenminister Herrmann zog Bilanz „Null Toleranz für Verbrecher“

Eine positive Bilanz der Kriminalitätsentwicklung im grenznahen Bereich hat Innenminister Joachim Herrmann gezogen. Wie Herrmann bei einer Pressekonferenz erläuterte, „ist und bleibt der Freistaat Marktführer der Inneren Sicherheit“. Die Menschen in Bayern lebten sicherer als anderswo. Im ersten Halbjahr 2008 hätten sich die hervorragenden Ergebnisse der letzten Jahre bei der Zahl der Straftaten und der Aufklärungsquote bestätigt.

Bayernweit gingen die Straftaten bis einschließlich Juli 2008 leicht zurück. Die Aufklärungsquote konnte nochmals auf 64,9 Prozent aller registrierten Straftaten verbessert werden. Herrmann: „Die hervorragenden Zahlen sind das Ergebnis unserer konsequenten Sicherheitspolitik. Auch künftig heißt unser Motto: Null Toleranz für Verbrecher.“

Hohe Aufklärungsquote

Besonders erfreulich nannte es der Minister, dass die Straftaten im grenznahen Raum zu Tschechien im ersten Halbjahr 2008 um mehr als 5 Prozent gesunken sind. Die Aufklärungsquote lag in den Polizeipräsidien Oberfranken und Niederbayern/ Oberpfalz bei rund 67 Prozent und damit noch über dem bereits sehr guten bayerischen Durchschnitt.

Schleierfahndung

Herrmann: „Auch nach dem Wegfall der Grenzkontrollen mit Tschechien befindet sich die Sicherheitslage in Ostbayern auf weiter hohem Niveau. Die Integration der Bayerischen Grenzpolizei ist erfolgreich abgeschlossen. Vor allem die verstärkte Schleierfahndung ist ein

großer Erfolg. Auch das in Schwandorf eingerichtete Zentrum mit der Bundespolizei, der Bundeszollverwaltung und den tschechischen Behörden arbeitet sehr erfolgreich. In den ersten sechs Monaten konnte das Zentrum bereits in über 7.000 Fällen wie Halteranfragen, kriminalpolizeiliche Ermittlungen und Rechtshilfefällen aktiv Hilfe leisten.“

Fuhrpark und Technik

Herrmann betonte, dass Bayern in den vergangenen Jahren konsequent die erforderlichen Voraussetzungen für die gute Sicherheitslage geschaffen hat. So habe der Freistaat umfassend in die Ausrüstung der Polizei investiert, etwa bei der Modernisierung des Fuhrparks oder der Ausstattung mit modernster Kriminaltechnik. Auch trage die Polizeireform durch neue Einsatzzentralen, die neuen Kriminaldauerdienste und die Kriminalpolizeiinspektionen mit zentralen Aufgaben deutlich dazu bei, dass die Polizeiinspektionen vor Ort mehr Zeit für den Dienst am Bürger erhalten und die Polizei sich auch künftig allen Herausforderungen bei der Verbrechensbekämpfung erfolgreich stellen kann. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Was sind denn das für absurd klobige Treter und aus welcher Altkleidersammlung haben Sie diese Hosen? Sie sehen aus wie die letzte Fußblame der Hippiebewegung.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ätzt sonst nie an meiner Kleidung rum, aber heute hatte er sich wohl vorgenommen, mal richtig den Chauvi herauszukehren.

Dabei war ich so frohgemut heute Morgen, als ich mich anzog. Schließlich hatte ich am Wochenende mit meiner Mutter auf dem Dachboden nach ihren alten Klamotten aus den 60er und 70er Jahren gestöbert. Und da bin ich fündig geworden: Schuhe mit hohen Plateausohlen und dicken Korkabsätzen, Schlaghosen so weit, dass Schuhe Größe 52 bequem drunter versteckt werden können, schöne breite Gürtel - alles wie aus dem neuesten Modemagazin.



Schlaghose sei die proletarische, revolutionäre Form des Beinkleides, inspiriert von den Zimmermannshosen oder dem ledernen Beinschutz der Cowboys. Sie signalisiert Freiheit, Aufbruch und Rebellion. Die Röhrenjeans sei hingegen das Attribut des spießigen, angepassten Strebers, der, materialistisch eingestellt, seinen (hoffentlich wohlproportionierten) Körper betonen und mit seinen

Schuhen angeben wolle. Lustig? War vom Autor eines Aufsatzes in einer seriösen Tageszeitung aber sicherlich nicht witzig, sondern todernst gemeint.

Gut, ich gebe zu, dass das für Otto Normalverbraucher so ein bisschen nach der spaßigen Faustformel klingt, wonach in Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs die Röcke kürzer, in Zeiten der Rezession dafür länger werden. Aber eines stimmt schon: Ein bisschen herrscht Nostalgie bezüglich der wilden 70er. Die mittlerweile ergrauten Protagonisten dieser Jahre schwärmen davon und wir Jüngeren, die es nicht miterlebt haben, idealisieren es. Die Lieder dieser Zeit sind tolle, tanzbare Oldies und dazu kommen neue Songs, die dieser Zeit nachweinen - und schon ist es nur ein kurzer Weg zum Modetrend.

Mein Chef, der Bürgermeister, hofft nicht, dass mich dieser Trend noch zu überdimensionalen runden Sonnenbrillen mit grauem Fensterglas, Korkenzieherlücken oder zum Verlangen nach einem grünen Marokkaner verleitet. Aber da haben wir es schon: Bei unserem heutigen Gesundheitsbewusstsein fällt ein Joint ja unter das Rauchverbot! Insofern kann Entwarnung gegeben werden: Die Jungen von heute finden die Rebellion der 70er hipp, ohne selber rebellieren zu wollen. Dass Trends im Übrigen nur aufgehen, wenn auch ein fruchtbarer Boden bereitet ist, meint der Psychologe Ernst Dichter auf dem heutigen Kalenderblatt: „Man kann alles verkaufen, wenn es gerade in Mode ist. Das Problem besteht darin, es in Mode zu bringen.“

Mode als Ausdruck der Gesellschaft

Naja, ganz so ist es auch nicht, klar: Dass sich die heutigen Modedesigner von ihren Kollegen von vor dreißig Jahren inspirieren lassen ist überdeutlich. Aber natürlich sind die Nuancen anders, die Details verschieden und alle sind bemüht, eine moderne, „eigene“ Handschrift sichtbar werden zu lassen. So gesehen sehen meine Speicherfunde vielleicht doch etwas „alt“ aus.

Ich sage mir aber: Wenn man schon „back to the seventies“ will, dann gleich konsequent. Abgesehen von einigen unvermeidbaren Gebrauchsspuren sind die Sachen noch tip-top in shape und absolut tragbar! Denn schlussendlich wäre es zu einfach, ein solches Moderevival, wie wir es erleben, nur der Einfallslosigkeit der Modeschöpfer zuzuschreiben.

Mode ist Ausdruck der Gesellschaft - schreiben jedenfalls die Soziologen und sonstige kluge Köpfe, die sich über die wirklich wichtigen Aspekte des Lebens Gedanken machen. So wird der Gegensatz Schlaghose zu Röhrenjeans von berufener Seite etwa so verdeutlicht: Die

the sabriul

Alfred Graf Schenk von Stauffenberg feierte 85. Geburtstag

Viele Gratulanten: von Beckstein über Georg Schmid bis zu Landrat Rößle

Ammerdingen (jdt). Prominentester Gratulant zum 85. Geburtstag von Alfred Graf Schenk von Stauffenberg war der Bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein. Er dankte, das sehr vielseitige Wirken des Amerdinger Schlossherrn mit besonderer Anerkennung würdigend, dem Angehörigen eines angesehenen Adelsgeschlechtes „für herausragende Verdienste um Bayern“. Dabei erwähnte Beckstein den Einsatz des Amerdinger Schlossherrn u. a. für das kulturelle Leben in Nord-schwaben, für Denkmalpflege, mit Restaurierung des Schlosses Amerdingen, die tatkräftige Unterstützung der Rieser Kulturtagge und auch die „Jagd in Bayern“.

Der Ministerpräsident merkte in seinem Glückwunsch an, dass Graf Alfred „den Blick für das Erforderliche stets mit Entschlossenheit, Geschick und Durchsetzungskraft bewiesen hat“. Hervorzuheben sei u. a. das Engagement für Gründung und Ausbau des über Bayern hinaus bedeutsamen Jagdlichen Ausbildungszentrums in Amerdingen.

Der Fraktionsvorsitzende der CSU im Landtag und Stimmkreisabgeordnete im Maximilianium, Georg Schmid, betonte seinen „hohen Respekt“ vor dem Wirken Graf Stauffenbergs. Er habe „großartigen Einsatz für die Heimat bewiesen“.

Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) stellte in seinem Glückwunsch fest: „Mit großem und unermüdlichem Engagement hast Du 24 Jahre lang im Kreis-tag hervorragende und unverzichtbare Arbeit geleistet“. Herzliche Glückwünsche kamen von Landrat Leo Schrell, Dillingen, von MdL Helmut Guckert, den Bürgermeistern Hermann Schmidt (Amerdingen) und Michael Holzinger (Bissingen) und auch von Margarete Jaumann, der Witwe des früheren Bayerischen Wirtschaftsmini-

Böswald dankte als ehemaliger Fraktionsvorsitzender im Kreistag: „Deine Meinung war stets pointiert, heimatbewusst, klar und unverdrossen, aber auch mit der nötigen Prise eines offenen Humors angereichert“. Paul Kling registrierte, dass der Amerdinger Graf über die Vitalität, Geisteskraft und Unternehmungsfreude eines 50-Jährigen verfüge. Er habe im Kreistag viel Sachverstand, wirtschaftliches Denken und wertvolle Anstöße eingebracht. Das Kesselalt habe Graf Stauffenberg besonders viel zu verdanken.

Herzliche Glückwünsche entboten die Oberbürgermeister Armin Neudert, Donauwörth, und Hermann Faul, Nördlingen, und Pater Benno Spiegel. Für die „Kameradschaft Sturmregiment“ der Fallschirmtruppe, in der Graf Alfred im 2. Weltkrieg diente, kam der Glückwunsch vom Vorsitzenden Paul Beck.

Zu den zahlreichen Auszeichnungen, die Alfred Graf Schenk von Stauffenberg zuteil wurden, gehören der Bayerische Verdienstorden, das Bundesverdienstkreuz und die Ehrenbürgerschaft der Heimatgemeinde Amerdingen.

Im 2. Weltkrieg wurde der junge Offizier zweimal schwer verwundet, zuletzt 1943 in Nordafrika, mit folgender Gefangenschaft in den USA. Diese bewahrte den Jubilar nach dem Attentat seines Onkels Claus Graf Schenk von Stauffenberg auf Hitler am 20. Juli 1944 vor Sippenhaft und Verfolgung durch die Machthaber des 3. Reiches. □



Alfred Graf Schenk von Stauffenberg. Bild: -jdt-

Dr. Jürgen Vocke, und in familiärer Verbundenheit der Onkel des Jubilars, Moritz Fürst zu Oettingen-Wallerstein.

An den gemeinsamen langjährigen Einsatz für den Kreis Donau-Ries erinnerten in ihren herzlichen Glückwünschen die früheren Oberbürgermeister Dr. Alfred Böswald, Donauwörth und Paul Kling, Nördlingen. Dr.

Preise der Oberfrankenstiftung 2008:

Sechsfache Auszeichnung

Erneut hat die Oberfrankenstiftung in diesem Jahr Preise in den Kategorien „Soziales“, „Kultur“ und „Denkmalpflege“ vergeben. Die Verleihung fand in Neunkirchen a. Brand statt. Die Preise sind mit insgesamt 45.000 Euro dotiert und werden für besondere Leistungen in den genannten Bereichen verliehen.

Wie der Vorsitzende des Stiftungsrates der Oberfrankenstiftung, Regierungspräsident Wilhelm Wenning, bekanntgab, wurde der Sozialpreis zu gleichen Teilen verliehen an die Selbsthilfegruppe Frauenkrebs Hof, vertreten durch Erika Mohr, sowie an die Selbsthilfegruppe der Bayerischen Krebsgesellschaft Coburg III - Gesprächskreis für jüngere Frauen und Frischbetroffene -, vertreten durch Regine Ruckdeschel.

Der Kulturpreis ging zu gleichen Teilen an die Eheleute Alla Schatz und Oleg Dynov, Weitramsdorf, und Harro Frey, Igensdorf-Pettensiedel. Ebenfalls zu gleichen Teilen verliehen wurde der Denkmalpreis, den sowohl Schüler des Kaiser-Heinrich-Gymnasiums in Bamberg für das Projekt: „Der Stein beginnt zu reden“ sowie das Ehepaar Susanne Dürer und Thomas Hahn, Neudrossenfeld-Untergräfenthal, entgegennehmen konnten.

Sozialpreis

In seiner Laudatio zur Verleihung des Sozialpreises verwies Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler darauf, dass die Selbsthilfegruppe Frauen-

krebs Hof den Patientinnen und deren Angehörigen ein vielseitiges Programm bietet: psychologische und medizinische Beratung sowie Fachvorträge. Sie versorge die Betroffenen mit den aktuellsten medizinischen Fachinformationen. Denzler zeigte sich überzeugt, dass eine solche Gemeinschaft für die betroffenen Frauen eine wichtige Stütze in einer schwierigen Zeit ist.

Selbsthilfegruppe

Die Selbsthilfegruppe der Bayerischen Krebsgesellschaft Coburg III - Gesprächskreis für jüngere Frauen und Frischbetroffene, wurde zusätzlich zur bestehenden Krebsnachsorge gegründet - da gerade für jüngere Frauen durch eine Krebserkrankung andere Probleme entstehen als für ältere Betroffene, so Denzler. Einmal im Monat treffe man sich im Gesprächskreis zur Aussprache, zu Vorträgen oder Beratungen. Einmal wöchentlich finde ein Lauftreff statt. Frühstücktreffs ermöglichten regelmäßig ein besseres Kennen lernen in ungezwungener Umgebung.

Wie Regierungspräsident Wilhelm Wenning in seiner Laudatio

zur Verleihung des Kulturpreises hervorhob, gab im Falle des Ehepaars Prof. Alla Schatz und Oleg Dynov weniger deren Jahrzehnte langes erfolgreiches Wirken in den Konzertsälen in aller Welt den Anlass für die Preisverleihung, sondern viel mehr „ihr vielfältiges Engagement für die musikalische Förderung junger Menschen hier in Oberfranken und ihren hervorragenden Beitrag dazu, Oberfranken zu einem Zentrum der musikalischen Begegnung junger Musikerinnen und Musiker aus aller Welt zu machen“.

Musikalische Begegnung

Nach der Schließung der Kreismusikschule hätten beide in Coburg ein eigenes Musikinstitut gegründet, dem ein in Deutschland einzigartiges breites, an der weltweit führenden Moskauer Schule orientiertes Musik- und Theaterausbildungskonzept zugrunde liege. Bei diesem Projekt übernahmen sie von Beginn an das alleinige finanzielle Risiko. Ebenso beispielhaft und einmalig sei das von beiden maßgeblich initiierte Internationale Musikfestival im Rodachtal, mit dem Prof. Alla Schatz und Oleg Dynov ein längst weit über die Region hinaus wirkendes Klassik-Event für junge Talente ins Leben gerufen haben.

Mit Harro Frey wiederum konnte nach langer Zeit wieder einmal ein Bildhauer ausgezeichnet werden, der auch ein hervorragender Keramiker ist. Der künstlerische Durchbruch gelang Harro Frey in den 70er Jahren mit der Spezialisierung auf keramische Kleinplastiken. Vor allem seine Tierplastiken und mythologischen Gestalten,

denen er durch selbst entwickelte, zu faszinierenden Farbspiele verschmelzende Glasuren eine unverwechselbare Prägung verleiht, begeistern laut Wenning Fachwelt und Publikum nicht zuletzt bei vielen Ausstellungen. Wer offenen Auges durch Oberfranken fährt und geht, begegne an vielen Orten dem künstlerischen Schaffen und der gewaltigen Ausdruckskraft Harro Freys und werde von seinen faszinierenden Figuren in den Bann gezogen.

Wie schließlich Prof. Dr. Günther Dippold in seiner Laudatio auf die Träger der Denkmalschutzpreise hervorhob, hätten Susanne Dürer und Thomas Hahn mit hohem Finanzaufwand, vor allem aber mit ungeheurer viel Eigenleistung die abgeschiedene und bereits verfallene Hofanlage Gräfenthal 8a erst bewohnbar, dann zu einem Schmuckstück gemacht. Dabei hätten sie verstanden, dass es nicht nur auf die schöne Fassade ankommt.

Schmuckstück Hofanlage

„Dass Bewahren und Wohnkomfort keinen Widerspruch darstellen, ja dass der bewahrende Umgang mit dem Alten eine ganz eigene, wahrhaft menschliche Wohnatmosphäre erschafft, das kann man im Haus der Preisträger sehen“, bemerkte Dippold, und ergänzte: „Manche Fremdenverkehrsregion, die an Attraktivität verloren hat, könnte darüber nachdenken, dass dies auch am Verlust ihrer Dörfer liegen mag. Denkmalpflege sichert, indem sie Spuren der Vergangenheit bewahrt. Unsere Geschichte und Geschichte tragen wir nun einmal alle mit uns herum, bewusst oder unbewusst, gewollt oder ungewollt. Geschichte sagt uns, wer wir sind. Sie ist für eine menschliche Gesellschaft deshalb wesentlich.“

Die Schülerinnen und Schüler

Städtische Galerie Rosenheim:

Kinder feiern Geburtstag

Für Kinder ab sechs Jahre, die ihren Geburtstag einmal auf ganz besondere Weise mit ihren Gästen feiern wollen, gibt es nun ein tolles Angebot bei allen Ausstellungen in der Städtischen Galerie Rosenheim.

Mit Eröffnung der Ausstellung „Was bleibt - Was ist“ mit Werken des Künstlers und Pädagogen Franz Lankes und neun seiner ehemaligen Schüler, die heute in den verschiedenen Sparten der Kunst erfolgreich tätig sind, bietet die „Kinder- und Jugendkunstschule Kind und Werk e.V.“ in Zusammenarbeit mit der Städtischen Galerie Rosenheim die Möglichkeit, ein außergewöhnliches Geburtstagsfest zu erleben: Gemeinsam mit seinen Freunden entdeckt das Geburtstagskind die wundersame Kunstwelt in den Ausstellungsräumen und erfährt Seltsames, Unglaubliches, Geheimnisvolles und noch nie Entdecktes. Im Galerie-Atelier können verschiedene Farben und Materialien ausprobiert und eigene „Kunstwerke“ gestaltet werden. Drucken, zeichnen, malen, bildhauern und vieles mehr ist nach Absprache möglich. Bei geeignetem Wetter kann auch der Galeriegarten zum Spielen, Toben oder Skulpturen bauen genutzt werden. Nur für eine Stärkung sorgen die Eltern selbst.

Das Angebot wird den jeweiligen Ausstellungen in der Städtischen Galerie angepasst. Eine Anmeldung ist ab sofort unter der Telefonnummer 08031/361447 oder unter staedtische-galerie@rosenheim.de möglich.

des Kaiser-Heinrich-Gymnasiums Bamberg wiederum wurden sowohl für ihre konkreten Maßnahmen als auch ihre meinungsbildende Arbeit geehrt. Im Jahr 2001 trat die Ibach-Denkmalstiftung ans KHG heran mit der Idee, Schüler sollten eine Patenschaft für ein Denkmal übernehmen. Schüler und Lehrer nahmen sich fortan ihres ersten „Patentkinds“ an, einer spätmittelalterlichen Marter im Sand.

Patenschaft für Denkmal

Sie gingen seiner Geschichte nach und der Bedeutung religiöser Male ganz allgemein, sie analysierten mit Restauratoren die Schäden, deren Ursachen, die Möglichkeiten, weitere Schäden abzuwenden, sie sammelten mit verschiedenen Benefizveranstaltungen Geld für die Restaurierung. Durch den Erfolg ermutigt, gingen Schüler und Lehrer alsbald das nächste Projekt an: die Sanierung und die

inhaltliche Erschließung der sieben Kreuzwegstationen, die Heinrich Marschalk von Rauen- eck im frühen 16. Jahrhundert stiftete, um die Passion Christi gleichsam in die Bamberger Lebenswirklichkeit hineinzutragen.

„Der Stein beginnt zu reden“

Konzerte, Theateraufführungen, Flohmärkte, Straßen- und Haussammlungen, Preisausschreiben - die Schüler ließen wenig unversucht, um Geld für die Sanierung und die dauerhafte Pflege dieses wichtigen kirchengeschichtlichen Denkmals zusammenzutragen und die Bürger-schaft mit ihrer Begeisterung anzustechen. Im Mai 2005 konnte Erzbischof Prof. Ludwig Schick den restaurierten Kreuzweg segnen. „Der Stein beginnt zu reden“ - dieses Motto, das die Ibach-Stiftung über die Schulprojekte gestellt hat, haben die Schülerinnen und Schüler somit wahr gemacht. **DK**

Vorschau auf GZ 19
 In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 9. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Umweltschutz, Abfall und Recycling, Altlastensanierung
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge • Garten- und Landschaftsbau

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik
 ist unsere Stärke!

Gmeiner GmbH
 Daimlerstraße 18
 92533 Wornberg-Köblitz
 Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
 E-Mail: info@gmeiner-online.de
 www.gmeiner-online.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 96406 COBURG
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Fahradabstellanlagen

LANGER
 09326750200
 Wartehallen
 Ein Gesellschafter der LANCIA AG

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
 www.orion-bausysteme.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
 Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
 E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Spiel-, Sportgeräte + Skatanlagen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
 Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
 E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Wasserzähler

HYDROMETER
 DIE ZUKUNFT ZÄHLT

HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
 Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
 www.hydrrometer.de

Aussenmöblierung

BECK • Abfallbehälter
 • Absperrpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen

Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
 Telefon 0 71 95/69 33 00 · Fax 0 71 95/69 33 33
 www.beck-aussenmoeblierung.de

Sportgeräte

BENZ
 Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
 Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
 www.benz-sport.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
 telefon: 09 11 / 69 39 65
 telefax: 09 11 / 69 59 63
 deko-jochum@t-online.de
 www.deko-jochum.de

deko-jochum

ihr partner für LICHT
 postfach 1141
 90519 oberasbach
 Vertrags-
 handel für **Telitto Star**

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 96406 COBURG
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Inserieren bringt Erfolg!
 www.bayerische-gemeindezeitung.de